

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zwei-gehaltene) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Die Russifizierung Deutschlands.

Während sich die ganze Kulturwelt mit Abscheu von der russischen Barbarei abwendet, verkünden und betätigen die preussischen Regierungskünstler den Grundsatz: Russische Schande ist preussische Liebe. Sie verknüpfen das Schicksal der Borussia mit dem Schicksal der Russenwirtschaft und rufen die Ueberzeugung, daß der unabwendbare Zusammenbruch der Russenwirtschaft auch die Borussia mit sich reißen wird. So oft man auch nur einen Augenblick auf den Gedanken gekommen sein könnte, es könne ein Stillstand in der Flut der preussischen Liebedienerei gegen Rußland eintreten, die öffentliche Meinung könne durch kluge Vorsicht der Regierung eingesulst werden, gleich wird das Volksgewissen wieder aufgepeitscht durch neue Vorgänge, die einander geradezu zu überbieten suchen.

Den Fällen Stugel und Buchholz folgten die Ausweisungsauslieferungen Kalajeffs, Alter's usw., und Schlag auf Schlag die Fälle Krasifoff-Schafoldin, die Enthüllungen des „Vorwärts“ über die offizielle russische Spitzelwirtschaft in Deutschland, die Schmäherung der unsere Gastfreundschaft genießenden Russen durch die höchsten Reichs- und Staatsbeamten, die Ausweisung der nach dem Dezimierungssystem herausgegriffenen 14 Russen unter Aufsicht der allweil dienstbeflissenen Universitätsbehörden, die Prezenthüllungen über die Nachlässigkeit der Fremden in Preußen, die Unsäglichkeiten des Königsberger Prozesses, die Aufdeckung des niederträchtigen Vallin-Skandals.

Die öffentliche Meinung, wenn es denn eine solche bei uns überhaupt gibt, wurde endlich an allen Ecken und Enden rebellisch, wenigstens hatte es den Anschein. Und als jüngst die Nachricht durch die Zeitung ging, Vallin habe eine Abänderung seines Auswanderer-Erpressungssystems zugesichert, glaubte mancher einer: die kulturellen Elemente Deutschlands hätten den Anfang eines Sieges über den äußeren und inneren Kosakenkurs erreicht.

Aber weit gefehlt. Bald stellte sich heraus, daß Vallin nichts anderes zugesichert hatte, als die Teilung der Erpresserbeute mit der Cunardlinie, als die Proklamator der deutsch-englischen Erpresser-Solidarität, als die Verleiher des Rechts an die Auswanderer-Parias, frei zu wählen, ob sie dem Vallin-Biegandischen Geschmortwerden nach deutscher Methode vorziehen wollen, nach der englischen Methode der Cunardlinie gesottet zu werden. Dieser Erfolg der öffentlichen Meinung war nichts weiter, wie der Vorbote der bald darauf vollzogenen deutsch-englischen Kedererweiterung. Die provisionshungrigen Vallin-Agenten lauern noch wie vor allabendlich auf das Auswanderungswild. Kuhlleben blüht und gedeiht, Geld und Leben, d. h. Willkür nach Amerika, auch wenn du nicht hinwiltst, oder Auslieferung an den Jorismus, so tönt es in endlosem Rehrum dem illegalen Auswanderer noch immer entgegen. Das Maß der Erpressung entspricht nach wie vor dem Maße der Notlage. Die Tugend des vollen Geldbeutels findet dadurch nach wie vor eine wohlverdiente Anerkennung, daß alle Vallin- und Polizeiforgen und -Fürsorgen vor den Kapitänspassagieren ehrenbietig halt machen. Aber das Gewissen auch eines Teils des Bürgertums ist tatsächlich seit Königsberg empfindlicher geworden; das beweist die Haltung der linksliberalen Presse in den Fällen der Polizei-Immatrikulation an der Berliner Universität und gegenüber der Angelegenheit des Fräulein Wärlin. Beide Fälle boten an sich nichts Neues. Die Fälle Krasifoff-Schafoldin, die Ausweisung der Bierzehn, unter denen zahlreiche Familienväter waren, und in erster Linie der Fall unseres Freundes Wetscheslaw lagen zum Teil noch schlimmer, und dennoch waren sie feinerzeit totgeschwiegen oder in einen versteckten Winkel eingekerkert worden. Im Falle des Fräulein Wärlin, das ja mit der Sozialdemokratie an sich nichts zu tun hat, protestierte aber bereits ein großer Teil der Presse ganz energisch, und wenn die Polizei sich auch schwerlich an diese Proteste gefehert hat, als sie das Opfer frei ließ, sondern vielmehr an den Spruch dachte: „Wer den Kapitän zum Better hat“, — so ist doch der Umschwung der öffentlichen Meinung von zeitgeschichtlichem Interesse.

Wir sind jetzt in der Lage, mit einem neuen Dokument der Russifizierung aufwarten zu können, das von einer Stelle herrührt, die in die preussische Kosakenpolitik bisher noch nicht unmittelbar eingegriffen hat, oder besser bei einem solchen Eingriff noch nicht erwirkt worden ist, nämlich vom preussischen Kultusministerium selbst.

Bekannt und wiederholt von uns erörtert sind die Fälle der Studenten Nikitin und Silberfarb, denen in ihrem Abgangzeugnis vom 30. März 1904 durch Rektor und Senat der hiesigen Universität beurkundet worden war, daß sie sich „bis zu ihrer durch Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten vom 16. 3. 1904 erfolgten Ausweisung aus Preußen“ als Studierende hier aufgehalten haben. In jedem dieser Abgangzeugnisse hieß es am Schluß: „Hinsichtlich seines Verhaltens auf der hiesigen Universität ist Nachteiliges nicht zu bemerken.“

Auf die Beschwerde des Genossen Karl Liebknecht vom 31. 3. 1904 hatte der Rektor von Nischhofen — die Verwandtschaft mit dem Staatssekretär des Auswärtigen ist verhängnisvoll — unter dem 13. 5. 1904 erwidert, daß der akademische Senat einstimmig beschlossen hat, den Antrag auf Streichung des Vermerkes „bis zu seiner durch Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten vom 16. 3. erfolgten Ausweisung aus Preußen“ abzulehnen. Gründe gab es nicht.

Hierauf erhob Liebknecht am 27. 5. 1904 weitere Beschwerde beim Kultusminister, in der u. a. ausgeführt wurde:

„Das Verlangen (nach Streichung) stützt sich einerseits auf die positive Unrichtigkeit des fraglichen Passus — Nikitin hat die Ermatrikel nach ordnungsmäßiger Abmeldung und vor Rechtskraft des Ausweisungsbefehls ausgefertigt erhalten — andererseits auf den Charakter der bemängelten Worte, die den Charakter der Stigmatisierung tragen und einem anderen Zweck nicht dienen können; auf alle Fälle wünscht Nikitin eine motivierte Beschwerde, um wenigstens einen Anhalt zu haben, wie die Universität ihre tief in seine Existenz eingreifenden Maßregeln (Nikitin wurde von der Universität Heidelberg ohne weiteres zurückgewiesen) rechtfertigen zu können vermeint!“

Trotz wiederholter Erinnerung durch eingeschriebene Briefe vergingen über vier Monate, ehe das Kultusministerium ein Lebenszeichen von sich gab. Geduld ist ja die wichtigste Bürgertugend im preussischen Vaterlande, die wichtigste Tugend der preussischen Untertanen, und das preussische Kultusministerium tut alles, um diese Tugend zu stärken. Der Lohn der Geduld blieb nicht aus. Rechtsanwält Liebknecht erhielt endlich das folgende Attestat:

Berlin W. 64, den 7. Oktober 1904.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinischen Angelegenheiten.

U. I. Nr. 7761.

Auf die Eingaben, betreffend das Abgangzeugnis des früheren Studierenden an der hiesigen Friedrich-Wilhelms-Universität Alexis Nikitin.

Die Beschwerde gegen den Beschluß des Rektors und Senates vom 11. Mai d. J. kann nach den angestellten Ermittlungen für begründet nicht erachtet werden. Nikitin ist am Tage des Erlasses der polizeilichen Ausweisungsbefugung in den Büchern der Universität gestrichen worden. Der angeführte Vermerk des Abgangzeugnisses, in welchem beurkundet wird, daß Nikitin „bis zu seiner durch Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten vom 16. März 1904 erfolgten Ausweisung aus Preußen als Studierender hier aufgehalten hat“, ist also keineswegs unrichtig, sondern der Sachlage durchaus entsprechend. Daß in dem Vermerke die erfolgte Ausweisung ausdrücklich erwähnt ist, rechtfertigt sich aus der Verpflichtung der akademischen Behörden, die hinsichtlich des Verhaltens der Studierenden auf der Universität bemerkenswerten Tatsachen anzugeben. Wenn aber diese Angabe nicht in die für die Charakterisierung des Verhaltens vorgesehene Rubrik aufgenommen, vielmehr die mildere Form gewählt ist, die Ausweisung in Verbindung mit der Dauer des Studienaufenthaltes des Nikitin zu erwähnen, so fehlt es an jedem Grunde, daraus eine Beschwerde herzuleiten.

Das Abgangzeugnis folgt anbei zurück.

In Vertretung: gez. Werner.

Also am Tage des Erlasses der polizeilichen Ausweisungsbefugung ist Nikitin in den Büchern der Universität gestrichen worden! Die Universitätsbehörde hat keine Nachprüfung, nicht einmal den Versuch einer Nachprüfung der polizeilichen Maßregel für erforderlich gehalten. Der Herr Polizeipräsident winkt, der Diener Universitätsrektor gebührt — stumm, schweigend, unbedingt. Nicht einmal die Rechtskraft der Ausweisungsbefugung wird abgewartet. Man wußte ja genau und aus erster Quelle, daß die Vollstreckung der Ausweisung vor Rechtskraft geplant war: ein einträchtig intimes Verhältnis zwischen Polizei und Wissenschaft, ein Symbol der deutsch-preussischen Kultur-Karrikatur.

Dieses war der erste Streich.

Und der zweite:

Der Kultusminister erkennt offen an, und das ist das einzige erfreuliche an dieser deutschen Universitätsmiserie, daß der streitige Vermerk des Zeugnisses zur Charakterisierung des Verhaltens auf der Universität dienen soll. Aber man war gnädig, man hat die mildere Form der Brandmarkung gewählt, die Ausweisung in Verbindung mit der Dauer des Studienaufenthaltes zu erwähnen.

Mildere Form? Milder, weil die Brandmarkung nicht auf Zeile 20, sondern auf Zeile 10, nicht auf der Rückseite, sondern auf der Vorderseite des Zeugnisses steht. Man muß in der ständigen Luft der Bürokratie zu Hause sein, um diese Gnade würdigen zu können, die Gnade, daß die Brandmarkung nicht offen und ehrlich an gehöriger Stelle, sondern versteckt und doch deutlich genug erfolgt ist, die Gnade der schwarzen Liste an Stelle des offenen Bonkotis, diese Gnade, die ja auch so vortreffliche Früchte für Nikitin und Silberfarb getragen hat.

Wäre man doch ordnungsmäßig und ohne Gnade verfahren, hätte man doch, was gegen Nikitin vorlag, in die für die Charakterisierung des Verhaltens vorgesehene Rubrik aufgenommen! Was hätten Rektor und Senat in diese Rubrik schreiben können? Etwas: „Ist vom Berliner Polizeipräsidenten ausgewiesen.“ Man hätte wohl oder übel angeben müssen, was Nikitin verbrochen habe. Dies wäre geradeaus und offenerberzig gewesen, dann hätte sich das Zeugnis aus sich selbst erklärt. Jetzt hieß es „ausgewiesen“. Weshalb, vielleicht einer unbrennbaren Handlung wegen? Warum hat man nicht gesagt: „Nikitin hat die Protestresolution der russischen Studenten gegen die Beleidigung der russischen Studenten durch den Reichskanzler Grafen Wilson unterschrieben. Der deutsche Reichskanzler braucht sich nach seinen eigenen Worten keine Grobheiten sagen zu lassen und hat deshalb die Ausweisung veranlaßt.“ Eine schöne Milde, die nichts ist als der Versuch, dem Bekenntnis der Wahrheit auszuweichen.

Die Verfügung des Kultusministers vom 7. Oktober 1904 bietet einen trefflichen Einblick in die geheime Werkstatt unserer

Bürokratie und ihrer Kosakenpolitik, und diese Kosakenpolitische Bürokratie bestimmet sich in ihren Polizeistuben noch weniger um die öffentliche Meinung als selbst in Rußland, wo freilich der militärische Zusammenbruch die Gewissen ein wenig zu schärfen scheint, wie einst in dem Preußen vor Viena!

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz

wird nach einer Petersburger Nachricht vom 17. November durch die russische Generalagentur aus Moskau unter dem 15. d. M. gemeldet, daß die Japaner am 19. November zum Vormarsch übergeben wollen, um das Zentrum der russischen Aufstellungen zu durchbrechen. Die öfter genannte „Wirshewija Wjedomosti“ meldet dagegen, daß die Japaner große Streitkräfte nach der russischen Ostfront hin zusammenzögen, von woher beunruhigende Nachrichten einliefen. Nach Patrouillenmeldungen seien alle Wege von feindlichen Posten besetzt. — Nach einer ferneren Meldung sollen die Japaner den Schaho bereits überschritten haben.

Während also auf dem mandchurischen Hauptkriegsschauplatz in nächster Zeit neue Kämpfe bevorzustehen scheinen, scheint auch

#### die Lage in Port Arthur

sich fortgesetzt zu verschlimmern. Als Zeichen der bedrängten Situation der Russen in der belagerten Festung dürfte der Durchbruch eines russischen Torpedobootszerstörers anzusehen sein, der am 15. November in Tschifu eingelaufen ist. Dieses Schiff benutzte einen Schneesturm, um die japanische Blockadenflotte zu durchbrechen. Es entkam glücklich nach Tschifu und soll dort mehrere Depeschen dem russischen Konsul übermittelt haben. Ein chinesischer Kreuzer legte neben dem russischen Schiff an, dem von der chinesischen Regierung die Mitteilung gemacht wurde, daß es nach 24 Stunden abzurufen habe. Der Torpedobootszerstörer rüstete jedoch nicht ab, sondern wurde von dem Kommandanten, als zwei japanische Kriegsfahrzeuge vor dem Hafen erschienen, am Abend in die Luft gesprengt. Dies Auslaufen des russischen Schiffes läßt sich nur dadurch erklären, daß General Stössel wichtige Nachrichten nach Tschifu übermitteln wollte. Es wurde zwar behauptet, daß in der letzten Zeit wieder chinesische Dschunken die Blockade des öfteren durchbrochen hätten, allein wenn dies der Fall wäre, würde General Stössel schwerlich den Torpedobootszerstörer zum Ueberbringer der Nachrichten benutzt haben, müßte er doch mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß das Schiff selbst beim Gelingen dieses Auftrages verloren sei. Der Kapitän des russischen Schiffes hat zwar erklärt, daß Port Arthur sich noch in vorzüglicher Verfassung befinde, daß an Wasser und Proviant Ueberfluß vorhanden sei, daß die Zahl der Todesfälle nur eine geringe sei und daß er der festen Zuversicht wäre, daß Port Arthur sich halten könne. Auch die russischen Schiffe seien zwar von japanischen Granaten verlegt worden, aber bereits wieder hergestellt. Die russischen Kreuzer unternahmen oft Ausfahrten vor die Reede. Gerade wenn diese Darstellung des Kapitän's zuträfe, wäre die Opferung des russischen Torpedobootszerstörers vollends unerklärlich. Da aber die japanische Darstellung, wonach die russischen Schiffe durch die japanischen Granaten vollständig geschichtsunfähig gemacht worden sein sollen, die größere Wahrscheinlichkeit für sich hat, so ist es schon eher begreiflich, daß es General Stössel schließlich einerlei war, ob der Torpedobootszerstörer im Hafen von Port Arthur selbst oder in Tschifu vernichtet wurde. — Noch allerdings unbestimmten Gerüchten soll General Stössel beim Zaren angefragt haben, ob er sich noch bis zum äußersten halten oder die Festung kapitulieren lassen soll.

#### Ein russischer Torpedobootszerstörer in die Luft gesprengt.

London, 16. November. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tschifu gemeldet: Der Kommandant des russischen Torpedobootszerstörers „Rastoropny“ hat auf Verlangen geäußert, Aufgabe des „Rastoropny“ sei einfach die Beförderung von Depeschen gewesen; die übrigen Schiffe seien in Port Arthur geblieben. Er sei um Mitternacht unter dem Schutze eines Schneesturms von Port Arthur abgedampft. Japanische Torpedoboote hätten den „Rastoropny“ verfolgt, der „Rastoropny“ aber, eines der schnellsten russischen Schiffe, sei bald seinen Verfolgern entkommen und in Tschifu eingelaufen.

Wie der Versuch eines an Bord zum Frühstück gebratenen Stüdes Fleisch beweise, sei in Port Arthur noch frisches Fleisch vorhanden. — Nachdem der „Rastoropny“ hinter dem amerikanischen Kriegsschiff „New Orleans“ vor Anker gegangen war, machte der chinesische Kreuzer „Daining“ innerhalb 20 Minuten Dampf auf und kam längs der „Rastoropny“. Der Kapitän des „Daining“ kam an Bord des „Rastoropny“ und hatte mit dessen Kommandanten eine kurze Unterredung. Kurz darauf kam der amerikanische Admiral an Bord, wurde aber ebensowenig wie der chinesische Kapitän aufgefordert, in die Kajüte einzutreten, abgesehen festiger Schneesturm wehte. Der chinesische Kapitän gestattete dem Kommandanten, 24 Stunden in Tschifu zu bleiben mit dem Bemerkten, daß das Schiff nach Ablauf dieser Frist gezwungen werden würde, abzurufen. Während dieser Unterredung waren Matrosen, die gesund und sorglos schienen, an Deck mit dem Fetten und Laden von Torpedorohren beschäftigt. Nach der Unterredung verholte der „Rastoropny“ nach dem alten Ankerplatz des „Peschitelny“, wo dann der russische Konsul an Bord kam, um Depeschen mit an Land zu nehmen. — Die Offiziere des „Rastoropny“ äußerten, mit Port Arthur siehe es noch so gut wie vor zwei Monaten. Die Nachrichten, daß der „Waja“ gesunken, sei unrichtig, nur seine Maschinen seien durch Geschosse beschädigt, aber wieder ausgebessert worden. Die Kreuzer



Hafen täglich aus dem Hafen aus, während die Schlachtschiffe im Hafen blieben.

London, 16. November. Dem „Neuerfchen Bureau“ wird aus Tschifu von heute nachmittags 3 1/2 Uhr gemeldet: Der russische Konsul teilte dem Tschifu mit, daß der „Mastoropy“ durch schwere See nach Tschifu getrieben und entschlossen sei, sich desarmieren zu lassen, da seine Maschine beschädigt sei.

Einer weiteren Depesche aus Tschifu von 6 1/2 Uhr zufolge machte der Tschifu dem japanischen Konsul zu dieser Zeit davon Mitteilung, daß die Desarmierung des „Mastoropy“ vollendet sei, die Verladung der Geschütze und die Munition seien entfernt, die Maschinen gebrauchsfähig gemacht.

Von 7 Uhr abends wird sodann dem „Neuerfchen Bureau“ aus Tschifu telegraphiert: Die Russen haben den „Mastoropy“ verlassen. Nur ein Mann blieb zurück und brachte das Schiff in die Luft. Man hörte drei dumpfe Explosionen; fast gleichzeitig versank das Schiff. Nur eine Spitze ragt noch über die Wasseroberfläche empor. Eine Erklärung für das Verhalten ist heute abend nicht zu erhalten; man nimmt aber an, die Russen hätten eine Wiederholung von Vorgängen wie bei der Beschädigung des „Reschitelau“ vermeiden wollen.

Tschifu, 16. November. (Meldung des „Neuerfchen Bureau“.) Heute nacht wurden zwei japanische Torpedoboots-zerstörer am Eingang des Hafens gesehen; zweifellos befehlungslos die Zerstörung des „Mastoropy“. Der japanische Konsul behauptet, daß 9 Mann von der Besatzung des „Mastoropy“ mit Gewehren an Land gekommen seien, wogegen er beim russischen Konsul Protest einlegte.

Tschifu, 17. November. (Meldung des „Neuerfchen Bureau“.) Drei japanische Torpedoboots-zerstörer sind in den hiesigen Hafen eingelaufen und, nachdem sie sich vom Untergang des „Mastoropy“ überzeugt hatten, wieder davongefahren.

### Das Uebersteigen des Tschaho durch die Japaner.

London, 17. November. (Bureau Laffan.) Ueber die Lage in der Mandchurei wird der „Morning Post“ aus Shanghai telegraphiert: Die Japaner haben den zugefrorenen Tschaho überschritten. Ein bedeutungsvoller Zusammenstoß der beiden Gegner steht bevor.

### Die russischen Verluste am Tschaho.

Petersburg, 16. November. Der Generalstab berichtet nach weiterer Uebersicht der Liste der russischen Verluste während der Kämpfe am Tschaho folgendes: Soldaten getötet 4086, verwundet 23 542, durch sonstige Unfälle verletzt 313, verschwunden 5327, im ganzen 33 268 Mann. Offiziere getötet 188, verwundet 700, durch sonstige Unfälle verletzt 66, verschwunden 39, im ganzen 995.

Die 5360 Vermissten sind offenbar Tote, die von den Japanern begraben worden sind. Die russischen Verluste, die anfangs weniger als 30 000 Mann betragen sollten, werden also jetzt von offizieller Stelle bereits auf 34 263 Mann angegeben. In Wirklichkeit werden sie viel bedeutender gewesen sein.

### Verletzung der Neutralität durch Frankreich.

Tokio, 16. November. Die bedeutendsten japanischen Blätter kommentieren lebhaft das Entgegenkommen Frankreichs, welches der russischen Flotte das Kohleneinnehmen in französischen Häfen in hervorragender Weise gestattet hat. Sie kommen zu der Ansicht, daß eine solche Vergünstigung einem Durchzug feindlicher Truppen durch neutrales Land gleichkomme.

## Politische Uebersicht.

Verlu, den 17. November.

### Die Kunst unter Militärkontrolle.

Unübertreffliche Selbstkritik hat der Militarismus in einem Vorgange geleistet, den die „Märkische Volksstimme“ aus Forst berichtet. Bei der dort am Montag abgehaltenen militärischen Kontrollversammlung wurde den Mannschaften verboten, irgend welche öffentliche Veranstaltung an diesem Tage ohne besondere Erlaubnis der Militärbehörde zu besuchen. Das Verbot richtete sich gegen eine musikalische Veranstaltung, die zum Besten der Arbeiterbibliothek von der Forster Stadtkasse ausgeführt wurde. Das Verbot wurde ferner noch nachdrücklich betrauert, indem ein Reservist, welcher Expedient der „Märkischen Volksstimme“ ist, verhaftet und zu dreitägiger Arreststrafe disziplinarisch verurteilt wurde, weil er den Bezirkskommandeur um die Erlaubnis zum Besuch des Konzerts ersucht hatte. Als Grund dieser Maßnahme wurde angeführt: Der Zweck des Gewerkschaftsartells veranlassen Konzerte sei ein revolutionärer und der Kontrollpflichtige Reservist habe durch seine Bitte um Erlaubnis, das Fest zu besuchen, eine sozialdemokratische Demonstration begangen!

Es liegt uns das Programm des revolutionären Konzertes vor. Es zeigt neben einigen unbedeutenderen Musikstücken diese unmissverständlichen Vorbildungen: Ouvertüre zum fliegenden Holländer, Phantastie aus der Wallrä, aus der ersten Beethoven'schen Sinfonie, die Ouvertüre zu Rossini's Wilhelm Tell und zu Lohengrin, Liszt'sche Rhapsodien, Beethoven, Wagner und Liszt werden unter militärischem Verbot gestellt, weil das Gewerkschaftsartell die Schöpfungen der Meister im Lönereich der Arbeiterkassette vermittelt und weil der finanzielle Ertrag des Konzerts der Bibliothek des Gewerkschaftsartells zuzuführen und zu Zwecken der Arbeiterbildung Verwendung finden soll.

Es ist ein tiefer Sinn in der Kriegstat, die in Forst die Museen aus dem Felde schlug. Wie sollte der Proletarier sich den Wundern Beethoven'scher Kunst ergeben dürfen? Wie wird er ausgehegt wider die massiven Klänge der militärischen Marschmusik, die ihn in die Staubwolke der Landstraße führen soll. Da wird er zur Höhe der Ideale erhoben, auf der nicht Säbel und Klinten wachsen. Es bedarf nicht des verderblichen Zweckes der Förderung einer Arbeiterbibliothek, um Beethoven, der die französische Revolution musikalisch verkörpert, und Wagner, der im Dresdener Maiaufstand auf der Barricade gestanden, als staatsgefährlich zu verbieten.

Die unbewusste Selbstverhöhnung, die der preussische Militarismus in diesem Heldentum der Musikanstrengung leistet, ist zugleich überaus geeignet, die Unhaltbarkeit des Zustandes zu erweisen, der aus dem Anspruch des Militarismus erwächst, daß die zur Kontrollversammlung berufenen Mannschaften des Verlaubtenstandes den ganzen Tag, an dem die Kontrolle stattfindet, der Militärdisziplin und dem Militärstrafgesetzbuch unterstellt sind.

Die Reservisten der Forster Kontrollversammlung und insbesondere der zu drei Tagen Militärarrest disziplinierte Expedient der „Volksstimme“ haben keinen Anlaß, über ihren Bezirkskommandeur zu klagen. Nach Militärrecht hat er vielmehr väterlich sie vor weit schlimmerem bewahrt. Er war nicht verpflichtet, von dem gefährlichen Konzert, das am Abend stattfinden sollte, zu wissen, er war auch nicht verpflichtet, die Gefährlichkeit des Konzerts den Kontrollbefehlenden in besonderem Hinweis zu Gemäht zu führen. Behe den Kontrollpflichtigen, der, ohne die Achtung des gültigen Kommandeurs, die Klänge Beethovens und Wagners in das Kontrollpflichtige Ohr aufgenommen hätte! Wegen Teilnahme an „revolutionären Antrieben“ und wegen Ungehorsam hätte man ihn vor ein notpfeilschieses Gericht geschleppt und zu langer Gefängnisstrafe verdammt.

Wie soll — ernstlich gesprochen — der Kontrollpflichtige überhaupt imstande sein, zu wissen, was ihm nach der Meinung des

Militarismus erlaubt ist und was nicht? Hunderttausende von Reservisten sind Mitglieder von Gewerkschaften, von Arbeiter-Turnvereinen, von Arbeiter-Gesangsvereinen. Jede Teilnahme an den Angelegenheiten ihrer Kollegen könnte von der Militärbehörde als strafwürdig erachtet werden, wenn sie am Tage der militärischen Kontrollversammlung erfolgt. Völlig unmöglich würde das Befahren der Militärbehörde gegenüber den zahlreichen Personen sein deren Berufstätigkeit in den Gewerkschaften und anderen Arbeiterinstitutionen liegt. Der Zeitungsexpedient in Forst, den der Bezirkskommandeur auf drei Tage in Militärarrest wirft, dürfte an diesem ganzen Tage seinen Beruf überhaupt nicht ausüben. Wer aber entschädigt ihn für ausfallenden Lohn? Die Militärbehörde nimmt in Anspruch, zahlreiche Arbeitern ihren Lohn entziehen zu dürfen.

Diese Ansprüche, die der Militarismus erhebt, sind freilich in Wirklichkeit nicht erfüllbar. Die Militärbehörde ist völlig außerstande, irgendwie zu verfolgen, ob die Kontrollpflichtigen den vollen Tag sich streng an die Vorschriften der Militärgeetze halten. Es wird ein militärischer Befehl gegeben, für dessen Ueberwachung keine Möglichkeit besteht. Solche Befehle müßte aber der Militarismus im eigenen Interesse vermeiden, denn Strafandrohungen, die ohne Wirkung bleiben, sind stets höchst geeignet, das allgemeine Ausharren der Befehlsgewalt zu untergraben.

Man weiß zudem, daß der Anspruch der Militärbehörde eine gesetzliche Grundlage überhaupt nicht besitzt. Nur durch annahmehaft künstliche Auslegung der Bestimmungen über die Militärgerichtsbarkeit ist es möglich geworden, die Staatsbürger über die Zeit der Kontrollversammlung hinaus und jedesmal für einen ganzen Tag den Militärgeetzen zu unterwerfen und das höchste Kunstschaffen des deutschen Volkes durch Militärkontrolle zu verbieten.

Wenn Lächerlichkeit in unseren Landen töten könnte, so würde die ungesegnete Ausdehnung des Militärkontrolldienstes an der Karikatur zugrunde gehen, die der preussische Militarismus in Forst von sich gezeichnet hat. —

### Königsberg zweite Auflage?

Man schreibt uns aus Königsberg: Vor dem Untersuchungsrichter in Goldap fand am Sonnabend, den 12. d. M., die Vernehmung eines dortigen Genossen und eines Fuhrwerksbesizers aus der Umgegend statt. Sie sind beschuldigt, russischen Flüchtlingen und Auswanderern zur Flucht verholfen zu haben. Dieses „Verbrechen“, so wurde ihnen erklärt, werde bis zu sechs Monaten Gefängnis oder 1000 M. Geldstrafe bestraft.

Die Untersuchung stützt sich auf folgende Tatsachen: Seit Ausbruch des russisch-japanischen Krieges kommen bekanntlich an verschiedenen Stellen der deutsch-russischen Grenze Flüchtlinge herüber, um über Deutschland nach Amerika, der Schweiz oder sonst einem Staate, in dem sie sich sicher fühlen, auszuwandern. Es ist festgestellt worden, daß auf verschiedenen ostpreussischen Bahnhöfen von preussischen Gendarmen russische Flüchtlinge festgenommen worden sind. Seit Anfang Oktober wurde auf dem Bahnhof zu Goldap bei allen ankommenden und abfahrenden Zügen ein Gendarm bemerkt, der auf russische Flüchtlinge fahnden sollte. Dieselben suchten daher eine der nächsten Stationen von Goldap auf, um ihre Reise durch Deutschland ungehindert antreten zu können.

An zwei verschiedenen Tagen im Monat Oktober kamen je ein Russe zu dem Genossen in Goldap und baten diesen, er möchte ihnen doch ein Fuhrwerk besorgen, mit welchem sie bis zur nächsten Bahnstation Jellonsken fahren könnten. Diese Gefälligkeit hat der Genosse den beiden Russen, die erklärten, sie wollten sich nicht von den Japanern abschließen lassen, getan. Er ist auch auf deren Wunsch bis Jellonsken mitgefahren.

Zu der Vernehmung in Goldap waren auch die beiden Bahnbeamten geladen, die in Jellonsken Fahrkarten verkaufen. Das sollen gewiß die Hauptbelastungszeugen für das angebliche Verbrechen sein. Bei dem Fuhrwerksbesizer ist auch schon früher ein Gendarm gewesen, hat ihn ausgefragt und behauptet, er wisse, daß er schon viele Flüchtlinge nach der Bahn befördert habe.

Unsere russenfreundlichen Behörden scheinen jetzt eine andere Taktik einzuschlagen. Scharenweise kommen hier an den Grenzorten russische Flüchtlinge über die Grenze nach Deutschland. Man hindert sie nicht mehr. Dafür beginnt man jetzt aber deutschen Staatsbürgern den Prozeß zu machen für Handlungen, die nach deutschen Gesetzen nicht strafbar sind.

Wir geben vorläufig diese Korrespondenz wieder, die wir völlig ungläublich und mißverständlich halten würden, wenn wir nicht seit Königsberg alles für möglich halten müßten. Was das aber für ein geheimnisvolles Verbrechen sein soll, dessen man unsere Parteigenossen beschuldigt, ist völlig rätselhaft. Jeder Deutsche hat das Recht und anständige Deutsche haben die Pflicht, den Opfern des Parionismus zur Flucht zu verhelfen. Strafbar würden sich im Gegenteil Deutsche machen, die Russen an der Flucht verhindern oder sie gar gewaltsam ausliefern.

Wir müssen also einweilen nähere Aufklärung abwarten. —

### Strasenkämpfe in Warschau.

Nach den Meldungen Lemberger Polenblätter kam es am Sonntag zu einer Arbeiter-Demonstration gegen den ostasiatischen Krieg, die wegen des Einschreitens der Polizei den Charakter eines förmlichen Strasenkampfes annahm. Die Demonstranten machten von Revolvern Gebrauch und töteten mehrere Polizisten. Nachdem die Polizei Verstärkung erhalten hatte, gab sie mehrere Salven ab, durch die eine Anzahl Demonstranten getötet wurde. Der Strasenkampf habe jedoch fortgedauert, bis schließlich Kavallerie die Demonstranten zum Rückzug genötigt habe. Es seien 14 Personen getötet, über 100 verwundet und gegen 1000 verhaftet worden.

Eine Meldung des „Wolffischen Bureau“ lautet: Petersburg, 16. November. Ueber die Ruhestörungen, die am 13. d. M. in Warschau stattfanden, werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Eine Volksmenge demonstrierte mit einer roten Fahne und unter Absingung revolutionärer Lieder. Auf eine Anforderung an die Menge, auseinanderzugehen, wurden Schüsse abgegeben, wodurch ein Schuttmann getötet und ein Polizienoffizier und zwei Schuttmänner verwundet wurden. Da die Ruhestörungen einen größeren Umfang nahmen und das Schießen fortgesetzt wurde, wurde Militär requiriert, das zwei Salven abgab, wodurch 6 Personen getötet und 21 verwundet wurden. Abends war die Ordnung wiederhergestellt; die Ruhestörungen wurden teils verhaftet, teils nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wieder freigelassen.

## Deutsches Reich.

### Die Kriegsbriefe des Herrn v. Kretschman.

Die Veröffentlichungen der wertvollen Kriegsbriefe ihres Vaters, die unsere Parteigenossen Braun veranstaltet hat, haben bei allen Vorkämpfern der Humanität ein ebenso hartes sympathisches Interesse gefunden, wie sie die heuchlerischen Verteidiger der Kriegselende verdroffen. Von den vielfältigen Versuchen, die Glaubwürdigkeit der Kriegsbriefe des späteren Generals v. Kretschman zu erschüttern, schien am wirksamsten die von zwei heffischen Offizieren gegen unser Parteiorgan in Mainz angelegte Klage. Die „Mainzer Volkszeitung“ wurde denn auch zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil sich herausstellte, daß Herr v. Kretschman sich in einer Beziehung geirrt hatte: es waren nicht die Heffen, wie im Kriege allgemein geglaubt wurde, die sich die Ausschreitungen in Sens hatten zuschulden kommen lassen.

Wenn aber der Staatsanwalt im Mainzer Prozeß erklärte, die in den Kriegsbriefen aufgestellten Behauptungen „entbehren jeder tatsächlichen Grundlage“, es sei „im Gegenteil trotz der langen Zeit gelungen, festzustellen, daß kein Mafel an diesem Heer haftet“ — so hat er sich schwer geirrt. Soeben erschien im Verlage von Greiner u. Pfeiffer in Stuttgart eine Broschüre der Genossin Braun unter dem Titel: „Wahrheit oder Legende“, ein Wort zu den Kriegsbriefen des Generals v. Kretschman. Es wird in dieser Broschüre der zwingende Beweis geführt, daß die Briefe über die Vorgänge in Sens durchaus die Wahrheit berichten haben, nur daß eben nicht das heffische Detachement, sondern ein anderer Truppenteil die Ausschreitungen begangen hat. Aus dem Tagebuch-Aufzeichnungen des damaligen Magistratsdolmetschers in Sens, Dauphiné, und den Akten der Stadt wird nachgewiesen, daß jene vom General v. Kretschman so tief beklagten Exzesse tatsächlich in allem Wesentlichen stattgefunden haben.

Den Tagebuch-Aufzeichnungen Dauphiné's (Professors der deutschen Sprache am Lycéum) entnimmt die Broschüre u. a. die folgende Schilderung:

„Die Offiziere, die dieses Detachement befehligten, hatten schon vorher 8000 Portionen Brot, 8000 Rationen gebratenes Fleisch und große Mengen von Leder bestellt. Während die Mairie die Lebensmittel zubereiten ließ, bestellten die Offiziere ein köstliches Frühstück im Hotel de l'Écu und überließen sich, nachdem sie gegessen hatten, daß nichts zu befürchten war, in ausschweifender Weise den Freuden der Tafel. Bald sind fast alle betrunken und die brutalen Instinkte werden durch den Wein geweckt. Jetzt beginnen auch die Requisitionen. Der Kommandant verlangt 15 Sätze Hofer, die sofort geliefert werden, Tabak, Zigarren und ferner 400 Paar Stiefel. Aber Stiefel wie in Deutschland werden in Sens nicht getragen, überdies haben die Schuster die Reste von Herrenstiefeln, die sie hatten, versteckt und es gelang nur mit großer Mühe, einige Schäfte und Lederrollen zu finden. Das ist zu wenig für den preussischen Offizier. Ich werde die Wohnungen durchsuchen lassen“, sagte er zu Dauphiné, „ich werde die Stadt bombardieren lassen, ich werde sie durch meine Soldaten plündern und anzünden lassen“. Diese Drohungen sind unsso erschreckender, als die Soldaten, die mehr als gewöhnlich getrunken haben, zu allen Exzessen fähig sind. Der Rittmeister erscheint auf der Mairie und verlangt, trinken vor Wein und But, daß man ihm dreißig Häser mit Wein (jedes nach dem alten Maß, etwa 136 Liter enthaltend A. d. U.), zwanzig Häser mit Braumwein, Kaffee und große Quantitäten Reis liefern müsse. Wenn diese Requisitionen nicht binnen fünf Minuten gebracht werden, lasse ich die Stadt bombardieren und anzünden. Lange genug, sagte er zu dem Dolmetscher sich wendend hinzu, hat man mich an der Kasse herumgeführt und der Teufel soll mich holen, wenn ich die Stadt nicht anzünden lasse, sobald der Bürgermeister fortfährt, meiner zu spotten.“

Der Bericht des Munizipalrates von Sens vom 14. November 1870 erzählt von allen Begehrnissen des 13. November und von allen ungeschehenen und unverantwortlichen Requisitionen, die gemacht wurden, er sagt, daß ein Teil der Bevölkerung verzweifelt war über die Gewalttätigkeiten der die Stadt zuletzt passierenden deutschen Truppen. ... Am 12. Januar 1871 informierte Herr Robert, der damals die Funktionen des Bürgermeisters ausübte, infolge einer Requisition in offizieller Weise den königlichen Stappenskommandanten von Sens von der Plünderung der Magazine am Tage des 13. November, und dieser Offizier überzeugte sich von der Richtigkeit der Tatsachen.

Schließlich liefern die detaillierten schriftlichen Reklamationen, die die Geplünderten an den Magistrat richteten, den sichersten Beweis für die Plünderung.

Es wird dann aus den Akten der Stadt eine detaillierte Aufstellung sowohl der unberechtigten Plünderungen wie der ordnungsmäßigen Requisitionen angeführt. Die Summe der Plünderungen wird auf fast 5000 Fr. berechnet.

Diese Zusammenstellung ist aber nur eine sehr unvollständige. Herr v. Kretschman hatte auch von dem Diebstahl eines Pferdes, eines Sattels und eines Jagzeuges geschrieben. Die Erzählung hiervon findet sich in der Broschüre „Histoire de l'invasion Allemande“, die am 5. April 1871 von A. Billebeault, Munizipalrat von Sens veröffentlicht wurde. Er selbst war das Opfer dieses Diebstahls.

Am 13. November, sagt er, (S. 9), als ich zum Hotel de l'Écu zurückkehrte, nötigten mich eine Masse Männer von verschiedenen Waffengattungen und Mangeln, vom Pferde zu steigen und gingen daran, es mir fortzunehmen. Jeder Widerstand wäre vergeblich gewesen, da die Masse mich erdrückt haben würde, und so wandte ich mich direkt an die Offiziere, die eben frühstückten und sagte: „Dah Sie große Eroberer sind, wählte ich, meine Herren, ich hätte Sie aber niemals für Diebe gehalten; man stiehlt mir mein Pferd!“ Einer der deutschen Offiziere ließ es mir sofort wieder zustellen, was aber einige Exzessier unter ihnen nicht hinderte, meinen Sattel und mein Jagzeug zu entnehmen. Dieser Sattel und dieses Jagzeug sind in einem Verzeichnisse im städtischen Archiv als Requisitionen eines Offiziers eingetragen worden.

Endlich hatte v. Kretschman auch das Gerücht von der Ermordung eines Gastwirts verzeichnet. Es handelt sich dabei offenbar um folgenden Vorfalle: Als am Sonntag, den 13. November, abends 6 Uhr, in unser Hotel eingebrochen wurde, so berichten der Besitzer des Hotels und seine Frau, wollten Soldaten und Männer von höherem militärischen Rang unter Vorwand einer Hausdurchsuchung sich einen Schrank öffnen lassen. Dieser Schrank enthielt den mit Schmutzfächern gefüllten Koffer eines Geschäftsreisenden, den dieser Herrten Bourgenots ledigig Jahre alten Diener namens Cadel in Verwahrung gegeben hatte. Da der alte Mann ihren Wünschen nicht schnell genug nachkam, wurde er zu Boden geschlagen, mit Füßen getreten und erhob sich mit zwei eingeschlagenen Zähnen und einem verrenkten Handgelenk.

Der Verfasser der Aktenansätze, Leutnant Walter, fügt diesen Mitteilungen hinzu:

„Das sind die Tatsachen. Was die Ursachen der schlechten Führung und der Disziplinlosigkeit dieser Truppen betrifft, so sind sie ohne Unterschied dem Zustande der Betrunkenheit zuzuführen, in dem sie sich befanden. Fügen wir hinzu, daß ihre Offiziere ihnen gerade kein gutes Beispiel gegeben haben.“

Das „legitimierete“ Ehrenwort. Fräulein Varjon hat, nachdem sie auf väterliches Ehrenwort entlassen worden ist, nun noch nachträglich ihren Ausweisungsbefehl erhalten. Offenbar soll die polizeiliche Kavalleriepolitik dadurch einen bürokratisch ordnungsmäßigen Anstrich erhalten. Unter dem 15. November — das Fräulein wurde bereits am 13. entlassen — erläßt der Polizeipräsident die folgende Bekanntmachung:

„Die russische Studentin Janina Varjon, geboren am 27. November 1882 zu Petersburg, russische Staatsangehörige, zuletzt in Berlin wohnhaft gewesen, ist wegen Beteiligung an revolutionären Antrieben durch diesseitige Verfügung vom 13. d. M. von Landespolizei wegen aus dem Gebiete des preussischen Staates als lästige Ausländerin ausgewiesen worden. Beschreibung: Größe 1,54—1,55 Meter, Gestalt schlank, Haar dunkelblond, Nase am Kopf herabhängend, Augenbrauen blond, Augen blaue, Nase spitz.“



**Hähe gut, Kinn oval, Gesicht oval und voll, Gesichtsfarbe gesund, Sprache ruffisch und deutsch. Kennzeichen: Trägt Kneifer an kurzer schwarzer Schür.**

Welcher „revolutionären Umtriebe“ die Studentin in Deutschland sich schuldig gemacht hat, wird nicht gesagt. Die Polizei ist ja über Gründe, Tatsachen und Beweise erhaben. Hätte Fräulein Bülow nicht einen so einflussreichen Vater, so wäre vermutlich statt „revolutionärer“, „anarchistischer“ Umtriebe gesagt worden. Jetzt mußte die Polizei das beliebte Wort vermeiden, weil man ja Anarchisten über die russische Grenze „ausweist“, nicht auf Ehrenwort freiläßt. Daß jene famose Ehrenwort-Begnadigung durch die nachträgliche Ausweisung und ihre Begründung an Schönheit nicht verliert, sondern im Gegenteil gewinnt, bedarf keiner näheren Beweisführung.

Der Scheel-Krebs frist um sich. In der „Hilfe“ lesen wir: „Nachdem Scheel bereits alle möglichen Zeitungen und Wochenblätter aufgelassen hat, fehlte ihm zur Verwirklichung seines Vorhabens nur noch ein Annoncenbureau, um seinem großen Konkurrenten Klose die Wage zu halten. Jetzt ist auch diese Lücke ausgefüllt. Scheel hat das Annoncenbureau von Haasensteins u. Vogler, nächst dem Moskischen das größte Deutschlands, an sich gebracht.“

Auch noch in anderer Hinsicht ist die Krankheit vorgeschritten. Bisher war wenigstens der Montag morgen in Berlin von der Scherischen Parteilosigkeit befreit. Den Markt beherrschten ziemlich radikal gefärbte Montagblätter. Dieser Montag-Radikalismus hat offenbar der Regierung Besorgnisse eingebracht. Und so haben sich die Scherischen „Familienväter“ des Vaterlandes entschlossen, auch am Montag die Deffinitivität zu entfärben. Das war unvorsichtig. Denn dieses tägliche Uebermaß hält kein Mensch aus und muß zur Reaktion gegen den ganzen Scherismus führen.

In Calbe-Ashersleben ist nunmehr, wie wir bereits früher annehmen konnten, Genosse Albrecht-Halle zum Kandidaten für die Reichstags-Verfassungswahl aufgestellt worden. Die Wahl ist auf den 18. Januar 1905 anberaumt.

**Agitation auf der Kontrollversammlung.** Ein Gegenstück zu der Fortschritt-Bekämpfung der Kunst durch Kontrollversammlungen bietet eine Nachricht aus Saarlouis. Dort hat, wie rheinische Zeitungen berichten, der Bezirkskommandeur Oberstleutnant z. D. Walske eine ausführliche Propaganda zwar nicht für die Kunst, sondern sogar für die Politik, nämlich für die Kriegervereine betrieben. Er sprach seine Verwunderung aus, daß nur der zwanzigste Teil der gedienten Mannschaften einem Kriegerverein angehört. Er tadelt die „Trägheit und Schwerfälligkeit“, die von den Kriegervereinen fernhalte; wie solle Saarlouis bestehen, wenn bei Kaiserern und Königen die Front der Kriegervereine abtreiben wird; Deutschland habe keine Freunde in der Welt, es müsse den Helm aufheben und sein bester Freund sei das scharf geschliffene Schwert; „um dies recht scharf zu erhalten, daran arbeiten Schule und Kirche, daran arbeiten die Kriegervereine in großartigem Maßstabe mit“; „das Anwachsen der Kriegervereine ist gewissermaßen als ein Gradmesser zu betrachten für das Wachsen des politischen Verständnisses des deutschen Volkes“. Also eine unverfälschte Kriegervereinsrede.

So wird natürlich nicht nur in Saarlouis agitiert. Allenthalben wird versucht, das „Wolk in Waffen“ als Waffe gegen die kulturellen Bestrebungen des Volkes auszunutzen. Der Erfolg ist nur der sich stets verdringende Gegenfay zwischen Meer und Volk.

In den Pippischen Landtagswahlen wird uns geschrieben: Die Sozialdemokratie hatte bei den letzten Wahlen im Dezember 1900 nur in fünf von den sieben Wahlbezirken der dritten Abteilung Kandidaten aufgestellt. Von diesen fünf Kandidaten brachte sie vier mit relativer Mehrheit in die Stichwahl, welche denn auch sämtlich gewählt wurden. Die Wahl im Bezirk der Städte Detmold-Horn-Lage wurde für ungültig erklärt, und in der Nachwahl unterlag unser Genosse Obier, so daß jetzt drei Mandate in unseren Händen sind. Für die bevorstehenden Wahlen haben unsere Genossen in sämtlichen sieben Wahlbezirken der dritten Klasse Kandidaten aufgestellt. Sie sind es auch, welche die Wahlkampagne bereits in einer öffentlichen Versammlung am letzten Sonntag im alten Parteiort Deringhausen eröffnet haben. Unsere Pippischen Genossen wissen, daß sie diesmal gegenüber dem gemeinen bürgerlichen Mißgeschick — Anstrengungen genug wünschenswert werden zum Zweck der Einigung gemacht — einen schweren Stand haben werden, und sie werden es auch an eifriger Arbeit nicht fehlen lassen.

#### Aus dem Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 17. November. (Privattelegramm.) In der Mittwoch-Sitzung begründete bei der Weiterberatung der Gemeinde-Ordnungs-Novelle Genosse Kloth zunächst unseren Antrag auf Einführung des Proportional-Wahlrechtes für kleine und mittlere Gemeinden. Der Volks-parteiliche Hausmann und Minister v. Fischer traten dem Antrag entgegen, weil die Durchführung des Proportional-Wahlrechtes angeblich in den kleineren Gemeinden auf Schwierigkeiten stöße. Auf Antrag Gröber wurde jedoch die ganze Materie bis zur Regelung der Verhältnisse in den großen Gemeinden zurückgestellt.

Dann wurde die Beratung über das Gemeindevahlrecht fortgesetzt. Das Zentrum kam uns soweit entgegen, daß nach seinem Antrag die Wahlberechtigten ebenso wie bei uns nur nach Einkommen und Vermögen, oder Wohnsteuer und nicht beide Steuern zu bezahlen brauchen. Darauf haben wir uns veranlaßt den Zentrumsantrag als Basis anzunehmen und beantragten nur noch die dreijährige Karenzzeit in demselben in eine einjährige umzuwandeln. Gegen unseren Antrag wendete sich aber nun in großer Rede der Minister. Er erklärte an, daß unsere Anträge konsequent durchgedacht seien, aber darin liege gerade ihre Gefahr. Wir erstrebten die Verneinung unserer Wahl auf den Kathäusern, um den Kommunalsozialismus in allen seinen Teilen durchzuführen und ihn als Basis zu benutzen, um die allgemeine Sozialisierung der Gesellschaft einzuleiten. Dies könne aber der Sinn der Mehrheit des Hauses nicht sein und darum seien die Anträge abzulehnen. Dem Minister wurde von unserem Genossen Keil erwidert, daß er ja selbst die Notwendigkeit einer Erweiterung des Wahlrechtes zugegeben sowie das Bestehen von Mißständen in der Politik vieler Gemeinden anerkannt habe. Demgemäß müsse man für Besserung der Verhältnisse sorgen, und es dürfe, auch wenn eine solche aus allgemeinen Gründen für nötig erachtete, Besserung einer Partei besonderen Nutzen bringen könne, daß der Gesetzgeber nicht ausschlaggebend sein. Unsere Anträge fielen gleichwohl und es fielen auch die Zentrumsanträge, da ein Teil des Zentrums selbst nicht dafür stimmte. Das Zentrum hatte selbst alle fahnenflüchtig werden wollten, eine Brücke dazu gebaut, indem es eine Resolution einbrachte, wonach seine Anträge eine Milderung des Gemeinde-Angehörigkeits-Gesetzes in sich schloßen, daß daher eine Revision dieses Gesetzes herbeigeführt werden sollte. Damit rettete man den Schein, ohne etwas Wirkliches getan zu haben. Diese Resolution wurde natürlich angenommen. Der einzige Ertrag war schließlich die Annahme des volkspolitischen Antrages auf Herabsetzung der Bürgerrechts-Gebühr auf 2 Mark.

In der Donnerstag-Sitzung drehte sich die Debatte um den Wahltag. In der Kommission war beschlossen worden, daß die Gemeinden das Recht hätten, die Wahl an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Der Abgeordnete Hausmann begründete als Referent diesen Beschluß damit, daß in Gemeinden von starker Arbeiterbevölkerung, von der ein Teil auswärts arbeitet, viele Wähler um ihr Wahlrecht gebracht würden, wenn die Wahl am Freitag stattfindet. Unsere Partei hatte beantragt, den Sonntag als Wahltag für alle Gemeinden gesetzlich festzulegen, wofür Zaucher und Kloth mit ausführlicher Begründung eintraten. Der National-liberale Dieber trat für Ablehnung unseres sowie des Kommissionsantrages ein, ebenso der Zentrumsmann Gröber, der dabei sehr ausfallend gegen uns wurde, unser Antrag sei nur aus agitatorischen Gründen gestellt, kein Fabrikant würde einem Arbeiter die Zeit, die er zum Wählen braucht, vom Lohn abziehen usw. Von unserer Seite trat ihnen dann Hildenbrand entgegen widerlegte das Märchen von der Entheiligung des Sonntags durch das Wahlgeld und ersuchte Gröber um Beweise für die behauptete

Liberalität des Unternehmertums. Zweifellos siehe vor allen Dingen fest, daß sämtliche in Accord tätigen Arbeiter eine Lohnreduktion erlitten. Natürlich wurde sowohl unser Antrag wie der Kommissionsantrag abgelehnt. Angenommen wurde, und das ist ein vollständig sachliche Anerkennung der Berechtigung unseres Antrages, ein Antrag Hausmanns, wonach Orte mit starker Arbeiterbevölkerung in der Lage sein sollen, die Wahlzeit bis abends 8 Uhr auszudehnen. Genoss wurde ein Antrag Gröbers angenommen, wonach die Wahlzeit nicht mehr vom Ortsvorsteher allein, sondern vom Gemeinderat festzusetzen ist.

Dann fand noch die für Gemeindevahlen bisher nicht vorhandene Bestimmung Annahme, daß jeder Wähler seinen Stimmzettel vor der Abgabe in einem isolierten Raum in ein Kuvert zu stecken hat. Damit ist für die kleineren Orte eine weit größere Wahlfreiheit garantiert, als bis jetzt bestand.

#### Gelsenkirchener Wasserwerks-Prozess.

Essen, den 15. November. (Fig. Ver.) (Zweiter Verhandlungstag.)

Es gibt zunächst nochmals eine technische Auseinandersetzung mit dem Angeklagten Schmitt. Als bei der Verhandlung der Vorsitzende den Angeklagten darauf aufmerksam macht, daß in der vorigen Verhandlung ein Zeuge unter Eid das Gegenteil seiner Behauptungen bezeugt habe, bemerkt Schmitt: Ja, Herr Präsident, Sie haben dem Zeugen aber auch zugehört, daß er ganz verwirrt worden ist.

Bei der Untersuchung eines Bassins im September 1901 sind im Schlamm viele kleine und lebende Typhusbazillen gefunden worden.

Der Vorsitzende meint: Es sind doch große Schweinereien vorgekommen; es sei nur zu bedauern, daß das Strohrohr nicht mehr liegt; die Untersuchung würde sehr erleichtert, wenn man die Lage des Rohres z. heute noch sehen könnte.

Angeklagter Schmitt behauptet, Medizinalrat Springfeld, der auf dem Standpunkt stand, die Typhusepidemie sei durch einen Rohrbruch verschuldet, habe die sofortige Entfernung des Rohres plötzlich angeordnet.

Die Vernehmung des früheren Direktors Pfädel, jetzt in Charlottenburg, ergibt, daß man das Strohrohr immer noch benutzt hat, als schon im allgemeinen die Ansicht verbreitet war, die Typhusepidemie rühre von Zuführung unfiltrierten Wassers her. Wie Pfädel und Direktor Hegeler glauben machen wollen, sei das gerade ein Beweis dafür, daß man in aller Harmlosigkeit das Strohrohr benutzt habe. Pfädel betont, daß er sofort nach Kenntnis von dem Vorhandensein des Strohrohrs dessen Ersatz durch Kienanlagen in die Wege geleitet habe. Weil technische Hindernisse im Wege standen, habe sich das aber nicht so schnell durchführen lassen. Warum man bei der betonten Harmlosigkeit das Vorhandensein und die Benutzung des Strohrohrs verweigert habe, dafür können die Angeklagten plausible Gründe nicht angeben. Pfädel ist 1900 beim Gelsenkirchener Werk eingetreten, er war drei Jahre dort, das Anfangsgehalt betrug 10 000 M. und stieg bis auf 13 000 M.

Schmitt hatte behauptet, auf dem linken Ruhrufer seien durch Ueberlaufen von Abortgruben Baugruben und dadurch Leitungen verunreinigt worden. Pfädel bestreitet das entschieden. Das Strohrohr ist in der Hauptsache immer an den drei letzten Tagen der Woche benutzt worden, besonders in den Sommermonaten und auch noch 14 Tage nach Ausbruch der Epidemie. In der „Gelsenkirchener Ztg.“ war damals behauptet worden, es sei etwas in Ordnung, es werde Wasser geleitet, das nicht einwandfrei sei. Darauf ist namens der Direktion eine Verichtigung ergangen, in welcher Unregelmäßigkeiten abgestritten wurden. Die Angeklagten wollen von der Verichtigung nichts wissen.

Es wird ausführlich die vom Medizinalrat Springfeld angeordnete Desinfektion erörtert, ein Brunnen ist trotz der Anordnung nicht desinfiziert worden. Der Vorsitzende bemerkt, es hätte der Direktion doch angefallen die Anordnung klar werden müssen, daß das Wasser nicht einwandfrei sei. Die Angeklagten bleiben dabei, nicht geglaubt zu haben, daß die Zuführung unfiltrierten Wassers die Epidemie verschuldet habe. Die Desinfektion sei nicht erfolgt, weil man den Brunnen schon wollte.

Die Vernehmung des angeklagten Maschinenmeisters Riefendahl, des technischen Beirats der Direktion, gestaltet sich etwas umständlich. Riefendahl konnte nicht immer leicht die Zusammenhänge und die chronologische Folge der einzelnen Vorkommnisse finden. Riefendahl ist 1885 mit einem Gehalt von 2700 M. angestellt und bezieht seit zwei Jahren — nach der Epidemie — 4000 M. Während K. früher zugegeben, daß der kritische Schieber damals offen gewesen sei, will er jetzt nach eingehender Ueberlegung bestimmt behaupten können, der Schieber sei geschlossen gewesen. Der Vorsitzende will wissen, wie K. jetzt zu einer anderen Aussage kommt, als in der ersten Verhandlung, wo er wiederholt erklärte, die Schieber seien geöffnet gewesen. Der Zeuge will damals die Sache anders verstanden haben. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. In der Hauptsache kam es bei den Erörterungen darauf an, zu ergründen, ob die von der Epidemie nicht heimgeleiteten Orte von der Zuführung unfiltrierten Wassers verschont geblieben sind. Darüber werden die Gutachter nach der Beweiserhebung ausfragen. — Aus dem Ergebnis der Zeugenvernehmung ist hervorzuheben, daß Maurer Diemle, der bei Einlegung eines Rohres tätig war, bemerkt, es sei damals allgemein Ansicht gewesen, die Anlage müsse geheim bleiben. Die Verhandlungen werden auf Donnerstag vertagt.

#### Ausland.

##### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. November. Abgeordnetenhaus. Im Finanz-exposé hob der Finanzminister hervor, er werde, dem glänzenden Beispiel seines Vorgängers folgend, mit rückwärtsgerichtet Offenheit und vollster Objektivität sich beschäftigen, die Erhaltung des Gleichgewichts des Staatshaushalts zu wahren. Der Minister konstatiert alsdann, daß die Herstellung des Aktivbudgets abermals großen Schwierigkeiten begegnet, namentlich durch die in Aussicht stehende starke Inanspruchnahme des Staatskredits. Trotzdem das Budget einen weiteren Fortschritt zum Normalbudget aufweise, sei es immer noch nicht gelungen, sämtliche laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten. — Ministerpräsident v. Koerber erklärt zunächst, daß die Beziehungen zu den fremden Mächten andauernd freundschaftliche und vertrauensvolle seien und daß das erneute Bündnis mit dem Deutschen Reich und mit Italien fortgesetzt seine friedverhaltende Wirkung äußere. „Unser Einverständnis mit Rußland bezüglich der Balkanfragen“, sagt der Minister weiter, „besteht ungetrübt fort. Wir hegen die zureichende Hoffnung, daß das begonnene Reformwerk seiner Vollendung zugeführt werden wird.“ Auf die innere Politik übergehend, gedenkt der Ministerpräsident zunächst der Veränderungen innerhalb des Kabinetts. Er betont, wie die Ernennung des bei seinem Tode sowohl wie in der Juristenwelt hoch angesehenen tschechischen Landmannsministers von neuem darzutun solle, daß die Regierung niemals die Zurücksetzung des hochentwickelten tschechischen Volkes, beabsichtige und mit vollem Nachdruck eine rege Beteiligung seiner legitimen Vertreter an allen Berufen der Gesetzgebung wünsch. Die beispiellose Mannigfaltigkeit unserer nationalen und politischen Parteiverhältnisse bringt es mit sich, daß, so sorgfältig die Regierung auch jede Maßnahme im vorhinein erwägt (särmender Widerspruch), um nach keiner Seite hin zu verlegen, sie doch zuweilen infolge unerklärlicher Notwendigkeit Verfügungen treffen muß, welche nachträglich eine irrtümliche Auslegung von den Parteien erfahren. (Lärmende Zwischenrufe.) Die Regierung hält an dem in der Thronrede vom 14. Februar 1901 niedergelegten Programm fest und kann sich immer nur darauf berufen, daß ihr jede mala fides fremd ist, daß sie ganz allein vom staatlichen Gesichtspunkt handelt (Zwischenrufe), der sich bei unseren Zuständen nun einmal nicht immer mit den Wünschen aller nationalen Parteien deckt.

#### Schweiz.

##### Großratswahlen in Genf.

Genf, 15. November. (Fig. Ver.) Im Kanton Genf fanden am vorigen Sonntag die Großrats- (Landtags-) Wahlen statt, auf die die Parteien schon seit längerer Zeit eifrig ihre Vorbereitungen getroffen hatten. Die Radikalen hatten es zu einer Dreiteilung gebracht. Erst sonderte sich der linke Flügel als „Jungradikale“ ab und stellte ein eigenes Programm auf; dem guten Beispiel folgte später der rechte Flügel, der ebenfalls ein besonderes Programm aufstellte und sogar eine eigene Wahlzeitung „Die Presse“ gründete. Der verbliebene radikale Stumpf hatte den „Genevois“. Unsere Genossen hatten schon vor Monaten ihr Arbeitsprogramm aufgestellt, und der bisher wöchentlich zweimal erscheinende „Peuple“ erscheint nunmehr dreimal wöchentlich. In ähnlicher Weise arbeiteten die anderen Parteien, die „Demokraten“, wie sich die reaktionären Konserverativen und Katholiken demagogisch benamten; die „Nationalisten“, das heißt Christlichsozialen, die nur eine Spielart der „Demokraten“ sind, und die gleichwertigen „Unabhängigen“.

Die 100 Sitze des Großen Rates verteilten sich in der eben beendeten Legislaturperiode folgendermaßen: Sozialisten 7, Radikale 47, Konserverative 44 und „Libertiner“ 2. Letztere Gruppe hat sich jetzt aufgelöst.

Für die Neuwahlen hatte unsere Partei 18 Kandidaten aufgestellt, von denen sie, wie wir bereits telegraphisch meldeten, 14 durchgebracht hat. Der Erfolg ist umso höher zu bewerten, als nicht nur die bürgerlichen Gegner einen kaum noch dagewesenen heftigen Kampf gegen unsere Partei und persönlich gegen unsere Kandidaten führten, sondern auch die Anarchisten die Arbeiter durch Flugblätter zur Stimmhaltung aufforderten. Von den übrigen Parteien wurden gewählt: 38 (bisher 45) Radikale, 30 (29) Konserverative vulgo „Demokraten“, 13 (13) Unabhängige oder Katholiken, 4 Rationale (wie bisher) und 1 von der „Lebensmittelbranche“ oder Mittelstandspartei. Die Sozialdemokraten und Radikalen zusammen als die „Linke“ haben in dem neuen Großen Rat wiederum die Mehrheit.

#### Dänemark.

##### Neue Lakaendienstleistungen für Rußland.

Kopenhagen, 17. November. Die hiesige Polizei recherchiert eifrig nach einem geheimnisvollen japanischen Agenten, welcher Sonnabend nacht aus Holbaek geflohen, nach Ryfjobing auf Seeland gereist war und dort spurlos verschwunden ist. Man vermutet, daß er Spionage getrieben und dort von einem englischen Schiffe erwartet und aufgenommen worden sei.

Es ist geradezu unglücklich, welchen Eifer die dänische Polizei an den Tag legt, um Rußland gefällig zu sein. Was in aller Welt geht es Dänemark an, wenn sich in Kopenhagen ein Japaner aufhält, selbst wenn dies geschehen sollte, um zu „spionieren“, d. h. die Zahl der russischen Schiffe zu ermitteln, die die Meerenge passieren? Oder befürchtet man, daß die „Spionage“ des Japaners sich auf etwaige völkerrechtswidrige Begünstigungen der russischen Flottendurchfahrt erstrecken soll?

Oder hegt man Beforgnis, daß der japanische „Spion“ durch etliche mit der Hand zu schleudernde Bomben die russischen Schiffe in die Luft zu sprengen beabsichtigt? Will man durch eine Jagd auf japanische „Spione“ den russischen Flottennachdruck veranlassen, nach dem Vorbild Koschdjestwensky's auf friedliche Fahrzeuge zu feuern?

Solche Heldentaten der dänischen Polizei resp. Regierung sind nur geeignet, Dänemark mit der Schmach russischen Lakaientums zu behaften!

#### Rußland.

Allgemeine Amnestie der landesverwiesenen Finnen? Nach einer vom 15. November aus Helsingfors stammenden Mitteilung von „Niskanen Bureau“ soll die russische Regierung beabsichtigen, vor der Eröffnung des finnischen Landtages am 6. Dezember alle gegen finnische Staatsbürger erlassenen Ausweisungsbefehle aufzuheben, jedoch nicht auf einmal. Man muß, fügt das Bureau hinzu, die nähere Bestätigung dieser Nachricht abwarten. Vielleicht liegt eine Verweigerung mit der Tatsache vor, daß der finnische Senat unter dem Präsidium des Fürsten Obolenski beschloßen hat, den Kaiser zu ersuchen, daß die Häupter adeliger Familien und Männer, die als Abgeordnete gewählt sind, obgleich sie ausgewiesen sind, an den Landtagssitzungen teilnehmen können.

#### Asien.

##### Aufstand in der Provinz Kwangsi.

London, 17. November. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Shanghai vom 16. d. Mt.: Aufständische haben die kaiserlichen Truppen bei Liutshifu in der Provinz Kwangsi zurückgeschlagen und fünf bedeutendere Städte der Provinz genommen. Die Kaufleute und Bankiers sind aus den Städten geflohen. Der Vizekönig erhielt Befehl, auf seinen Posten zwecks Unterdrückung des Aufstandes zurückzukehren.

#### Gewerkchaftliches.

##### Berlin und Umgegend.

##### Die Aussperrung in der Geldmetall-Industrie.

An dem Stand der Dinge hat sich auch jetzt noch im wesentlichen nichts geändert. Daß den Arbeitgebern aber die Dauer des Kampfes ein ziemliches Unbehagen verursacht, beweist ihr unausgesetztes Bemühen, Arbeitswillige um jeden Preis heranzuziehen. Süddeutschland, speziell aber Baden, scheint von den Herren jetzt nachgerade abgegrast zu sein. Dank der guten Organisation der Metallarbeiter war der Zuzug von Arbeitswilligen aus dem Süden nur ein recht spärlicher. Infolgedessen wenden sich die Fabrikanten jetzt nach dem Osten. Besonders haben sie es auf Danzig abgesehen; doch auch dort sind die organisierten Kollegen an dem Kosten und Lären die Arbeiter über den Wert der fähnemännlichen Lockrufe auf.

In der gestrigen Streikversammlung wurde u. a. ein Fall erwähnt, der recht drastisch zeigt, wie die Fabrikanten Arbeitswillige zu werben suchen und wie sie diesen bedeutend mehr Lohn bieten als die Streikenden fordern. So hatte ein Arbeiter auf eine Streikbrecher-Annonce hin sich zum Schein bei der Firma Scheffer u. Walter angeboten. Dem Arbeiter, der nebenbei bemerkt gar kein Drücker war, wurde von der Firma ohne weiteres, d. h. ohne daß sich die Firma um seine eventuelle Leistungsfähigkeit gekümmert hätte, ein Wochenlohn von — 42 M. und obendrein noch warmes Abendbrot zugesichert! Andere Arbeitgeber laden ihre streikenden Leute zu Besprechungen ein, versichern sie dann ihres größten Wohlwollens, stellen ihnen glänzende Verdienste in Aussicht und bitten sie, die Arbeit doch wieder aufzunehmen. Nur einen Gesellen möchten die Arbeiter dabei den Fabrikanten tun, doch den besagten Hebers des fähnemännlichen-Verbandes zu unterschreiben, weil es nun doch einmal Beschluß sei. Natürlich lehnen die Arbeiter diese liebeswürdigen Angebote stets dankend ab.

Die Cohen der Versammlung berichtete, haben die fähnemänner jetzt allen Firmen, die auf Beschäftigung ausgesperrt hatten, denen dann aber der Rest ihrer Arbeiter von der Organisation aus den Betrieben herausgezogen wurde, nunmehr die Erlaubnis zur Aufhebung der Aussperrung gegeben. Infolgedessen haben sich die meisten dieser Firmen an die Streikleitung mit dem Ersuchen gewandt, ihnen ihre Leute doch wiederzugeben. (Es handelt sich hier besonders um solche Firmen, die Guyarbeiten für andere Betriebe herstellen können.) Die Streikleitung war, wie immer, zu einer Verständigung bereit und präsentierte den Herren den neuen Tarif zur Unterschrift. Da meinten die Herren Fabrikanten aber, den Tarif könnten sie nicht unterschreiben, wenn sie es auch gerne wollten; denn sie hätten ihrer Vertrauenskommission doch ehrenwürdige Versprechen gegeben, solange sie Mitglieder der fähnemänner-Vereinigung



selen, den Tarif unterschätzend nicht anzuerkennen. Dagegen würden sie den Arbeitern ihr Ehrenwort geben, keine Ausperrung wieder vorzunehmen. Hierauf ist den Herren keine Erlaubnis worden, auch die Arbeiter hätten ihren streikenden Kollegen das Ehrenwort gegeben, sie bei dieser Ausperrung energisch zu unterstützen, eventuell durch Arbeitsniederlegung, wie es hier geschehen. „Und“, fügte der Referent, zur Versammlung gewandt, hinzu: „die Arbeiter werden zeigen, daß ein Ehrenwort ohne Sichtwechsel genau soviel wert ist als ein Ehrenwort mit Sichtwechsel.“ (Stürmischer Beifall.)

Die ganze Haltung und Stimmung der Anwesenden ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie gewillt sind, nicht eher in die Betriebe wieder hineinzugehen, als bis die Fabrikanten zu einer Verständigung bereit sind.

Eine scharfe Kritik erfuhr sodann das Verhalten der „Berliner Volks-Zeitung“ sowohl von Cohen als auch von Jordan, dem Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins. Bereits in einer früheren Versammlung war zur Sprache gekommen, daß die „Volks-Zeitung“ auffallend viel Streikbrecher-Annoucen aufnimmt, während sie sich in redaktionellen Teil den Anschein gäbe, als wolle sie „auch“ Arbeiterinteressen vertreten. Damals war angeregt worden, Gegen-Annoucen in das Blatt setzen zu lassen, um so auch im Inseratenteil die Arbeitssuchenden auf den Streik aufmerksam zu machen. Gegen obigen Vorschlag wandte sich damals Wiesenthal, indem er ausführte, die „Volks-Zeitung“ sei ein bürgerliches Blatt, von bürgerlichem Geschäftssinn geleitet. Es wäre töricht, Gegen-Annoucen aufzugeben, denn gerade barauf spekuliere ja die Geschäftsleitung des Blattes. Born im Blatt würde der Arbeiterschaft ein wenig Honig um den Bart geschmiert, hinten aber würden Streikbrecher gesucht. So gedente bürgerlicher Geschäftssinn dem Arbeiter zu schmeicheln und dem Arbeitgeber zu schaden, um Geld von beiden einzuladen. — Gestern wies nun Cohen auf die ständige Zunahme der Streikbrecher-Annoucen in der „Volks-Zeitung“ hin. In jeder Nummer finde man davon jetzt ein bis zwei Duzend. Unter diesen Umständen möge das Blatt doch nicht mehr erzählen, daß es Arbeiterinteressen wahrnehme. Die „Volks-Zeitung“ sei von der Firma Rudolf Rosse einfach zu einer Streikbrecher-Agentur degradiert worden, denn ständig könne man in den verschiedenen Annoucen dieser Art lesen: Diszerten unter so und so an Rudolf Rosse. Jordan sagte dem hinzu, auch er müsse zugeben, daß die „Volks-Zeitung“ das reine Streikbrecher-Organ geworden sei.

Mitgeteilt wurde noch, daß ein Arbeitswilliger brieflich seinen Dank dafür ausgesprochen hatte, daß er von einem Streikposten aus der Penne des Hirschens Arbeitsnachweises in der Dreddenstraße „erlöst“ worden sei. In dieser neuen Streikbrecher-Herberge haufen 15 wohlbeschäftigte Arbeitswillige, lauter „nützliche Elemente“, zu deren körperlicher Reinigung zwei Waschkücheln als genügend erachtet werden.

### Die Ausperrung der Tischler

Stand gestern Abend in vier großen Holzarbeiter-Versammlungen zur Erörterung. Die hiesige Verbandsleitung hatte die Versammlungen einberufen, um die Lage der Ausperrung, die bisher nur vor den Vertrauensmännern und den Ausgesperrten erörtert worden ist, auch der Allgemeinheit der Verbandsmitglieder zu schildern und diesen die Maßnahmen zu unterbreiten, welche die Verbandsleitung seit der Verabschiedung der Holzarbeiter-Verbandsaufsicht in der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes auf. In der Brauerei Friedrichshain sprach Stulche, in Kellers Saal Bloche, im Eiseller Exner und bei Klein in der Hasenheide Leopold.

Die Referenten hielten unter anderem aus, daß es gegenüber den falschen Darstellungen in der „Nachzeitung“ und in den Versammlungen der Arbeitgeber notwendig sei, immer wieder zu betonen, daß die Forderungen, welche den Unternehmern den Vorwand zur Ausperrung boten, äußerst geringe seien. Es sei eine ungebührliche Uebertreibung — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — wenn die Arbeitgeber von unerfüllbaren Forderungen reden, die geeignet seien, den Ruin des Gewerbes herbeizuführen. Um nichts weiter handle es sich als um eine Abmachung, welche die Affordarbeiter davor sichert, daß sie bei neuen Arbeiten weniger verdienen, wie ihren durchschnittlichen Lohn. Niemand werde glauben, daß ein solider Handwerksmeister durch die Erfüllung einer so selbstverständlichen Forderung ruiniert werden könne. Sicher glauben das auch viele Meister selber nicht, trotzdem aber hielten sie es für angebracht, hinter den Großunternehmern, welche die Führung in diesem Kampfe übernommen haben, herzulassen, und zu tun, was diese für gut halten. Ganz so, wie es sich die Führer gedacht hatten, habe sich die Ausperrung allerdings nicht gestaltet. Nur sehr langsam sei man mit derselben vorgegangen und ein erheblicher Teil der Arbeitgeber habe die von ihrer Organisation gefassten Beschlüsse bis heute noch nicht ausgeführt. Bis jetzt haben sich 197 Betriebsinhaber an der Ausperrung beteiligt, die meisten nur mit einzelnen Arbeitern. Von den letzteren haben viele wieder Beschäftigung erhalten, so daß die augenblicklich Ausgesperrten sich noch auf 150 Betriebe verteilen. Einige Arbeitgeber, welche anfangs ausgesperrt hatten, haben die Ausgesperrten wieder eingestellt. Einen Ueberblick über den Gang, welchen die Ausperrung in den sieben Wochen ihrer Dauer angenommen hat, giebt folgende in den Versammlungen vorgetragene Aufstellung, die sich nur auf die Verbandsmitglieder bezieht.

Es wurden ausgesp. Zeaten in Arbeit (Vierden Ausgesp.)

1. Woche	225	—	—
2. "	327	68	484
3. "	261	77	668
4. "	162	82	788
5. "	123	56	804
6. "	108	102	868
7. "	50	84	843
Summa:	1812	469	

Unter Hinweis auf diese Zahlen wurde ausgeführt, daß das Ergebnis der Ausperrung keineswegs geeignet sei, die Arbeiter mühsam zu machen. Die finanziellen Opfer dieses Kampfes werde die Organisation ohne Schwierigkeit tragen, umso mehr, als die Kollegen sich bereits durch den einstimmigen Beschluß ihrer Vertrauensmänner bereit erklärt haben, für die Dauer des Kampfes erhöhte Beiträge zu leisten und die Ledigen zur Abreise zu bewegen. Daß jeder Kollege diese Opfer im Interesse seiner Organisation gern auf sich nehme, sei selbstverständlich, und so werde auch dieser Kampf eben mit dem Siege der Arbeiter und der Zurückweisung des von den Unternehmern ausgehenden Angriffs.

Die Versammlungen waren sämtlich sehr stark besucht. Kellers Saal in der Kopenstraße war sogar überfüllt. Die Ausführungen der Diszussionsredner, sowie die Stimmung der Versammelten ließ mit Sicherheit erkennen, daß die Streikenden und Ausgesperrten in jeder Hinsicht auf die Gesamtheit ihrer Kollegen rechnen kann. Insbesondere wurde übereinstimmend bekundet, daß sämtliche Mitglieder bereit sind, jedes erforderliche Opfer zu tragen, um die Position ihrer in den Kampf gedrängten Kollegen zu stärken, den Angriff des Unternehmertums zurückzuweisen und denselben durch die Tat zu beweisen, daß die Arbeiter den ihnen auferzogenen Kampf länger aushalten als die Unternehmer. Sollte auch die Ausperrung einen noch größeren Umfang annehmen und der Kampf ein schärferer werden, so werde trotzdem der Opfermut und die Solidarität der Arbeiter die auf Unterdrückung der Organisation gerichteten Bestrebungen der Unternehmer zu Schanden machen.

In allen Versammlungen wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Nach Kenntnisnahme vom Stand der Ausperrung erklären sich die heute versammelten Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes mit den Beschlüssen der Vertrauensmänner-Versammlung vom 10. November einverstanden:

1. Daß der laufende Beitrag von 60 Pf. auf 1 M. während der Dauer des Kampfes erhöht wird.

2. Daß die ledigen Arbeiter, Streikenden und Ausgesperrten veranlaßt werden, abzuziehen und daß ferner auch den in Arbeit stehenden Kollegen nahegelegt wird, Berlin während der Dauer der Ausperrung zu verlassen.

Die Versammelten verpflichten sich, für die Durchführung der Beschlüsse der Vertrauensmänner einzutreten und sind bereit, weitere Mittel aufzubringen, wenn solche für Zurückweisung des Anschlages der Holzindustriellen notwendig sind.

Die Musikinstrumentenarbeiter (Sektion des Holzarbeiter-Verbandes) befand sich in ihrer gestrigen Mitglieder-Versammlung ebenfalls mit dem Streik der Klavierarbeiter und der Ausperrung in der Holzindustrie. Siefeld gab über beide Bewegungen einen übersichtlichen Bericht. Was speziell den Klavierarbeiter-Streik anbelangt, so arbeiten gegenwärtig 851 Kollegen in 42 Betrieben größtenteils zu den neuen Bedingungen. Im Streik befinden sich noch circa 1200 Kollegen. An Streikunterstützung hat der Verband an die Klavierarbeiter bis jetzt 55 664,40 M. geleistet; die Gesamtleistung der Organisation bei beiden Bewegungen beläuft sich bisher auf circa eine Viertelmillion Mark. Redner betonte hierbei besonders, daß jetzt wohl zur Genüge die alte Redensart widerlegt sei, als hätte der Holzarbeiter-Verband für die Musikinstrumentenarbeiter keinen Zweck. Häufig habe es geheißen, die Musikinstrumentenarbeiter hätten nur Beiträge zu zahlen, die von den Klavierarbeitern bei ihren Streiks aufgebraucht würden, während sie selbst keinen pekuniären Vorteil vom Verband hätten. Jetzt aber habe dieser Streik zur Evidenz bewiesen, welchen eminenten Wert der Holzarbeiter-Verband auch für die Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie hat, denn aus eigenen Mitteln wäre die Branche sicher nicht in der Lage gewesen, die zu diesem Streik nötige Summe aufzubringen. Nachdem der Referent wie auch sämtliche Diszussionsredner den gegenwärtigen Kampf in der Holzindustrie als eine Machprobe des Unternehmertums charakterisiert hatten, der in erster Linie auf eine finanzielle Lahmlage der Organisation berechnet sei, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heutige in den Andeasälen tagende Mitglieder-Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter nimmt Kenntnis von dem Stande des gegenwärtigen Kampfes in der Berliner Holzindustrie. In der Erwägung, daß dieser Kampf außerordentliche Mittel erfordert, die von der Gesamtheit der Mitglieder getragen werden müssen, stimmen die Anwesenden dem Beschluß der allgemeinen Vertrauensmänner-Versammlung vom 10. November, den Beitrag während der Dauer des Kampfes auf 1 M. pro Woche zu erhöhen, ohne weiteres zu.

Ein Antrag aus der Versammlung, in Anbetracht dessen, daß die auf den Sammelstellen eingehenden Beiträge zur Unterstützung der am Streik beteiligten unorganisierten Klavierarbeiter nur gering sind, die Unterstützungssätze für diese Arbeiter aus Verbandsmitteln zu erhöhen, fand keine Befürwortung. Dagegen wurde den in Arbeit stehenden Kollegen anheimgegeben, auf den Sammelstellen besser zu zeichnen, um so die Unorganisierten über Wasser zu halten. — Im übrigen galt es der Versammlung als selbstverständlich, daß die Klavierarbeiter in ihrem Streik weiter ausharren, um einen Erfolg auf der ganzen Linie zu erzielen.

Die Fliesenleger (Sektion des Maurer-Verbandes) nahmen in ihrer Versammlung am Sonntag Stellung zur eventuellen Kündigung ihres Tarifvertrages. Der Vertrag, der auch für den alten Fliesenleger-Verein gilt, läuft am 1. Februar nächsten Jahres ab und muß zum 1. Dezember dieses Jahres gekündigt werden, falls er nicht weitere Gültigkeit haben soll. Da sich nun der alte Verein mit der freien Vereinigung der Fliesenleger verschmelzen will, für letztere aber ein am 1. September nächsten Jahres ablaufender Sondervertrag besteht, so hält die Verbandssektion es für richtig, den Tarifvertrag auch nur bis zum 1. September zu verlängern und ihn zu diesem Zweck rechtzeitig zu kündigen, damit alldann ein einheitlicher Tarif für alle Gruppen geschaffen werden könne. Wie in der Versammlung ausgeführt wurde, hat sich die Sektionsleitung wegen dieser Angelegenheit auch bereits an den Vorstand des alten Vereins gewandt, jedoch noch keine Antwort erhalten. In der Aussprache erklärten sich die einzelnen Redner zwar nicht für eine grundsätzliche Änderung des Tarifs, hielten indessen eine Lohnerhöhung und eine Regulierung der Arbeitszeit während der Wintermonate, ähnlich der im Maurergewerbe herrschenden, für wünschenswert. Es wurde schließlich eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, geeignete Vorschläge in dieser Hinsicht auszuarbeiten.

Der Streik der Plättsticker bei der Charlottenburger Abfuhr-Gesellschaft ist beendet. Es sind am Donnerstag früh sämtliche alten Deute wieder eingestellt worden. Bei den Firmen Berliner Abfuhr-Gesellschaft und C. Scheller haben Verhandlungen stattgefunden, durch welche jedoch kein zufriedenstellendes Resultat erzielt wurde. Die Zahl der vorhandenen Ausgesperrten beträgt noch 92 Mann; die von der Abfuhr-Gesellschaft ausgesperrten 100 sind bis auf 85 Mann anderweitig in Arbeit gebracht worden. In der am Donnerstag stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, so lange fest zusammenzuhalten, bis eine endgültige Regelung der schwebenden Differenzen herbeigeführt ist. Falls bis Sonntag eine Einigung nicht erzielt ist, soll die Unterstützung von Montag ab erhöht und dann der Kampf in der nächsten Woche mit erneuter Kraft fortgesetzt werden.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 17. November. (B. L. B.) General von Trotha meldet aus Windhuk unterm 16. November: Major von Estorff stieß abwärts mit 150 Gewehren, 1 Geschütz, 2 Maschinengewehren vor und gelangte am 11. Oktober bis 45 Kilometer nordöstlich Epata, wo er gänzlichen Wassermangels wegen umkehren mußte. Mehrere 100 Hereros flohen bei seiner Annäherung nach allen Seiten auseinander. Auf der Verfolgung fiel diesseits Gefreiter Helm, 7. Kompanie. Der Feind verlor 19 Tote und 10 Gewehre.

Wilhelm stieß am 12. und 13. Oktober in 3 Kolonnen aus Linie Ojofonbu—Dunjab durch das Sandfeld bis zum großen Omuramba vor, wo gleichfalls kein Wasser mehr war. Er traf nur Weiber, Kinder und Greise und einige weg-geworfene Gewehre.

Patrouille Leutnant Wagner und Böhmer überfiel am 12. Oktober nördlich Owinawa—Nawa nach Westen ziehende Hereros, von denen 12 fielen. Leutnant Klinger griff am selben Tage eine Hererobande östlich Eware an. Diesseits Unteroffizier Graebel an linker Hand verwundet; 24 Hereros gefallen. Am 11. Oktober hatte der Posten Eware ein kleines Besatz, bei dem 6 Hereros fielen. Am 13. wurde eine Hererobande bei Olofondana beschossen, am 15. eine bei Olombahebe durch Klinger, wobei 7 Hereros fielen. Der Feind hat anscheinend das Bestreben, mit kleinen Trupps unsere Linien zu durchschleichen, um weißes Wasser zu gewinnen. Ich suche weiterhin, durch Streifkolonnen und Patrouillen ihn aufzu-reiben.

#### Oesterreichischer Reichsrat.

Wien, 17. November. (B. L. B.) Ministerpräsident Dr. v. Koerber beschließt das Vorgehen der Regierung zu den Innsbrucker Unruhen. Da die Schaffung einer selbständigen italienischen Universität oder auch nur einer Fakultät in einer anderen Stadt im Verordnungswege ausgeschlossen erschien, den italienischen Studenten aber die Fortsetzung ihrer Studien ermöglicht werden mußte, so hatte die Regierung nur den einzigen Ausweg, im Reichsrat einen Gesetzentwurf über Errichtung einer

juristischen Fakultät an einem anderen Orte zu unterbreiten, für die Zwischenzeit aber in Innsbruck durch die Absonderung der italienischen Studenten in einer mit der Universität möglichst lose zusammenhängenden italienischen Fakultät die Wahrscheinlichkeit von Ausschreitungen tunlichst zu vermeiden. Dieser Gedanke wurde mit den Mitgliedern des akademischen Senats der Innsbrucker Universität, also gewiß mit guten deutschen Männern, erörtert, ja, man könnte beinahe sagen, er stamme von dort her. (Hört! hört!) Die bezügliche Verordnung kennzeichnet unzweifelhaft den provisorischen Charakter dieser Maßregel. Ohne einen scharfen Grund wuchs die Erregung, und trotzdem die ruhig verlaufene Eröffnungsfest der Universität die Hoffnung rechtsfertige, daß die Gemüter beider Parteien besänftigt seien, kam der verhängnisvolle Abend mit der Versammlung im Weißen Kreuz. Das Gesetz wird als Schuldigen nach Wahgabe ihrer Schuld treffen. (Lebhafter Protest.) Der Präsident ruft den Abg. Stein zur Ordnung. Ohne sich über die Erzeße verbreiten zu wollen, will der Ministerpräsident nun über die italienische Fakultät sprechen. Andauernde Zwischenrufe. Einem Volksstamme, führt der Ministerpräsident fort, der 45 Proz. der Gesamtbevölkerung des Tiroler Landes ausmacht, wird der provisorische, zweifelhafte ganz kurze Aufenthalt in der Hauptstadt dieses Landes so schroff verlagert! Die Erhaltung der Einheit des ganzen Tiroler Gebietes ist sicherlich eine Herzenssache eines jeden Oesterreichers, eines jeden Deutschen. Es ist auch wahr, daß ein breites Band gemeinsamer Kulturinteressen die Deutschen und Italiener umschlingt, was nicht durch Worte, sondern jahrelang durch die Tat, durch erprobte Waffenbrüderschaft bewährt worden ist. Warum also jetzt diese Ablehnung, die mit der ganzen Vergangenheit in Widerspruch steht. In dem Wunsche der Regierung liegt es, daß schon die Vorlesungen im 2. Semester in der definitiven Fakultät stattfinden. (Andauernde Zwischenrufe.) Auf den Zwischenruf des Abgeordneten Wolf, der Ministerpräsident solle mit einem Abgeordneten in einem anderen Tone reden, erwidert der Ministerpräsident, er nehme vom Abgeordneten Wolf keine Befehle an. (Beifall, Händeklatschen.) Zwischenrufe des Abgeordneten Wolf. Der Ministerpräsident ruft erregt: „Wagen Sie sich an mich heran!“ (Lärm und Beifall, Händeklatschen.) Der Ministerpräsident (fortfahrend): „Wagen Sie es nur!“ (Beifall, Händeklatschen.) Fortwährender großer Lärm.

Der Ministerpräsident kündigte hierauf eine Reihe von Vorlagen an, welche der Legislative unterbreitet werden sollen. Nach dem erforderlichen Studium des ungeheuren Materials über die Reform der öffentlichen Verwaltung werde dem Hause in naher Zeit eine so knapp wie möglich gehaltene Denkschrift zugehen, in welcher mit aller Offenheit die Mängel der gegenwärtigen Verwaltung dargelegt werden sollen. Die Regierung habe es nicht im entferntesten auf einen Angriff gegen die Selbstständigkeit der Länder oder der Gemeinden abgesehen, ihr Schwere ausschließlich die von allem politischen Beifugemad losgelöste, der Bevölkerung zum Vorteil gereichende Vereinfachung und strenge Sachlichkeit der Geschäfte vor. Der Ministerpräsident kündigt weiter an: eine Vorlage betreffend Grundsätze einer Alters- und Invalidenversicherung (Beifall), deren sofortige verfassungsmäßige Behandlung zuerst nicht verlangt wird, weil noch das Votum des zuständigen Vertrats und der Korporationen einzuholen ist. Das durch die Vorlage erbetene Minimum soll den großen Massen Schutz gegen Hunger und peinvoller Kötigung bieten.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber betont sodann: Oesterreich dürfe, wenn es auch keine Kolonialpolitik treibe, nicht länger zögern, sich die erforderliche Sicherheit für das, was es zu leisten vermöge, zu schaffen. Wir müssen sobald als möglich zu einem neuen Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn gelangen. Denn es ist die Basis für das wirtschaftliche Gedeihen beider Staatsgebiete. Wir müssen einen Zolltarif feststellen, der den Schutz der heimischen Produktion überall dort gewährleistet, wo derselbe nicht vertragsmäßig gegeben ist. Wir müssen zu neuen Handelsverträgen gelangen, damit wir nicht isoliert sind, wenn andere eine feste Vereinbarung für ihren gegenwärtigen Warenaustausch errichtet haben. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird ein Antrag Raffasini, sofort die Debatte über die Regierungserklärung zu eröffnen, angenommen.

Abgeordneter E. L. er bespricht eingehend die Innsbrucker Vorgänge unter scharfen Ausfällen gegen die Regierung und den Statthalter von Tirol sowie das Militär. Redner schreift die Schuld an den Vorkommnissen den italienischen Studenten zu, die alle Vorbereitungen für Straßenkämpfe getroffen hätten und auf die unbewaffneten Deutschen ein förmliches Schnellfeuer eröffneten. Auf deutscher Seite sei kein einziger Schuß gefallen. Redner fordert das Haus auf, mitzuwirken und die Regierung von ihrem Plaque zu entfernen.

Der Ministerpräsident v. Koerber erklärt hierauf, er wolle gegenüber der leidenschaftlichen Sprache Dr. Erlers, die er bei einer anderen Gelegenheit als im persönlichen Verkehr unzulässig bezeichnet habe, eine ruhige Darstellung geben. Zu derartigen Erzeßen, deren Schauplatz Innsbruck gewesen sei, wäre es nicht gekommen, wenn nicht außerhalb der studentischen Kreise in beiden Lagern betriebene Agitation mitgewirkt hätte, wobei wie gewöhnlich Elemente zum Vorschein kamen, welche nichts zu riskieren, alles zu gewinnen hatten. So scharf man die verbrecherischen Taten der italienischen Studenten beurteilen müsse, so sei doch für die Innsbrucker Erzeße diese Agitation mit verantwortlich. (Lebhafter Unterbrechung.) Der Ministerpräsident giebt dann eine Darstellung der Sachlage und stellt fest, daß der Statthalter mit den berufenen Organen zusammen sich in Verbindung gesetzt habe.

#### Die Guller Angelegenheit vor dem Handelsamt.

Gull, 17. November. (B. L. B.) Im Verlaufe der vom Handelsamt veranstalteten Untersuchung über die Doggerbank-Angelegenheit sagte heute der Bootsmann des Fischerbootes „Gull“ gleich den anderen bisher vernommenen Zeugen aus, daß sich keine japanischen Fahrzeuge zwischen den Fischerbooten befanden. Die russischen Kriegsschiffe hätten nur zwei bis drei Schiffslängen von der „Gull“ halt gemacht und dann Feuer gegeben. Als er seitwärts über den Schiffstand heransah, habe er ein Schiff, dessen Lichter sämtlich ausgelöscht waren, gesehen, er habe dies zuerst für ein Torpedoboot gehalten, später habe sich gezeigt, daß es das Missionschiff „Alpha“ war. Auf die Frage des Vertreters der russischen Regierung, ob er sicher sei, daß es ein Missionschiff war, antwortete der Zeuge, dessen sei er nicht sicher, aber ein Torpedoboot sei es nicht gewesen.

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 17. November. (B. L. B.) General Stössel meldet dem Kaiser unter dem 28. Oktober: Seit dem 25. Oktober befehligen die Japaner äußerst heftig unsere Forts und die Befestigungen an der Nord- und Nord-Ostfront. Am 26. Oktober machten sie einen Angriff gegen die Befestigung und gegen eines der Forts der Nordfront, doch wurden durch unser Schrapnellfeuer ihre Reserven zerstreut und der Angriff wurde abgeschlagen. Auf unserer Seite sind 1 Offizier und gegen 70 Mann gefallen, 8 Offiziere und ungefähr 400 Mann verwundet.

Petersburg, 17. November. (B. L. B.) General Kuro-paikin meldet unter dem gestrigen Datum: Am 15. November machten gegen 8 Uhr abends die Japaner einen Angriff gegen unsere Stellung beim Dorfe Linschiupu wurden aber zurückgeschlagen. Gegen 11 Uhr abends eröffnete der Feind wieder ein Geschützfeuer, das gegen 1 1/2 Stunden dauerte. Auf unserer Seite sind 4 Mann verwundet. Am 15. November legten unsere Freiwilligen sich vor Sonnenaufgang in einen Hinterhalt. Von 32 Japanern wurde ein Teil getötet, ein Teil verwundet. Die Russen machten 3 Gefangene.



Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

85. Sitzung vom Donnerstag, den 17. November 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Zunächst wird eine Reihe von Rechnungen, sowie der Jahresabschluss der städtischen Gaswerke für 1902 auf Grund der Anträge des Rechnungsausschusses, Referent Stadtv. Deutsch (soz.-fortschr.), behargiert.

Zur Beschaffung einer neuen Amtskette für den Stadtv. Reimann, dem dieses Zeichen seiner Amtswürde durch Einbruch gestohlen worden ist, werden 50 M. bewilligt.

Der Preussische Städtetag ist von seinem Vorstand auf den 6. und 7. Dezember nach Berlin einberufen. Berlin hat nach den Sitzungen Anspruch auf neun Vertreter. Wie bisher sollen vier Magistratsmitglieder und fünf Stadtvorordnete entsendet werden. Auf der Tagesordnung stehen das Flusslinien-Gesetz, der Wohnungsgesetz-Entwurf und das Thema: „Die Rechte der Städte an ihren Schulen“.

Seitens der Versammlung werden als Vertreter die Stadtv. Dr. Langerhans, Cassel, Rommsen, Dinsse und Singer durch Jurauf gewählt.

Nachdem zu Anfang März 1904 beim Krankenhaus Noabit die städtische Krankenpflegerinnen-Schule eröffnet ist und die Lehrgänge für die Ausbildung von Krankenschwestern in Kraft getreten sind, haben sich besondere Uebergangsbestimmungen für die bereits vor 1904 im Krankenhaus Noabit eingetretene Ober- und Schwestern als notwendig erwiesen. Danach soll bei diesen von der vorgeschriebenen Probezeit abgesehen werden; das Höchstgehalt, soweit es 600 M. überschreitet, soll denjenigen, die im Gewisse deselben stehen, auch weiter gezahlt werden; die Verpflichtung der Schwesternschaft noch drei Jahre anzugehören, wird durch ihre bisherige Tätigkeit als ausgeglichen erachtet. Diese Uebergangsbestimmungen wurden auf 20 Ober- und 17 Schwestern Anwendung finden.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Vorschlägen des Magistrats bei.

Für die Schädigung, welche durch Veränderung der Höhenlage der Swinemünder- und Ramlersstraße infolge der Ueberbrückung des Bahnhofs Gesundbrunnen einer Anzahl dortiger Grundstücke zugefügt wird, sollen im ganzen noch 40 500 M. bare Entschädigungen gewährt werden, und zwar sollen erhalten: der Eigentümer Jung, Swinemünderstr. 66 30 000 M.; Wehme, Swinemünderstr. 63 15 000 M.; Kraay, Swinemünderstr. 67 2000 M.; Hoffmann, Ramlersstr. 11 1000 M.; Perler, Ramlersstr. 28 1500 M.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung. Auf 6 Uhr ist die Sitzung.

Wahl von 8 unbesoldeten und 2 besoldeten Stadträten angefaßt. Mit Ablauf dieses Jahres endet die sechsjährige Wahlperiode der unbesoldeten Stadtr. v. Friedberg, Daad, Kalle, Wielenz, Schäfer, Selberg, Wagner und Dr. Weigert; die Wahlzeit der besoldeten Magistratsmitglieder Bohm und Rugdan geht am 1. Februar 1905 zu Ende.

Im Ausschuss hat man sich dahin schlüssig gemacht, die Herren sämtlich zur Wiederwahl vorzuschlagen mit Ausnahme des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Herrn Daad, für den der Geh. Baurat a. D. Kumschäffel empfohlen wird. Die Wahlen haben in getrennten Wahlgängen durch Stimmzettel zu erfolgen.

Im ersten Wahlgange werden 90 Stimmzettel abgegeben, wovon 8 unbeschrieben sind. Sämtliche 87 gültigen Stimmen fallen auf den bisherigen Stadtrat v. Friedberg, der somit einstimmig auf 6 Jahre wiedergewählt ist.

Für Daad wird Geh. Baurat Kumschäffel mit 68 von 69 gültigen Stimmen gewählt; außerdem sind 31 unbeschriebene Zettel abgegeben worden.

Bei der Wahl für den bisherigen Stadtrat Kalle werden 108 Zettel abgegeben, von denen die größere Hälfte, nämlich 68 unbeschrieben, also ungültig sind; aus der Mitte der Versammlung erschallen lebhafteste Hörl-Hörl-Rufe bei der Bekanntgabe dieses Ergebnisses. Von den verbliebenen 50 Stimmen erhält Kalle 43; derselbe ist somit wiedergewählt. Von den übrigen 7 Stimmen erhalten Singer 4, Druhm 2, Jacobi 1. (Weiterleit.)

Wiedergewählt wird ferner Stadtrat Wielenz mit 89 Stimmen; außerdem erhält Stadtv. Rommsen eine Stimme. 16 Zettel sind unbeschrieben.

Nach Erledigung des vierten Wahlganges wirft der Vorsitzende die Frage auf, ob die noch ausstehenden sechs Wahlen vertagt werden sollen oder ob es vorzuziehen sei, das Wahlgeschäft heute völlig zu erledigen. Er ist vorzüglich der Meinung, daß die Versammlung der Bedeutung der Frage der obligatorischen Fortbildungsschule nicht genügend Rechnung tragen würde, wenn sie über diesen Gegenstand heute noch 1 1/2-2 Stunden diskutieren, da die Sache doch keinesfalls zum Abschluß gebracht werden könnte. Die große Mehrzahl entscheidet sich darauf in seinem Sinne für die Fortsetzung des Wahlgeschäfts.

Mit 95 von 96 gültigen Stimmen (neben 8 unbeschriebenen) erfolgt die Wiederwahl des Stadtrats Schäfer. Die dissentierende Stimme fällt auf Singer.

Stadtrat Selberg wird gleichfalls wiedergewählt; er erhält 91 von 93 gültigen Stimmen. Je eine Stimme entfällt auf Singer und Förster; 2 Zettel sind unbeschrieben.

Endlich erfolgt auch die Wiederwahl der beiden unbesoldeten Stadträte Wagner und Dr. Weigert; ersterer erhält 80, letzterer 76 Stimmen, daneben Singer 1. Außerdem werden 8 bezw. 10 weiße Zettel abgegeben.

Die bisherigen besoldeten Stadträte Bohm und Rugdan wählt die Versammlung auf zwölf Jahre ebenfalls wieder; Stadtrat Bohm erhält 79 Stimmen, daneben fünf weiße Zettel; Stadtrat Rugdan 61 Stimmen, daneben 22 weiße Zettel. Gegen 7/8 Uhr schließt die öffentliche Sitzung.

Städtische Straßenbahnen.

In der gestrigen letzten Sitzung des Stadtvorordneten-Ausschusses zur Vorbereitung der Vorlage betreffend den Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien wurde die Spezialdiskussion über die „Südbahnen“ fortgesetzt. Die drei geplanten Südbahnen sind bekanntlich Radiallinien, welche aus dem Westen, Südwesten und Süden in das Stadtimere führen, und zwar ist als vorläufiger Endpunkt der Dönhofsplatz anzusehen, während für spätere Zeit vorbehalten bleibt, die Linien nach dem Norden zum Bahnhof Friedrichstraße und Steintier Bahnhof zu verlängern bezw. sie mit den geplanten „Nordlinien“ und den städtischen Straßenbahnen „Mittelstraße-Bankow“ und „Behrenstraße-Treptow“ in Verbindung zu bringen.

Voraussetzung für dieses weitergehende Projekt bildet die noch im Stadium der Vorverhandlungen stehende Frage der Linden-Unterführung.

Im einzelnen haben die geplanten Südbahnen folgenden Verlauf:

- 1. Großdresdenerstraße—Dönhofsplatz.
- 2. Steinmetzstraße (Ecke der Großdresdenerstraße)—Kurfürstenstraße—Dennewitzstraße—Hottelstraße—Schöneberger Ufer—Augustabühl—Königin Augustastr.—Hakenplatz—Schönerstraße—Bernburgerstraße—Dessauerstraße—Prinz Albrechtstraße—Zimmerstraße—Friedrichstraße—Krausenstraße—Dönhofsplatz.

2. Kreuzberg—Dönhofsplatz.

Großboerenstraße (Kreuzberg)—Königsgrabenstraße—Sedemannstraße—Wilhelmstraße—Zimmerstraße—Friedrichstraße—Krausenstraße—Dönhofsplatz.

3. Hermannsplatz—Dönhofsplatz.

Urbanstraße (Hermannsplatz)—Tempelherrenstraße—Johanniterstraße—Waterloobrücke—Alexandrienerstraße—Neuenburgerstraße—Alte Jakobstraße—Hollmannstraße—Lindenstraße—Matthiasstraße—Krausenstraße—Dönhofsplatz.

Das Straßenbahndepot ist auf dem städtischen Gelände am Urbanhafen in Aussicht genommen.

Die Diskussion war vorzugsweise der Zurückweisung der Einwendungen gewidmet, welche am Schluß der vorigen und zu Beginn der gestrigen Sitzung gegen den Bau von Südbahnen vorgebracht wurden. Während der Kampf gegen die nunmehr angenommene Nordlinie angeblich insbesondere aus dem Grunde geführt wurde, weil diese Linie unrentabel sei, wohingegen die Südbahnen stets als rentabel bezeichnet wurden, hieß es nun wieder, man könne doch nicht bestimmt wissen, ob die angenommene Rentabilität erzielt werden würde. Solche Berechnungen seien trügerisch. Die neuen Linien seien viel kürzer als die entsprechenden der Straßenbahngesellschaft. Infolge dessen könnten auch die als Unterlage für die Berechnung zum Vergleich herangezogenen Linien der Gesellschaft nicht maßgebend sein. Die gleichen Strecken würden teilweise von Hänspfeunig-Dummbussen befahren und diese Dummbusse würden vor der Straßenbahn, die 10 Pf. kosten solle, bevorzugt werden. Die Trassenführung sei unglücklich und biete an manchen Stellen die größten technischen Schwierigkeiten. Die Linien seien überhaupt unnötig, da die in Frage stehenden Strecken in ausreichender Weise von der Straßenbahn-Gesellschaft befahren werden. Komme nun gar die Untergrundbahn Kreuzberg—Spittelmarkt, so hätte man das ganze Geld zum Fenster herausgeworfen.

Von den Freunden der Vorlage wurde ausgeführt, man sei entschlossen gewesen, alle gemachten Einwendungen völlig objektiv zu prüfen. Was man aber gehört habe, zwinge einem die Ueberzeugung auf, daß man nach Einwänden nur gesucht habe, um alle Linien abzulehnen. Die Nordlinie, deren Rentabilität zweifelhaft sei, habe man angenommen. Hier sei selbst der Stadtrat Kalle von der Rentabilität überzeugt. Sie könne man nun im Interesse der Stadt zweifelhafteste Linien bauen und anerkannt gute Linien ablehnen? Der Einwand, daß das Publikum durch die kurzen Linien geschädigt werde, sei ganz hinfällig. Es wird ja niemand gezwungen, die kürzere Linie zu fahren. Der Umstand aber, daß von fast allen Seiten die Rentabilität der Linien angezweifelt werde, beweise klar, daß die Linien für den Verkehr auch notwendig sind.

Die Furcht vor der Konkurrenz der geplanten Untergrundbahn sei unbegründet. Im Gegenteil lehre die Erfahrung in allen Großstädten, daß verschiedenartige Verkehrsmittel glänzend neben einander bestehen könnten. Nachdem der Kampf um die Nordbahn verloren sei, ziehe man jetzt so leidenschaftlich gegen die Südbahnen zu Felde, weil man hoffe, daß der Magistrat die Vorlage als ein Ganzes betrachten und bei Ablehnung der Südbahnen auch auf die Nordlinie verzichten würde. Man hatte gehofft, daß gegenüber den Nachschreitenden der Gesellschaft alle Mitglieder der städtischen Behörden einstimmig zustimmen würden. Was sehe man aber? Gehörten die Direktoren der Straßenbahngesellschaft dem Ausschuss an, sie könnten nicht anders zugunsten der Gesellschaft plädieren, als es von Mitgliedern des Ausschusses geschähe. Es sei geradezu unglücklich, in der Weise, wie es hier stattfände, die Interessen der Stadt und der Gesellschaft zu identifizieren.

Die Verhandlungen, welche stellenweise dramatisch betwert waren, mühten in später Nachmittagsstunde wegen des Beginns der Plenarsitzung abgebrochen werden. Die nächste Sitzung soll am Mittwoch kommender Woche stattfinden.

Einschränkung der Selbstverwaltung bei der Landes-Versicherungsaussicht Berlin?

Der Antrag des Magistrats auf Anstellung eines vierten besoldeten Vorstandsmitgliedes für die Landes-Versicherungsaussicht Berlin gelangte am Dienstag zur Verantw. in dem von der Stadtvorordneten-Versammlung eingesetzten Ausschuss. Der Vorstand der Versicherungsaussicht besteht nach dem Gesetz aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten und außerdem aus einem oder mehreren besoldeten Mitgliedern. Diese besoldeten Mitglieder werden von dem Kommunalverbande ernannt. Die Besoldung dieser Beamten wird aus dem Vermögen der Anstalt erledigt. Neben diesen Beamten kann das vom Ausschuss der Anstalt festzusetzende Statut noch andere Personen (mit oder ohne Besoldung) vom Ausschuss dem Vorstand einberufen. Der Ausschuss der Berliner Versicherungsaussicht besteht aus je zehn Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten, der Vorstand aus drei besoldeten Mitgliedern und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten. Das dritte besoldete Vorstandsmitglied ist seit April 1901 angestellt. Die Magistratsvorlage hebt hervor, die Zahl der Ein- und Ausgänge habe zugenommen, die Nichtenberger und Weeliger Anstalten seien vergrößert oder zu vergrößern. Deshalb sei ein viertes besoldetes Vorstandsmitglied erforderlich. Der Oberbürgermeister legte in der Kommission dar: abgesehen von der in der Vorlage hervorgerufenen Geschäftszunahme sei nach der Mitteilung des Vorstandes die Geschäftszunahme auch nach anderer Richtung hin erheblich. Die Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder sei bei anderen Versicherungsanstalten, z. B. in der Rheinprovinz, in der Provinz Brandenburg usw. erheblich größer, wiewohl die Zahl der zu bearbeitenden Sachen eine weit geringere sei. Ueberdies gehe er von dem Standpunkt aus, daß zur Wahrung der Selbstverwaltung man in erster Reihe den Organen der Selbstverwaltung es überlassen müsse, festzulegen, wieviel Beamte sie bedürften. Der Vorstand habe nach den Akten die Vermehrung gewünscht, dieser Wunsch erleichtere die Prüfung der Bedürfnisfrage, die aber auch aus dem beigebachten Material zu ersehen sei.

Stadtvorordneter Stadthagen freut sich, mit dem Oberbürgermeister darin übereinzustimmen, daß die Selbstverwaltung der auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung tätigen Organe hochzuhalten sei. Sind die Organe an der Selbstverwaltung in dem Wunsch der Vermehrung der Beauftragten einig, so könne man, so sehr man ein solches Verlangen auch beklagen möge, deren Verlangen nicht entgegenzutreten. Aber der Oberbürgermeister irre in der Annahme, daß diese Organe der Selbstverwaltung die Vorlage angeregt hätten; sie seien überhaupt noch nicht befragt. Das habe er zu seiner Verwunderung nach der Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört. Weder die Vertreter der Arbeitgeber noch die der Arbeitnehmer seien befragt worden, und zwar weder die Mitglieder des Vorstandes noch die des Ausschusses. Die dem Magistrat unter der Bezeichnung „Vorstand“ zugegangene Eingabe sei lediglich von den besoldeten Mitgliedern eingegeben. Diese mögen nach der Geschäftsordnung formell berechtigt sein, sich als Vorstand zu bezeichnen, sie stellen aber lediglich das besoldete, mit den Selbstverwaltungorganen leider oft nicht in Uebereinstimmung befindliche Organ dar. Ob die Selbstverwaltungsorgane mit der Vorlage einverstanden seien, wisse er nicht. Er glaube berechtigten Grund zu der Annahme zu haben, daß dies nicht der Fall sei. Bereits im Jahre 1901 sei aus Anlaß der Einführung eines dritten Vorstandsmitgliedes nach den damaligen Zeitungsberichten im Ausschuss hervorgehoben, daß die Vermehrung der besoldeten Vorstandsmitglieder zu einer Vermehrung der Zahl der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen müsse. Das Recht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werde durch die Vermehrung des besoldeten Personals ja erheblich herabgemindert. Bei

einer wirklichen Selbstverwaltung könne man höchstens soweit gehen, wie bei den Gewerbeämtern, in denen je 2 Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer mit einem Beamten zusammen fungieren. Wolle man aber paritätisch jeder der drei Gruppen ebenso viel Vertreter zugeben, so müßte die Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erheblich vermehrt werden, zumal ja nach § 75 des Invalidenversicherungs-Gesetzes dem besoldeten Vorsitzenden ein Besetzungsgewalt zustehe. Es sei endlich ja auch nicht ausgeschlossen, daß der Ausschuss es für zweckmäßig halte, von der Befugnis des § 74 Absatz 3 Gebrauch zu machen und in den Vorstand besoldete oder unbesoldete Personen nach Art der Bürgerdeputierten in unsere Verwaltungskorporationen zu delegieren. Jedemfalls dürfen die Selbstverwaltungsorgane bei dieser Frage nicht übergegangen werden. Das umsoweniger, als schon jetzt in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine lebhafteste Diskussion darüber herrsche, daß ihre Vertreter zu wenig befragt würden und zu wenig zu sagen hätten. Redner erläutert das durch einzelne, der Praxis entnommene Beispiele. Der Vorsitzende sei zur Zeit infolge der Geschäftsordnung, die wohl im Vertrauen auf kollegiales Zusammenarbeiten und mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der ersten Einrichtungen ihre jetzige Gestalt erhalten habe, mit fast unumkehrbarer Machtvollkommenheit umkleidet.

In seiner Hand allein liege es, die Geschäfte zu verteilen. Wie seien diese verteilt? Sind dabei lediglich die besoldeten Mitglieder berücksichtigt? Aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in den Beauftragten der verschiedensten Vorrichtungsbereiche Klagen über Beeinträchtigung der vom Gesetze gewollten Rechte der Interessenten laut geworden. Man empfinde vielfach die Stellung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die doch allein das gesamte Vermögen der Anstalt zusammengesetzt haben, als rein dekorative Stellen, die in wichtigen Sachen, vor vollendeten Tatsachen gestellt, lediglich ihr Ja und Amen sagen können. Es sei häufig schlechterdings unmöglich, einen Vorstandsbeamten im Bureau zu treffen. Das deute doch in Verbindung mit den überaus reichlichen Verurlaubungen nicht auf eine Ueberlastung, vielmehr auf das Gegenteil hin. Ist volles Einverständnis zwischen allen Organen der Selbstverwaltung über eine Vermehrung der Beamtenstellen vorhanden, dann sei eine Nachprüfung des Bedürfnisses erheblich erleichtert. Unter keinen Umständen dürfe man über deren Kopf hinweg die Organisation ändern, und das bedeute ja die Einsetzung der geforderten vierten Vorstandsstelle. Redner beantragt, die Selbstverwaltungsorgane, den Gesamtvorstand und den Ausschuss zu hören. Dem Redner sei es noch unparteiischer, ohne weiteres die Vorlage abzulehnen, da ihr Inhalt klar den Mangel eines Bedürfnisses für die vierte Vorstandsstelle erweise. Die in der Vorlage angedeutete Vermehrung von Stellen in den Heilanstalten lasse vielleicht die Vermehrung der ärztlichen Beamten und der dem Vorstand nicht angehörigen Beamtenarmee, die schon jetzt gegen 200 Glieder aufweist, um eine oder mehrere Stellen angezeigt erscheinen, nicht aber die Vermehrung um ein Vorstandsmitglied. Hinzu kommt, daß die Stellung der leitenden Ärzte durch Vermehrung der Stellen der Beauftragten zu Ungunsten der Kranken und der Verwaltung herabgedrückt zu werden drohe. Der Verwaltungsbericht ergibt überdies, daß von einer ein Vorstandsmitglied belastenden Vermehrung der Geschäfte nicht wohl gesprochen werden könne. Im Gegenteil, verschiedenes beweise, daß die Arbeitslast erheblich abgenommen habe. Das Gesetz und die im Jahre 1900 in Kraft getretene Novelle haben schwerere Arbeit geschaffen. Aber die schwierigste Arbeit, die Organisation, die Schaffung der neuen Einrichtungen sei erledigt. Die Entscheidung über Renten, Fürsorge für Kranke und Invalide, die Kontrolle über Beitragsleistungen, Anlage des Vermögens für gemeinnützige Zwecke usw. sei jetzt leichter als in den ersten Jahren. Die Anstalt und die Aufsicht sowie die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes haben zu festen Normen geführt, die Reihe der grundrichtlich bedeutungsvollen Entscheidungen sei eine weit geringere, man habe sich in der Anstalt und im Publikum in das Gesetz hineingelebt, so daß keine Handhabung selbst bei vermehrten Ein- und Ausgängen weit schneller und müheloser sei. Nachdem die Maschine in Gang gekommen, sei sie leichter, nicht schwieriger zu handhaben. Ein Vergleich mit der Provinz Brandenburg, mit der Rheinprovinz und mit anderen Anstalten sei nicht zutreffend, weil die Verwaltung für die lediglich für eine Stadt bestehende Versicherungsanstalt überaus leichter sei als die für räumlich größere Provinzen. Der offizielle Verwaltungsbericht weise überdies an einzelnen Stellen eine direkte Abnahme der Geschäfte auf. So waren im Jahre 1891: 1859, in den folgenden Jahren 619, 577, 625, 458, 459, 454, 357, 301, 455, 402, 321, im Jahre 1903 nur 359 Altersrentenanträge vorliegend. Die Kassenverwaltung weist gegen das Vorjahr eine Mindererinnahme von 2 508 185, eine Minderausgabe von 2 778 199 M. auf. Zu dieser Senkung der Quantität der Arbeitslast tritt eine nur scheinbare, lediglich formale, die Registraturgeschäfte vermehrende Arbeit beispielsweise bei der Anerkennung ungültig gewordenen Quittungsarten. Nach dem offiziellen Bericht sei diese Arbeit infolge der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes eine bloße Formalität. Sie erstreckte sich auf 15 366 schriftliche Anträge. Das mache allein eine Vermehrung um ebensoviel Nummern der Eingänge oder der doppelten Zahl von Ein- und Ausgängen. Man dürfe sich nicht durch die Zahl der überaus lebhaft schematischen und im Bureau zu bearbeitenden Ein- und Ausgangsnummern täuschen. Die Beaufsichtigung und Leitung der Kranken- und Invalidenhäuser sei auch vielleicht viel wirkungsvoller durch die ehrenamtlichen Organe wahrzunehmen. Die Vertreter der Arbeitgeber z. B., die Herren Philippsohn, Selle, Dr. Gerschel, Schoppa, seien doch Leute, von denen man annehmen könne, daß sie dieser Aufgabe, gestützt auf das große Oer der Kanzlei- und Unterbeamten, reichlich gewachsen seien. Wolle man nicht die beantragte Auskunft erfordern, so solle man die Vorlage kurzerhand ablehnen.

Der Vorsitzende der Landes-Versicherungsaussicht Dr. Freund wendete sich lebhaft gegen diese Ausführungen. Das Recht, die Beamten zu bestimmen, sei lediglich ein Recht der Gemeinde. Der Gesamtvorstand sei ebenso wenig wie der Ausschuss befragt worden. Der Gesamtvorstand sei auch nicht in der Lage, die Geschäfte so zu verteilen wie die besoldeten Vorstandsmitglieder, in deren Hände die Verwaltung sein müsse. Der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei der weitgehendste Einfluß eingeräumt. Wird das vierte Vorstandsmitglied ernannt, so sei erst Parität vorhanden. Die Ernennung eines vierten Vorstandsmitgliedes sei erforderlich. Schon jetzt ist ein juristischer Hilfsarbeiter da. Und da sei es rationeller und wirtschaftlicher, diesen zum Vorstandsmitglied zu ernennen. Er könne auch die Vertretung der besoldeten Vorstandsmitglieder übernehmen. Wichtig sei, daß er nach der Geschäftsordnung als Vorsitzender die Geschäfte zu verteilen habe. Bestimmte Bureaustunden für die besoldeten Vorstandsmitglieder gebe es nicht. Die Arbeitslast sei außerordentlich groß. Die Dezerate habe er in folgender Weise unter die besoldeten Vorstandsmitglieder verteilt: Ihm liegt die Bearbeitung der gesamten Personalien, der Vermögensverwaltung, der Generalien, des Landdepartements, der Aufsicht über alle Geschäfte der Anstalt ab. Ein zweites Dezerat umfasse die Bearbeitung der Anträge auf Krankenfürsorge und Invalidenhandpflege sowie die Stellvertretung des Vorsitzenden. Das dritte Dezerat umfasse das gesamte Rentendezerat. Das vierte Dezerat sollen dann die Beitragsleistungen und die Beitragskontrolle bilden. Das seien überaus wichtige und zeitraubende Arbeiten, deren Erledigung im Interesse insbesondere der Kranken durch einen Vorstandsbeamten notwendig sei.

Der Oberbürgermeister hob hervor, daß er allerdings infolge des Vorstands der Eingabe der Versicherungsaussicht, wie er jetzt sehr irrtümlich, angenommen habe, der Gesamt-



**Vorband** solle den Antrag. In der Sache sei das Bedürfnis so ausbrechend begründet, daß er um Zustimmung zu der Vorlage, die ja der Stadt Kosten nicht verursache, bitten müsse. Verkauf habe er den höheren Beamten in nicht zu weitgehendem Maße erteilt. Bestimmte Bureaustunden seien in der Regel für höhere Beamten nicht eingeführt.

Stadtvorordneter Rosenow trat zwar den Bedenken des Stadtvorordneten Stadthagen nach verschiedenen Richtungen hin bei, meinte aber, die Sachlage sei zur Entscheidung in bestimmtem Sinne durch die Erklärungen des Dr. Freund reif. Der Ausschuss habe es ja auch in der Hand, mehr ehrenamtliche Mitglieder anzustellen. Andere Mitglieder des Ausschusses sprachen sich in ähnlichem Sinne aus.

Stadthagen wies darauf hin, daß die Darstellung des Vorstehenden der Versicherungsanstalt klar zeige, daß er der Selbstverwaltung in der vom Gesetz gewünschten Weise recht wenig günstig gegenüber stehe. Nach dem klaren Wortlaut des § 74 hat der Vorstand, das ist der Gesamtvorstand, nicht das besoldete Beamtentum des Vorstandes, die Verwaltung zu führen. Wenn die jetzige Geschäftseinteilung in der Tat so sein sollte, daß der Gesamtvorstand nicht in der Lage ist, die Geschäfte zu übernehmen, so sei das ein schwerer, mit dem Gesetz unvereinbarer Fehler der Geschäftseinteilung. Wie könne man von dem Ausschuss behaupten, er sei nicht in der Lage, die Geschäfte zu übernehmen? Das Gesetz legt ja dem Ausschuss die durch keinerlei Statut abzunehmende Pflicht der Aufstellung des Etats und Vorkaufsbeschlusses sowie die Verpflichtungen eines wirklichen Aufsichtsrates auf. § 71 des Gesetzes legt dem Ausschuss die Pflicht, der Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes auf. Wie solle er „überwachen“ können, was er angeblich nicht übersehen könne? Es sei mit aller Entschiedenheit im Interesse der Selbstverwaltung zu fordern, daß der Vorstand und Ausschuss erst gehört werden. Die Anstellung eines Beamten über deren Köpfe hinweg sei ein schwerer Eingriff in die Selbstverwaltung und in die Schaffensfreudigkeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Nachdem die Magistratsmitglieder nochmals für sofortige Beilegung des vierten Postens eingetreten waren, wurde mit sechs (Verg. Gronevald, Rodler, Naß, Schneider, Stadthagen) gegen drei Stimmen (Rosenow, Ritter, Paul) beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, Vorstand und Ausschuss um eine Neuorganisation zu ersuchen. Tritt der Magistrat diesem Ersuchen bei, so wird nach Eingang der Neuorganisation materiell entschieden, andernfalls eine neue Sitzung des Ausschusses dann anberaumt werden, um der Stadtvorordneten-Versammlung Bericht zu erstatten.

## Partei-Nachrichten.

### Die Verumpfung des Proletariats durch den „Vorwärts“.

Seit einiger Zeit läuft folgende Notiz durch eine Anzahl Parteiblätter:

„Mit der Redaktionsführung des „Vorwärts“ beschäftigt sich die „Düsseldorfer Zeitung“ in einem längeren Leitartikel und stellt dabei die Behauptung auf, daß schon in nächster Zeit in den Vororten Berlins zwei neue sozialdemokratische Lokalblätter entstehen würden, bestimmt, das Proletariat vor der „Verumpfung“ durch das Zentralorgan zu schützen. So erhält Charlottenburg schon zum Jahresabschluss ein neues sozialdemokratisches Blatt, für das sich das Komitee bereits gebildet hat und die Fonds gesichert sind.“ — Was daran wahr ist, wissen wir nicht, aber leider wäre es nicht das erste Mal, daß die Gegner über die Pläne der Partei besser unterrichtet sind, als die Masse der Genossen selbst. Bisher hat man es leider immer bemerkt, der Quelle solcher Vertrauensbrüche bis auf den Grund nachzugehen.“

Der Quelle dieses „Vertrauensbruchs“ bis auf den Grund nachzugehen, dafür besteht schon deshalb kein Grund, weil weder ein Grund noch die Absicht besteht, das Proletariat durch Gründung sozialdemokratischer Lokalblätter in den Vororten Berlins vor der Verumpfung durch den „Vorwärts“ zu retten. Einzelne Parteiblätter sind aber so erfüllt von dem Glauben an die Verumpfung des Proletariats durch den „Vorwärts“, daß sie es für ganz selbstverständlich zu halten scheinen, daß da „endlich“ etwas im Werke ist und das nun durch einen „Vertrauensbruch“ der stammenden Offenheit vorzeitig enthüllt wird. Wenn diese Parteiblätter etwas ruhiger urteilen, dann hätten sie, anstatt Quellenforschung nach dem Vertrauensbrüche zu fordern, vielleicht der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich vermutlich ein phantastischer Feindfeind die Verumpfung des „Vorwärts“ aus den Fingern gelassen hat, um die Entthüllung von den zwei sozialdemokratischen Lokalblättern an den Raum zu bringen.

Entstanden ist die ganze Phantastik vermutlich aus der Tatsache, daß ein parteigenösslicher Buchdruckerbesitzer in Charlottenburg auf eigenes Risiko aus rein geschäftlichen Erwägungen ein privates Lokalblatt gründen will, das lediglich lokalen Angelegenheiten gewidmet sein soll.

Den Berliner Vertrauensleuten soll ein Antrag zugegangen sein, einen Vorkott gegen den Berliner Montagblatt auszusprechen. Der Antrag wird in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht mit den Unterschriften von zehn Parteigenossen. Auch uns ist ein solcher Antrag am Donnerstag mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zugegangen. Soweit wir Erkundigungen einzuziehen in der Lage waren, ist den Berliner Vertrauensleuten der Antrag noch nicht bekannt.

Die zehn Unterzeichner des Antrages bedürfen für ihre Person gewiß nicht eines Beschlusses der Berliner Vertrauensleute; sie haben es früher von vornherein behauptet. Gätten sie es gelesen, dann würden sie nicht behaupten, daß es, wie sie in dem Antrage sagen, für die Revisionisten Stimmung mache. Entspricht aber ihre Ansicht der Lesart des Blattes, dann wären die zehn ein Beweis für das Gegenteil ihrer Behauptung.

Die Berliner Parteigenossen werden sich in ihrer Mehrzahl wohl für die Einschätzung ihrer Urteilsfähigkeit, die in dem Antrage liegt, bedanken.

Ein Zeugniszwangsverfahren in einer Disziplinarsache soll gegen den Redakteur des „Volkswille“ in Hannover, Genossen Leinert, eingeleitet werden. Er hatte in seinem Blatte eine Notiz gebracht über Verhandlungen zwischen einem Polizeikommissar, einem Schuttmann und einem Hannoverischen Bürger. Der Bürger sollte dem Schuttmann beleidigt haben und der Schuttmann hatte Anzeige erstattet. Bald danach fand die erwähnte Verhandlung statt und führte nach einigem Sträuben des Beleidigten zur Zurücknahme der Anzeige. Den Bericht über diese Verhandlung soll nun Leinert von einem Beamten unter Verletzung des Dienstgeheimnisses erhalten haben. Er ist deswegen polizeilich eidlich vernommen worden, um den Gewahrsam von ihm zu erfahren. Da er die Aussage verweigerte, wurde ihm angekündigt, daß das Verfahren gegen ihn an das Amtsgericht geleitet werden würde zur Ergreifung des Zeugniszwangs.

Das Zwangsverfahren wird natürlich erfolglos sein. Es ist nur ein neuer Beweis für die Rückständigkeit des deutschen Rechts.

**Aus den Organisationen.** Der sozialdemokratische Verein Königsberg beschloß die Gründung eines lokalen Partei-Archivs. — Ein Kreisverein für den 7. hessischen Reichstags-Wahlkreis (Meißen-Großheim) wird am 1. Januar seine Tätigkeit beginnen.

In der Angelegenheit Emmel wird aus Mülhausen i. El. berichtet, daß der Oberstaatsanwalt dem Antrage Emmels auf Einleitung des Strafverfahrens gegen Emmel wegen Betrugs stattgegeben hat.

**Gemeindevahlen.** In Grimmschau u. wurden, wie uns ein Privattelegramm meldet, in der dritten Abteilung drei Parteigenossen mit knapper Mehrheit gewählt. — In Dessau wurden drei Parteigenossen gewählt, so daß unsere Partei jetzt sieben Mandate in der

dortigen Stadtverordneten-Versammlung besitzt. — Die Giesener Parteigenossen hatten acht Kandidaten aufgestellt. Gewählt wurde jedoch nur einer, und zwar mit bürgerlicher Hilfe. Die Partei hat dort nun zwei Mandate.

Einem erfreulichen Sieg erfreuten unsere Parteigenossen bei den Gemeindevahlen in Graz (Steiermark). Ihre gesamte Liste in der dritten Klasse wurde mit 1446 bis 1526 bei 2056 abgegebenen Stimmen gewählt. Sie erlangen acht Mandate, darunter fünf neue und haben damit 14 von den 16 Mandaten der dritten Klasse in Besitz. Der Gemeinderat zählt 48 Mitglieder.

Die polnische Sozialdemokratie in Galizien und Schlesien hielt, wie wir aus einem Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“ erfahren, Ende Oktober in Krakau einen Parteitag ab, der von 90 Delegierten besucht war. Außerdem waren drei auswärtige Vertreter polnischer Partei-Organisationen anwesend. Es wurde über Einigung der polnischen Parteigruppen in Russisch-Polen verhandelt und schließlich die Parteivertrachtung der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs beauftragt, Schritte zur Herbeiführung der Einigkeit der drei polnischen Parteigruppen in Russisch-Polen zu unternehmen.

Der Versuch, eine jüdische Sonderorganisation unter den polnischen Juden in Oesterreich zu bilden, wurde mißbilligt.

### Die Taktik der finnischen Sozialdemokratie.

Ueber die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der finnischen Sozialdemokratie, wie sie anlässlich der Wahlen zu dem am 6. Dezember zusammengetretenen Landtag entstanden sind, brachte unser Stockholmer Bruderorgan dieser Tage einen überschüssigen Artikel von dem finnischen Parteigenossen A. K. A. — Die Beschlüsse über die Wahltaktik wurden auf einem Ende September in Helsingfors abgehaltenen Parteitag beschlossen, und zwar nach einer sehr lebhaften Debatte. Drei verschiedene Anschauungen standen hier einander gegenüber. Ein Teil der Delegierten sprach für einen allgemeinen, unbedingten Wahlstreik; ein anderer für Wahlstreik, wenn sich keine andere Partei bereit finden sollte, die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes anzuerkennen, und eine dritte Richtung war überhaupt für Wahlbeteiligung. Von dem Parteigenossen Salin wurde der Vorschlag gemacht, es den Parteigenossen an den verschiedenen Orten freizustellen, Wahlbeteiligung oder Wahlstreik zu proklamieren; die Zeit sollte dann entscheiden, was dem Proletariat am meisten Nutzen bringt. Dieser Vorschlag wurde aber mit 86 gegen 29 Stimmen verworfen. Die Debatte endete mit dem Beschluß, daß bei den Wahlen diejenige Partei unterstützt werden sollte, die die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes anerkennt würde. Dafür stimmten 55, dagegen 15 Delegierte. Es wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Weil die Arbeiter Finnlands nach der Landtagsordnung sowohl auf dem Lande wie in den Städten von der Teilnahme an der Wahl der Repräsentanten ausgeschlossen sind und weil es in Finnland kapitalistische Parteien gibt, die nicht eingehen wollen auf ein mit den Forderungen der Arbeiter übereinstimmendes Wahlsystem, das in wirksamer Weise die Institution des Landtags gegen Verfall, sie zu schädigen und ihre Rechte einzuschränken, unterstützen würde, beschließt der Kongress, daß die Arbeiter in Fragen, die den Landtag betreffen, in keiner Weise solche Partei oder solche Parteien unterstützen, noch sich ihnen anschließen sollen. Dagegen läßt es der Kongress zu, die politische Lage des Landes und die Vorteile rein demokratischer Verfassungen in Betracht ziehend, daß die Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln jede Partei unterstützen, die überall in Finnland, wo sie ihr Wahlrecht ausübt, in Uebereinstimmung mit der zu unserer Partei gehörenden Übereinstimmung wählt, wenn die Arbeiter an dem Ort organisiert sind, und sich verpflichtet, dahin zu wirken, daß für die Wahlen zum Bürger- und Bauernstand jeder finnische Staatsbürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hat, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht erhält.“

Für den Fall, daß sich in Finnland keine Partei findet, die in dieser Weise die Stellung des Landtags stärken und im Landtage für die Befreiung der unteren Schicht wirken will, beschließt der Kongress, daß die Arbeiter als Partei nicht an der Landtagswahl teilnehmen und die Wahl von Parteimitgliedern als Landtags-Abgeordnete nicht gut heißen.“

Dieser Beschluß wurde aber an mehreren Orten nicht befolgt. In Ålaborg hatten die Arbeiter bereits, ohne den Beschluß des Kongresses abzuwarten, den Volksschullehrer und Parteisekretär J. A. Kari als ihren Kandidaten aufgestellt. Er wurde bekanntlich, obgleich er von der Kandidatur zurücktrat, gewählt. In Fredrikshamn stellten die Arbeiter in einer zahlreich besuchten Versammlung Dr. A. J. Stahlberg als Kandidaten auf und handelten damit in direktem Gegensatz zum Parteibeschluß.

Der Beschluß stand übrigens im Gegensatz zu der Auffassung mehrerer hervorragender tätiger Parteigenossen. Der Redakteur H. J. Mäkelin erklärte, daß er die Zeitung nicht in der vom Kongress vorgeschriebenen Richtung leiten könne, und kündigte seine Stellung. Die Angelegenheit wurde dann jedoch so geregelt, daß Mäkelin seine abweichende Meinung im Blatte zum Ausdruck bringen konnte. Seine Ansichten fanden dann auf verschiedenen Seiten Beifall und er wurde in Koila als Landtagskandidat aufgestellt, stieß aber durch infolge der Haltung der Arbeiter, die von den Altkommunisten mit den Sprachstreitigkeiten verbunden worden waren. Später wurde Mäkelin in Lammfors als Kandidat der konstitutionellen aufgestellt, wurde aber auch hier nicht gewählt, weil eine finnische Zeitung eine falsche Kandidatenliste veröffentlicht hatte, wo sein Name durch den eines Altkommunisten ersetzt war. — Zu den verschiedenen Gegnern des Kongressbeschlusses gehört auch der Faktor D. Rodila. Er wurde in Helsingfors als Kandidat der schwedischen Arbeitervereinigung aufgestellt. Da aber hier die konstitutionellen die Wahl ihrer Kandidaten für gesichert ansahen, kümmerten sie sich nicht mehr um die von den Arbeitern vorgeschlagenen. Das sozialdemokratische Partei-Organ „Arbetaren“ schrieb zu diesem Reinsfall ironisch:

„Die konstitutionellen haben sich arbeiterfreundlicher gezeigt als die Arbeiter selbst. Sie haben im Gegensatz zu den Arbeitern den vielumschrittenen Parteibeschluß unbedingt und loyal gehalten. Die schwedische Arbeitervereinigung hat ja freilich den konstitutionellen ein paar Namen angeboten. Doch das war illusorisch gehandelt von der Vereinigung. Darum lehnte man sich nicht an dieses Angebot.“

Der Verfasser des Artikels, dem wir diese Mitteilungen über die taktischen Differenzen unserer finnischen Parteigenossen entnehmen, ist selbst Anhänger des Kongressbeschlusses. Er schließt mit folgenden Worten:

„Immer mehr beginnt man zu befürchten, daß die konstitutionellen mehr daran denken, ihre Macht so groß wie möglich zu erhalten, und nicht im bevorstehenden Landtag versuchen werden, irgendwelche Reformen von größerer Bedeutung durchzuführen. — Ueberall im Lande rüstet man sich, Protestversammlungen gegen den Landtag zu veranstalten. In einer Versammlung machte vor kurzem ein Redner den Vorschlag, man solle sich am 6. Dezember auf dem Senatsdorg in Helsingfors versammeln, um kundzugeben, daß der Landtag, wie er jetzt zusammengesetzt ist, nicht die Arbeiterklasse Finnlands repräsentiert, und die Versammlung nahm den Vorschlag an.“

## Aus Industrie und Handel.

Der Beschäftigungsstand auf den Werken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wird in dem soeben erschienenen Bericht für das beendete Geschäftsjahr 1903/04 als außerordentlich günstig geschildert. Wie die Verwaltung erklärt, sichern die in das neue Geschäftsjahr mit herübergenommenen Aufträge ihren Werksstätten auf lange Zeit hinaus lohnende Beschäftigung, und auch in den verflochtenen Monaten des laufenden Jahres seien die Bestellungen so reichlich eingegangen, daß der am 1. Oktober er. auf 27 487 Köpfe sich belaufende Personalstand demnächst eine weitere Vermehrung erfahren dürfte.

„Infolge der plötzlich auftretenden Zunahme von Bestellungen“.

heißt es im Bericht, „mussten fast sämtliche Arbeitsmaschinen der Maschinenfabrik in ununterbrochenem Betriebe Tag und Nacht gehalten werden; dieser auf die Dauer unhaltbare Zustand machte die Vergrößerung des Maschinenparks sowie den Ausbau der vorhandenen Räumlichkeiten erforderlich.“

Die Düsseldorf Stadtverwaltung und der Stahlwerksverband Die Stadtvorordneten-Versammlung zu Düsseldorf genehmigte in ihrer Sitzung vom 15. November ein Abkommen mit dem Stahlwerksverband, das für die Rolle, die die Gemeindeverwaltungen in industriellen Nebieren spielen, äußerst charakteristisch ist. Die Stadt stellt den Syndikatsgraben zinslos einen Wauplag zur Verfügung, dessen Wert auf 619 700 M. festgelegt ist, und zwar handelt es sich um das Terrain der alten Kaiserne. Das Geschäftshaus baut der Verband auf seine eigenen Kosten. Es soll so ausgeführt werden, daß es gegebenenfalls auch als Verwaltungsgebäude von der Stadt benutzt werden kann. Im Falle der Auflösung des Verbandes muß die Stadt das Gebäude übernehmen, jedoch nicht zu dem wirklichen Werte, sondern nach den aufgewandten Kosten, wobei Verwaltungskosten und Zinsen in Abzug gebracht werden. Nach dem Vertrag erwartet die Düsseldorf Stadtverwaltung mit Bestimmtheit, daß der Stahlwerksverband seinen Sitz dauernd in Düsseldorf behaltend und daß auch sein eventueller Nachfolger in der Konzentration der Eisenindustrie dort bleiben wird. Der Oberbürgermeister rechtfertigte die Geschenke, die der Stadt die Grundstücke des Verbandes erhalten sollen, damit, daß dieser sich sonst in die offenen Arme einer anderen Stadt werfen würde. Bekanntlich ist der Verband erst nach Düsseldorf gekommen nachdem die Stadt ihm in dem Hause Königsplatz 15/16 kostenfreie Unterkunft geschaffen hatte. Bis zur Herstellung des neuen Verbandesgebäudes begehrt der Stahlwerksverband das binnen kurzen fertig werdende Direktionsgebäude des Elektrizitätswerkes und natürlich ist die Stadt auch hierzu gern bereit. Der Verband hat dieses Gebäude zu einem Vertrage von 30 000 M. pro Jahr vom 1. Juli 1905 bis zum 1. Juli 1907 gemietet.

**Handel und Seeverkehr Emdens.** Von den Nachweisungen über den Verkehr im Emdener Hafen, die vierteljährlich vom Regierungspräsidium in Aurich herausgegeben werden, erweist die letzte veröffentlichte, die von dem dritten Vierteljahr 1904 und den gleichen Zeiträumen der drei Vorjahre handelt, besonderes Interesse, weil die Katastrophe an der Meppener Schleuse in ihren Wirkungen darin zum Ausdruck kommt. Die Vergleichstabellen zeigen, daß der Schiffsverkehr infolge jener ungewöhnlichen Verkehrshinderung nicht die Höhe des vorjährigen Quartals hat erreichen können; andererseits aber zeigen sie auch, daß der Zusammenbruch der Meppener Schleuse bei weitem nicht die schlimmsten Folgen gehabt hat, die von manchen Seiten befürchtet wurden. Es verkehrten nämlich eingehend und ausgehend im letzten Quartal des laufenden Jahres 240 041 Registertonnen Seeschiffe im Emdener Hafen, das sind 55 000 Tonnen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, aber immer noch 8300 Tonnen mehr als im Jahre 1902 und 137 000 Tonnen mehr als 1901. Die Güterbewegung zeigt das gleiche Bild: im laufenden Jahre eine vierteljährliche Ein- und Ausfuhr von 207 731 Tonnen zu je 1000 Kilogramm, im Jahre 1903 rund 25 000 Tonnen mehr, dann aber in den Jahren 1902 und 1901 17 000 und 71 000 Tonnen weniger. Den größten Anteil am Güterverkehr hatten wie stets in der See-Einfuhr Erz und Getreide, in der Ausfuhr Kohlen. Nur die Getreide-Einfuhr hat ansehnlich gegen das vorjährige Quartal gelitten (42 000: 64 000 Tonnen), die Kohlenausfuhr ist fast gleich geblieben (48 000 Tonnen), und die Erz Einfuhr ist sogar gestiegen.

Der Eisenmarkt der Vereinigten Staaten von Amerika hat eine weitere Besserung erfahren. Nach der Fachzeitschrift „Iron Age“ herrscht in allen Zweigen der Eisenindustrie eine gehobene Stimmung, die in den regen Lieferungsabläufen, welche sich bis zum Frühjahr 1905 erstrecken, zum Ausdruck kommt. Die Stahlhülpen-Produzenten haben die Preise um 1,50 Dollar pro Tonne erhöht. Im Hinblick auf die allgemein gehegten Erwartungen, daß die Eisenwerke ihre Preise erhöhen werden, sind Preisaufläufe für fertigeisen- und Stahlfabrikate teils bereits eingetreten, teils noch in Aussicht genommen.

Aus dieser Meldung darf keineswegs geschlossen werden, daß die Eisenpreise, die seit Mitte vorigen Jahres den amerikanischen Markt beherrschten, zu Ende geht. Es dürfte sich bei den Lieferungsabläufen meist um Aufträge für das nächste Frühjahrsgeschäft handeln. Fast regelmäßig tritt im November eine Häufung der Aufträge ein.

Die Kartoffelernte Englands ist noch schlechter als die Getreide-Ernte ausgefallen. Nach Nachrichten aus Rußland war vornehmlich in den Gouvernements Vessarabien, Laurien und Cherson die Ernte recht schlecht. Ebenso hatten auch die Gouvernements Jekaterinoslaw, Potosien, Poltawa, Charkow, Aler, Jaroslaw, Kosiroma, Wladimir (außer den südöstlichen Kreisen), Kowgorod, Pskow, Wlaja, Wologda, Grobno und Witebsk und das Donebiet eine unbefriedigende Ernte aufzuweisen. Befriedigend und zum Teil gut war die Kartoffelernte in den Gouvernements Tschernigow, Kursk, Tambow, Njasan, Persa, Rishny Kowgorod, Ssimbirsk, Samara (im nördlichen Teil des Gouvernements), Scharatow, Ufa und Perm. In qualitativer Beziehung war die Ernte ebenfalls nicht befriedigend. In den russischen Gouvernements sind die Kartoffeln der diesjährigen Ernte sehr klein, in den baltischen ebenfalls nicht groß und dabei wässrig.

## Lokales.

### Aus der Stadtvorordneten-Versammlung.

Das war gestern eine schmutzige Sitzung! Auf der Tagesordnung standen verschiedene recht wichtige Angelegenheiten, vor allem die Ausschuss-Berichterstattung über das Ortsstatut der im nächsten Frühjahr einzuführenden Pflicht-Fortbildungsschule. Zugleich war aber auch die Wahl von nicht weniger als zehn Stadträten vorzunehmen. Da überall Zettelwahl mit Namensaufruf erforderlich war, was pro Wahl einschließlich Resultatmittlung etwa 20 Minuten kostet, so durfte man sich für diese zehn Wahlsätze im voraus auf ziemlich 200 Minuten gefaßt machen.

Zunächst wurden rasch ein paar Sachen ohne Debatte erledigt und dann ging es um 6 Uhr ans Wählen. Bis um 1/8 wurden die vier ersten Wahlen absolviert. Bemerkenswert war hier die Stimmzahl, mit der der Stadtrat Kollé wiedergewählt wurde. Herr Kollé hatte unter 103 Stimmzetteln 53 weiße Stimmentzettel, und von den übrigen 50 fielen auf nur 43 auf ihn. Ganze 43 Stadtvorordnete haben zu Herrn Kollé das Vertrauen, daß die Stadt Berlin Gewinn von seiner Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung haben werde. Da war die Stimmzahl, mit der Herr Kollé vor Jahren in das Magistratskollegium hineingewählt wurde, doch sehr viel stattlicher gewesen. Damals hegte man allerdings die Erwartung, daß der neue Herr Stadtrat mithelfen werde, den Bau und Betrieb eigener Straßenbahnen durch die Stadtgemeinde in die Wege zu leiten. Doch das war ein Irrtum! Herr Kollé entpuppte sich als ein getreuer Anhänger der Richtung Jacobi, die bekanntlich von städtischen Straßenbahnen nichts hören mag. Herr Kollé hat im übrigen die Aufgabe, die ihm zugefallen war, so ernst genommen, daß er unseres Wissens während seiner ganzen Amtsdauer kaum ein einziges Mal der Stadtvorordneten-Versammlung die Ehre seiner Anwesenheit erwiesen hat. Daß jetzt nur noch 43 Stadtvorordnete zu ihm halten, wird ihm allerdings nicht sehr bekümmern. Diese 43 bilden die Gefolgschaft des Herrn Jacobi, und Herr Kollé dürfte ein feines Empfinden dafür haben, daß 43 Jacobiten das Vertrauen einer ganzen Stadtvorordneten-Sitzung aufwiegen.



Die übrigen sechs Wahlen sollten zunächst abgesetzt werden, aber die Versammlung sagte — entgegen dem früher bei ähnlichen Gelegenheiten geübten Brauch — den Beschluß, alle zehn hintereinander vorzunehmen. Hebererfahrungen gab es dabei nicht mehr. Die Ergebnisse wolle man in unserem ausführlichen Berichte nachlesen.

Der Kandidat der Bürgerpartei im 30. Kommunalwahlbezirk, der frühere Stadtverordnete Fabrikant Prezel, muß am 23. November gewählt werden, denn die Bürgerpartei muß wieder ins Rote Haus hinein. So erklärte am Dienstag in einer von Prezels Freunden einberufenen Wählerversammlung der Professor Hentig, der einst selber zu den Säulen der Bürgerpartei im Rote Haus gehört hat.

An sich kann man dem Mann nicht unrecht geben, wenn er fordert, daß auch einer Minorität die Mitarbeit an der Gemeindeverwaltung gestattet werde. Die aus Konservativen und Antisemiten gemischte Bürgerpartei ist zwar im Laufe der Jahre so arg zusammengefallen, daß es bei ihr schließlich nicht mal mehr zu einem einzigen Mandat gelangt hat. Die letzten Reichstagswahlen haben aber gezeigt, wie sehr auch der Freisinn in Berlin an Terrain verloren hat. Die Freisinnigen haben nicht viel mehr Stimmen aufzubringen vermocht als die vereinigten Konservativen und Antisemiten. Aber die Freisinnige hat trotzdem in der Stadtverordneten-Versammlung noch immer die Mehrheit, weil die zweite und die erste Abteilung ihre Domäne sind, und sie darf über Wohl oder Wehe der Berliner Bevölkerung entscheiden. Die ganze Nachsichtigkeit des Dreiklassen-Systems unseres Kommunalwahlrechts tritt in diesem Widerspruch zutage.

Nun ist freilich die Bürgerpartei keineswegs schuldlos daran, daß sie heute nur noch eine Minorität ohne Mandat darstellt. Sie hat sich als unfähig zur Mitarbeit an der Gemeindeverwaltung erwiesen und ist dann verdienstlos aus der Stadtverordneten-Versammlung hinausgesetzt worden. Gerade der Mann, mit dem sie jetzt ihre Rückkehr ins Rote Haus durchsetzen will, hat in der Stadtverordneten-Versammlung durch seine Tätigkeit bezw. Inaktivität den Beweis geliefert, daß diese Leute dort überflüssig sind. Herr Prezel war am Dienstag durch Krankheit verhindert, vor seinen Freunden zu bramarbasieren, was für ein forscher Keil er in der Stadtverordneten-Versammlung gewesen sei. Herr Hentig, der für ihn sprach, ist offener. In der großschlächtigen Art, die diesem Wähler höherer Schuljugend eigen ist, schalt er darüber, daß die Bürgerpartei in der Stadtverordneten-Versammlung tatsächlich nicht den geringsten Einfluß habe erreichen können. Wir dürfen hinzufügen, daß die Herrschaften dort nicht einmal etwas gelernt haben. In der Wählerversammlung wurde über die bekanntesten Dinge und Vorgänge aus der städtischen Verwaltung eine Fülle des Unsinn vorgetragen, aber sie merkten das nicht.

In einem Punkte sagte Prof. Hentig direkt die Unwahrheit. Er grüßte, bei den Freisinnigen habe man nie mal Anerkennung gefunden, aber er unterließ hinzuzufügen, daß Herr Prezel einmal diese Ehre sogar recht reichlich zuteil wurde. Das war damals, als er bei Gelegenheit einer Erörterung der Wohnungsnot in die Debatte eingriff, um die Berliner Arbeiterbevölkerung zu beschimpfen. Da spitzten die Freisinnigen überlaut das begierige Ohr, begleiteten die Ausführungen des Redners mit beifolgendem Schmunzeln, nidten dem ihnen sonst so verhassten Mann ermutigend zu, unterstreichen die größten seiner Schwärzerien durch beifolgende Zwischenrufe und applaudierten den Schluss der Kapuzinade mit freudigem Bravo. Damals hatte Prezel seinen „großen Tag“. Daß es sein einziger war, das kennzeichnet ebenso den Freisinn, wie Herrn Prezel und seine Bürgerpartei.

Die Bürgerpartei verdient nicht, daß sie wieder ins Rote Haus hineinkommt. Sie verdient es nicht, weil sie unfähig ist, dort Ergründliches zu wirken, und auch deshalb nicht, weil ihre Vertreter mit ihren politisch-reaktionären Anschauungen dort nur noch größeren Unfug stiften könnten, als schon die Freisinnigen ihn verüben. Unsere Freunde und Genossen im 30. Bezirk haben die Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß der Bezirk, wenn er dem Freisinn einrücken werden kann, nicht der Bürgerpartei, sondern jetzt der Sozialdemokratie zufällt. Gewählt werden muß unser Genosse Johannes Sassenbach!

Ein „Umschwung im Schulkonflikt“ wird von bürgerlichen Blättern verkündet. In einer Versammlung des Sozial-fortschrittlichen Kommunalvereins hat am Dienstag der Rektor Kallischer, Leiter der 99. Gemeindeschule in der Kleinen Frankfurterstraße, aus deren Aula er gegen den Willen des Magistrats auf Befehl des königlichen Provinzial-Schulkollegiums die Jugendabteilung der Freireligiösen Gemeinde hatte auszuweisen müssen, die Mitteilung gemacht, die Regierung habe nunmehr wenigstens soweit nachgegeben, daß die Freireligiöse Gemeinde bei ihren Vorträgen für Erwachsene die Aula wieder benutzen dürfe. Der Magistrat hat nämlich auf die Beschwerde, die er beim Unterrichts-Ministerium gegen jene Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums eingereicht hatte, inzwischen einen Bescheid erhalten, und in diesem Bescheid wird, wie wir hören, darauf hingewiesen, daß die Aula für die Erwachsenen nicht gesperrt sei.

Wenn hieraus eine Sinnesänderung und ein Nachgeben der Regierung gefolgert wird, so kann weder von Herrn Rektor Kallischer jene Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums sorgfältig gelesen worden sein, noch von den sozial-fortschrittlichen Stadtverordneten, die in der Versammlung anwesend waren, noch von den Zeitungsredaktionen, die diese vom Magistratsberichterstatter verbreitete Notiz wiedergegeben haben. Nach dem Wortlaut der Verfügung erstreckt sich die über die Freireligiöse Gemeinde verhängte Sperre nur auf „die für jugendliche bestimmten Vorträge“, wie ja auch dem Turnverein „Plätze“ die Turnhallen nur für seine Schülerabteilungen gesperrt worden sind. Einem gewöhnlichen Sterblichen mag diese Unterscheidung unverständlich sein, weil nicht einzusehen ist, warum die Jugendlichen dem Schul- und allgemeinen Staatsinteresse gefährlicher sein sollen als die Erwachsenen. Aber, wer weiß! Ein tiefer Sinn liegt oft in solchen behördlichen Anordnungen, die uns anderen in unserer Ahnungslosigkeit als sinnlos erscheinen. Doch, wie dem auch sei: an dem bisherigen Zustand ist durch den Bescheid des Unterrichtsministers nichts geändert, und die Sperre ist in keinem Punkt aufgehoben worden. Anscheinend hat selbst der Magistrat die Verfügung nicht sorgfältig genug gelesen. Man sagt uns, im Rathaus werde der „Umschwung“, den die Antwort des Unterrichtsministers bedeute, als eine Art Erfolg betrachtet. Wenn die Herren in Magistratskollegium noch einmal in das Schreiben des Provinzial-Schulkollegiums vom 1. September 1904 hineinschauen wollen, dann werden sie bald merken, daß sie gar nichts erreicht haben und daß es bei der Sperre in dem bisherigen Umfang verbleibt.

Man wird nun fragen, warum denn dann die Freireligiöse Gemeinde auch ihre Vorträge für Erwachsene nach dem Bürgeraal des Rathauses verlegt hat. Das geschah lediglich aus einer praktischen Erwägung. Es bereitet mancherlei Schwierigkeiten, die Vorträge für Jugendliche hier und die Vorträge für Erwachsene an einer anderen Stelle stattfinden zu lassen. Deshalb mußten mit den Jugendlichen auch die Erwachsenen nach dem Bürgeraal überföhrt werden. Wenn jetzt der Magistrat etwa darauf bestehen will, daß die Erwachsenen in die Schulanen zurückkehren, dann bereitet er der Freireligiösen Gemeinde Schwierigkeiten, wie die Regierung durch ihre Aulensperre sie ihr nicht zu bereiten vermocht hat.

Die magistratischen Eingriffe in die Selbstverwaltung von Krankenkassen und gegen die Zentralisierung der Krankenkassen haben die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion zu folgender Interpellation veranlaßt: „Ist dem Magistrat bekannt, daß der Magistratskommissar für Orts- und Betriebs-Krankenkassen wiederholt in die Selbstverwaltung von Krankenkassen, z. B. gegenüber der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse, zu Ungunsten der Massen und der Rechte der

Arbeitnehmer eingegriffen hat und zu Ungunsten einer Zentralisierung der Massen vorgegangen ist? Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um ähnlichen Maßnahmen nach Möglichkeit für die Zukunft vorzubeugen?“

Die Vergehen gegen die Streikposten vor dem Forum der Stadtverordneten-Versammlung. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten hat folgenden Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, Schritte zu ergreifen, um die Beschränkung des gesetzlich gewährleisteten Rechts der Einwohner auf Benutzung der Straßen und Plätze durch Polizeiorgane für die Zukunft zu hindern, insbesondere der Wiederholung unberechtigter Verhaftungen vorzubeugen, wie solche wiederholt Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber, deren völlige Schuldlosigkeit selbst vom Gericht anerkannt ist, lediglich wegen Benutzung der Straßen und Plätze vor- gekommen sind, und die Uebnahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt in die Wege zu leiten.“

Die neue Polizeiverordnung gegen den Straßenhandel soll, nachdem sie in der von der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat gebilligten Fassung die Zustimmung des Polizeipräsidenten erhalten hat, dem Vernehmen nach mit dem 1. Januar 1905 in Kraft treten.

Im Sanatorium Veelitz (nicht in der Lungenheilstätte) sind zur Zeit eine Anzahl Betten frei. Es mag dies daran liegen, daß in der jetzigen Jahreszeit auch kranke Arbeiter die Geschäftslokalität vielfach ausruhen müssen, und ferner daran, daß nur dem Sommer-Aufenthalt in der Heilstätte eine günstige Wirkung zugeschrieben wird. Diese Ansicht beruht aber auf einem Irrtum. Die Einrichtungen in Veelitz sind derart, daß der Winter-Aufenthalt in Häfen, wo noch Helling oder Beförderung möglich ist, nicht minder gut wirkt wie der Sommer-Aufenthalt. Versicherungspflichtige Kranke, die von der Heilstättenbehandlung Erfolge erwarten, tun daher gut, sich nach Möglichkeit jetzt um eine Unterkunft in Veelitz zu bemühen; sie haben schließlich sofort aufgenommen zu werden, während sie früher oft Monate warten müssen. Behandelt werden im Sanatorium Veelitz so ziemlich alle Krankheiten mit Ausschluß von Lungentuberkulose.

Alfred Benvenist, der in der Berliner Gesellschaft und in der Finanzwelt bekannte Teilhaber der Kohlenzweigfirma Emanuel Friedländer u. Co., ist in vergangener Nacht plötzlich an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Während er noch am Sonnabend als Handelsrichter fungiert hatte, wurde er bei seiner Rückkehr nach dem Bureau von einem Schlaganfall betroffen. Den hinzugezogenen Ärzten gelang es nicht mehr, den Tod abzuwenden. Der Verstorbene gehört der Firma Friedländer u. Co. seit dreizehn Jahren an und war vorher erster Profurist im Hause Weidinger. Seit Jahren war er Handelsrichter, und die Berliner Handelskammer hatte ihn als Mitglied der Zulassungsstelle sowie in die Kommission für Kohlen- und Weizenhandel deputiert. Er blieb unverheiratet und erreichte ein Alter von kaum 50 Jahren.

Graf Bülker und seine Getreuen. Die Gefahr einer ärztlichen Untersuchung auf seinen Geisteszustand scheint den Grafen Bülker veranlaßt zu haben, der Reichshauptstadt den Rücken zu kehren. Seit einigen Tagen weilt er in einem kleinen württembergischen Städtchen nahe der schweizerischen Grenze. Die Anhänger des Droschkafraßen haben übrigens am Dienstag abend in der Neuen Welt, Halensheide, eine Protestversammlung gegen die Rundtriebung ihres Führers abgehalten. Der Referent dieser Versammlung, Weidenborn, behauptete, der Vertreter des Polizeipräsidenten, Geheimer Regierungsrat v. Friedheim, sei ein getaufter Jude, auch der Gerichtshof, der den Grafen für unzurechnungsfähig erklärte, habe aus Juden bestanden. Graf Bülker werde man aber nichts anhaben können, weil er ein fürchterliche Verwandte am Hofe habe. Schließlich wurde eine Protestresolution gegen das bekannte Polizeiverbot angenommen.

Ein Protest-Flugblatt gegen eine Ausweisung aus den städtischen Schulräumen wird jetzt in Massen von dem polnischen Turnverein „Sokol“ verbreitet. Es heißt darin, daß die einzige Antwort der Polen auf diese Ausweisung der Massenbeitritt zum „Sokol“ sein müsse. Der „Sokol“ will sein 16jähriges Bestehen in Berlin durch eine große Feier am 19. d. Mts. begehen.

Das Gesetz vom 16. September 1899 betr. die Gerichts-Organisation für Berlin und Umgegend wird im „Rechts-Anzeiger“ veröffentlicht. Das Gesetz tritt erst am 1. Juni 1906 in Kraft.

Die böswilligen Alarmierungen der Berliner Feuerwehr nehmen kein Ende. Leider gelingt es nur in wenigen Fällen, die Täter, die sich zu ihrem schändlichen Treiben die späten Nachstunden ausuchen, zu ermitteln. In der Nacht zum Vortage wurde die Feuerwehr nach der Prinz Louis Ferdinandstraße gerufen. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Als Laubenplünderer wurde ein 20 Jahre alter Alfred Nachow festgenommen, der auf dem Gelände in der Nähe der Grünhalderstraße ein richtiges Räuberleben führte. Der Wursche lockte vor einiger Zeit zwei noch nicht strafmündige Knaben, Söhne achtbarer Eltern, an sich und verleitete sie, mit ihm eine Laube zu beziehen, und alles, was er auf dem ganzen Gelände aus erbrochenen Lauben zusammenstahl, in Berlin zu verkaufen. Kürzlich wurden die Knaben abgeführt, als sie gestohlene Hüner und Gemüße an den Mann bringen wollten, und ihren Eltern wieder zugeführt. Sie gestanden, daß Nachow ihr Hauptling war, aber dieser wußte sich allen Verfolgungen zu entziehen, indem er bald in dieser, bald in jener Laube einen Unterschlupf fand. Am Sonntag aber geriet er durch einen Zufall in die Hände der Polizei. Er hatte durch einen neuen Einbruch wieder Mittel zu einem vergnügten Leben gewonnen, wachte sich wieder einmal nach der Grünhalderstraße und besuchte auch eine Schankwirtschaft. Hier geriet er mit zwei Laubenbesitzern in Streit und Schlägerei, wurde mit ihnen zusammen auf die Revierwache gebracht und hier als der lange gesuchte Plünderer erkannt. Der Kriminalpolizei zugeführt, gestand er, seit Monaten von Einbrüchen gelebt zu haben, und wurde in Untersuchungshaft genommen.

Bei der Arbeit verunglückte gestern vormittag der 38 Jahre alte Schlosser Herrmann Raudzio aus der Ferglerstr. 8, als er für seinen Hauswitz die 4 1/2 Meter hoch hängende Hoflaterne ausbessern wollte. Als er auf der obersten Sprosse stand, glitt die an die Wand gelehnte Leiter ab, weil niemand sie hielt und fiel um. Raudzio jag sich bei dem Sturz auf den asphaltierten Hof einen doppelten Oberarmbruch zu und mußte mit einem kläffenden Schreie nach dem Nothilfe Krankenhaus gebracht werden.

Bei einem Zusammenstoß einer Droschke mit einem Straßenbahnwagen wurden gestern nachmittag 3 Personen verletzt. Die Taxameterdroschke Nr. 3288 fuhr vom Oranienburger Tor kommend zwischen den Straßenbahnspuren die Chauffeestraße entlang, als ihr ein Straßenbahnwagen der Linie 32 (Reinickendorf-Charlottenstraße) entgegenkam. Die Droschke fuhr so dicht an dem Straßenbahnwagen vorbei, daß ihre Vorderachse gegen die Ecke des Bordperrons stieß. Infolge des Anpralls wurde der Droschkentischer vom Vord geschleudert, während die Insassen der Droschke, Rentant Madmann und dessen Frau, gegen die Seitenwand des Straßenbahnwagens stürzten. R. erlitt anscheinend innere Verletzungen und seine Frau Hautabschürfungen im Gesicht und an den Armen. Beide erhielten die erste Hilfe auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße. Der Droschkentischer kam mit unerheblichen Verletzungen davon.

Unfälle im Straßenbahn-Verkehr. Schwer verunglückt ist gestern vormittag der in der Neuen Winterfeldtstraße 12 wohnende Dr. med. Weige, als er an der Ecke der Winterfeldtstraße und Victoria Luifen-Platz einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 57 zu besteigen veruchte. Dr. W. glitt vom Trittbrett ab, fiel rücklings zu Boden und zwar so unglücklich, daß er eine schwere Kopfwunde

erlitt. Der Verunglückte wurde nach seiner in der Nähe gelegenen Wohnung gebracht. — Ferner verunglückte gestern zwei Personen beim Absteigen von in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Der Hausdiener Mahle, der Joachimshalerstraße 89 wohnhaft, sprang an der Ecke der Hlband- und Gasteierstraße von der Hinterplattform eines von ihm benutzten Straßenbahnwagens der Linie 52 und fiel so unglücklich, daß er eine leichte Gehirnerschütterung davontrug. R. wurde nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht. — Das Dienstmädchen Alwine Altendorf sprang gegen 2 Uhr nachmittags vor dem Hause Schloßstr. 23 in Steglitz kurz vor der Haltestelle von dem Hinterrand eines Motorwagens der westlichen Vorortbahn, glitt aus und stürzte neben dem Wagen zu Boden. Die A., welche mit einer Verstauchung der rechten Hand und leichten Hautabschürfungen davon kam, konnte sich ohne fremde Beihilfe nach der Wohnung ihrer Herrschaft begeben.

Ein Rangierer-Unfall ereignete sich Dienstag nacht auf dem Hamburg-Berliner Güterbahnhof. Dort ist dem Rangierer Lindenberg der rechte Fuß von der Rangiermaschine zerquetscht worden. In einem Tragkorb, der in 12 Minuten zur Stelle war, wurde der Verunglückte in ein Krankenhaus gebracht. Ob auch in diesem Falle das Unglück auf die Unvorsichtigkeit des Opfers zurückzuführen wird?

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 48 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weist gegen 20 Alarmierungen auf. Nach der Seinemünderstraße 74 wurde die Wehr gerufen, weil hier in einer Wohnung Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen standen. — Ein Posten Müll hatte später in der Zimmerstraße 34 Feuer gefangen, während in der Dunderstraße 8 allerlei Verpackungsmaterial brannte. — Abends gegen 8 Uhr entstand in der Köpenickerstraße 102 durch Unachtsamkeit ein Brand, der indes vom fünften Wochtag in kurzer Zeit erstickt werden konnte. — In der Sophienstraße 19 brannte es dann in einer Kellerwohnung; Möbel und Decken wurden im wesentlichen beschädigt. — Ein ähnliches Feuer brach gegen 7 Uhr in der Andreasstraße 46a abge- löst werden. — Unfug am öffentlichen Feuerwehrlag einer Alarmierung zugrunde, die nachts nach der Prinz Louis Ferdinandstraße erfolgte. Leider gelang es nicht, den Frevler zu ertappen. — Nach der Brunnenstraße wurde die Wehr gerufen, weil dort ein Gasrohr defekt geworden war, sodaß größere Mengen Gas ausströmten und die Bewohner eine Explosion befürchteten. Die drohende Gefahr wurde beseitigt. — Auch in der Brandenburgstraße 19 handelt es sich um die Gefahr einer Gasexplosion. Dort wolle sich der 26jährige Kunstgießereibesitzer S. mit Leuchtgas vergiften. Er hatte zu diesem Zweck die Ruffen der Gasleitung abgegebaut, sodaß das Gas ungehindert ausströmen konnte. Bald machte sich im ganzen Hause ein intensiver Gasgeruch bemerkbar, weshalb man eine Explosion befürchtete und die Feuerwehr herbeief. Diese stellte zunächst die Gasleitung ab und drang dann vorsichtig in die Gasse Wohnung ein, da man dort die Ausströmungsstelle vermutete. Man fand nun auch wirklich den G. in seinem Zimmer benutzlos vor und brachte ihn schließlich nach einem Krankenhaus. Die angestellten Wiederbelebungsversuche hatten leider keinen Erfolg.

Die Freie Volkshöhle feiert am kommenden Sonnabend, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Konzertsaal der Brauerei Friedrichshagen ihr diesjähriges humoristisch-satirisches Winterfest. Das Programm ist sehr abwechslungsreich. Außer der wirkungsvollen tragischen Fosse von Courteline „Der gemütliche Kommissar“ werden noch eine Reihe launiger Soloszenen zum Vortrag kommen. Für die Komiker- und Subrettennummern haben ihre Mitwirkung zugesagt: Frau Josefine Dora vom Thalia-Theater, Frä. Elsa Wöttcher vom Berliner Theater, Frä. Stefanie Krich vom Reiner Theater, Herr Martin Kettner und der Vortragmeister Alexander Dufosski. Die Mitglieder der Freien Volkshöhle können, soweit noch Marken vorhanden sind, diese in sämtlichen 36 Zahlstellen (a 60 Pf. inkl. Programm), bei sofortiger Bestellung erhalten.

Gemeinverständliche Vorträge über Gesundheitspflege werden der Berliner Verein für Gesundheitspflege sowie der Zweigverein des Vaterländischen Frauenvereins auch in diesem Winter an sechs verschiedenen Stellen der Stadt veranstalten. Der Zutritt steht jedermann frei. Die nächsten Vorträge sind am Sonntag, den 20. November, vormittags 11 1/2 Uhr in der Aula folgender Gemeindefakultäten: Schwedterstr. 22, Friedenstr. 23, Auguststr. 67, Rildersdorferstr. 4, Waldemarstr. 77, Hildebrandstr. 33. Es sprechen die Herren Redigalkrat Dr. Lepmann, Privatdozent Dr. Albu, Professor Dr. Max Michaelis, Privatdozent Dr. Bendig, Privatdozent Dr. Richter und Herr Dr. Leunghof.

Eine Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen „Columbus“-Aufführung veranstaltet der Gesangverein „Hypographia“ am nächsten Sonntag im Festsaal der „Neuen Welt“. Das Berliner Tonkünstler-Orchester unter Leitung des Herrn Bach, sowie die Herren Heinemann (Bariton) und Gollanin (Tenor) werden bei diesem Konzert mit. Das Programm ist ein äußerst reichhaltiges. Willets a 60 Pf. (an der Kasse 75 Pf.), sind im Vorverkauf zu haben. (Siehe Inserat in der Sonnabend-Nummer.)

Theater. Im Schiller-Theater (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) kommt morgen Sonnabend das Lustspiel „Die Tyrannen der Kränen“ von E. Haddon Chambers zur Aufführung. Im vielfach ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen, wird dieses heitere Stück auch den Sonntagbesuchern des Schiller-Theaters vorgeschäft werden und am Sonntag, den 27. November, im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) in Szene gehen. — In dem Richard Wagner-Abend, den die Direktion des Schiller-Theaters diesen Sonntag, den 20. November, im Bürgeraal des Rathauses veranstaltet, wirken die Damen Aemi Reinhardt und Vetsj Ehot und Herr Gjalmar Kjelberg mit. — In Max Dreher's neuem Schauspiel „Die Siebzehnjährigen“, welches im Lessing-Theater am Sonnabend, den 19. November zum erstmalig in Szene geht, sind die Rollen folgendermaßen besetzt: Werner v. Schietlow, Major a. D.; Albert Wasser- mann; Annemarie, seine Frau; Eise Lehmann; Frieder, Redetti, ihr Sohn; Kurt Stieler; der alte Herr von Schietlow, Oberst a. D.; Albert Patry; Erika von Gellenhofen, Annemaries Cousine; Eise Schiff; Vorbrodt, Grohnecht; Dolar Ruß; Miele, Magd; Käthe Kochnik; Gramscladt, Aufkamt; Paul Bauk. — Im Belle Alliance Theater finden von der „Lugendglobe“ nur noch zwei Vorstellungen statt, alsdann geht der „Millionbauer“ (auch Toten Sonntag) in Szene. Die erste Kindervorstellung ist Sonnabend nachmittag den 26. November; gegeben wird „Frau Holle“; am Sonntag nachmittag geht der „Hüttenbesitzer“ in Szene. — Im Thalia-Theater geht heute Freitag und Sonnabend „Der Weiberkönig“ in Szene. Am Toten Sonntag gastiert das Theater des Westens mit Verdi's „Trubadour“, Sonnabend, den 26. November beginnen die Kinder-Vorstellungen mit „Max und Moritz“, Sonntag nachmittag (27. November) ist wieder „Charles Lanté“. Im Trianon-Theater findet am Toten Sonntag als Abendvorstellung eine Aufführung von „Das erste Gebot“ statt. — Im Deutschen Theater wird am Dienstag, den 22. cr., Ludwig Juldas Schauspiel „Maskerade“ zum erstenmal in Berlin aufgeführt. In den Rollen sind beschäftigt: Als Max, Freiherr von Wittmshof; Adolf Klein, Karl, Freiherr von Wittmshof; Julius Strobl, Schellhorn; Ernst Krndt, Johanna; Margarete Otto-Krüner, Edmund; Julius Geisenbfer, Ellen von Tönning; Adele Hartwig, Gerda Häbner; Käthe Hannemann, Frau Schwalb; Grete Gellus, Kette; Fritz Lorenz, Minna; Eise Soelen, Friedrich; Oskar Prohaska. — Im Rational-Theater beginnt heute Sgn. Prestosi ihr Gastspiel in „Traviata“. Sonnabend wird „Jar und Zimmermann“ mit Herrn Mauter als von Welt wiederholt. — Im Lustspielhause wird am 25. November Kadelburgs Lustspiel „Der Familientag“ gegeben.

## Haus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Bei der am Dienstag stattgefundenen Erjagwahl zur Gemeindevertretung wurde im ersten Wahlbezirk der dritten Abteilung Genosse Otto







Soziales.

Ueber die Errichtung der Kaufmannsgerichte im Deutschen Reich hat die Archivverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte eine Umfrage veranstaltet...

Stand der Angelegenheit vorliegt. Nächst dieser Südstadt des Reiches scheint der äußerste Norden am schnellsten gearbeitet zu haben.

Die Seifenfabrik der Großhandels-Gesellschaft deutscher Kaufmännervereine, die in Aken errichtet werden sollte...

Eine betastige Produktion bedroht die Existenz von zahlreicheren kleineren Geschäftleuten und Handwerkern verschiedener Art...

Schade, daß der Magistrat von Aken nicht die Macht hat, sämtliche Fabriken im Deutschen Reich zu schließen...

Aus der Frauenbewegung.

Adlershof. Der Verein für Frauen und Mädchen hielt am 14. d. Mts. seine regelmäßige Vereinsversammlung im Lokale von 23477 ab.

Sunlight Seife advertisement featuring images of soap boxes and text: 'Es ist nicht erforderlich, viel Seife zu verbrauchen. Kleine Mengen genügen, um die grösste Wäsche zu bewältigen...'.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

- Die französische Revolution von 1789-1804. Die Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin. Ordentl. General-Versammlung sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.

Orts-Krankenkasse der Klempner. Am Freitag, den 25. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, findet die General-Versammlung statt.

Orts-Krankenkasse Pankow. Die nächstenmögliche General-Versammlung findet am Montag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant Koczycki statt.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend. Zum 1. Januar 1905 ist die Stelle eines Bureauverwalters bei unserer Kasse zu besetzen.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin. Nach beendeter Wahl in gemeinschaftlicher Versammlung: 1. Bericht des Vorstandes...

Orts-Krankenkasse der Klempner. Die Arbeitervereine können sich auch durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamte vertreten lassen.

Orts-Krankenkasse Pankow. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse Pankow. Hoffrichter, Vorsitzender.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein. Sonntag, den 20. November, mittags 1 1/2 Uhr, nach Stolpe, Bergemann. Stadt: Kettlerplatz, 29/11.

Sämtliche Bücher sind in Prachtbindungen gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und viele farbigen Tafeln veranschaulicht und erläutert.

Berliner Ressource Kommandanten-Strasse 57. Empfehle meine hochleganten, renovierten, großen u. kleinen Kostüme zu Festlichkeiten und Beisammelungen.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1. I.

!Wurst! Land-Zwiebelschinkenwurst a Pfd. 60 Pf. Braunschweig. Kalbsleberw. 85 Pf. Thüringer Rotwurst 85 Pf.

Dr. Simmel, Prinzessinnen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Weizense. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Unter Vereins-Versammlung findet am Mittwoch, den 23. November, abends 9 Uhr, bei Garb, König-Chauffee 55, statt.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.

Werte Hausfrau haben Sie schon den Versuch gemacht, bei Tisch und in Ihrer Küche MOHRA-Margarine anstatt Butter zu verwenden? Ganz abgesehen von der grossen Ersparnis, die Sie machen...

Steppdecken. Similiseide, alle Farben 600. Normal-Schlafdecken 200, 300. Spezial-Haus Emil Lefèvre, Berlin S. Oranienstrasse 158.

Engros-Wurst-Versand. Thür. Rot- u. Zwiebelwurst Pfd. 80 Pf. Berl. Mettw. u. Peinliche 85 Pf. H. Kaiser-Jagdwurst 90 Pf.



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 18. November.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.  
Neues königl. Opern-Theater. Wintermärchen.  
Deutsches. Kettenglieder.  
Berliner. Hapfenstreich.  
Leistung. Träumulus.  
Westen. Die Augenrollen.  
Thalia. Der Belberdigm.  
Velle-Alliance. Der 7 Hierauf: Die Zungenblode.

Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Ballner-Theater.) Wallenstein Lager. Hierauf: Die Piccolomini.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Die Jüdin von Toledo.  
Nenes. Die Morgenröte.  
Kleines. Der grüne Kasaba. Der tapfere Kasian.  
General. Drpuden in der Unterwelt.

Carl Weiss. Senta Wollsburg. Residenz. Eine Hochzeitnacht.  
Lustspielhaus. Biederleute.  
Luzien. Der Registrator auf Reisen.  
National. La Traviata.  
Metropol. Die Herren von Maxim.  
Kasino. Wildes Blut.  
Trianon. Gastons Frauen.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.  
Herrfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.  
Passage-Theater. Dida. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast. Ringkämpfe. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstr. 40/41.

Um 8 Uhr im Theater:  
Von der Zugsitze zum Watzmann.  
Hörnsal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: „Die Leichtmetalle“.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.  
Hörnsal:  
Tierleben in der Wildnis.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
„Es war einmal —!“  
Großer orient. Märchenzyklus in lebensgroßen plastischen Figuren mit verbindendem Text und Musikbegleitung.

**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungsspeise mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.  
Henry Bender. Josef Giampietro.  
Josef Josephi. Anton Grünfeld.  
Frid Frid. Fritz Massary.  
Das Fest des Lichts.  
(Ballett)  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.  
Totensonntag, den 20. d. Mts.:  
**Therese Krones.**

**Kasino-Theater**  
Rothringstr. 37. Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2.  
**Wildes Blut.**  
Gefangenspeise in 3 Akten v. Mannstädt. Vorher d. wohl. neue Novemberprogramm. U. a.: „Die Original-Noranas.“  
Sonntag, den 20. Nov., 7 1/2 Uhr: Mutter Grabert.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Die Gastspielvorstellungen finden in folgenden Etablissements statt:  
Bernh. Rose-Theater. Stadt-Theater.  
Moabit. Fröbels Allerlei-Theater.  
Neue Welt.  
Anfang 8 Uhr.  
Entrée 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr.  
Kurzes Gastspiel des berühmten **Gedankenlesers**  
Bror Sundeen aus Stockholm.  
Phänomene des sechsten Sinnes.  
Lucie König, das erstklassige Mädel.  
Der magische Kessel.  
Dida die Erschaffung eines Weibes aus d. Nichts.

**Lustspielhaus**  
Friedrichstraße 236.  
Zum 43. Male:  
**Biederleute.**  
Anfang 8 Uhr.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.  
Zum letztmal:  
**Katharina Howard.**  
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Fernmann.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Roggen: Keine Vorstellung.

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
Heute: Die Kapitän:  
**Prinz Levy in Ahlbeck.**

**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Freitag und Sonnabend 8 Uhr:  
**Eine Hochzeitnacht.**  
Schwan in 3 Akten von H. Kéroul und A. Barce.  
Katole Durofel: Richard Alexander.  
Totensonntag abends 8 Uhr: Nora. (Einnmalige Aufführung.) Montag u. folg. Tage: Eine Hochzeitnacht.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Gastons Frauen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 8 Uhr: Das erste Gebot.

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr: Das November-Spezialitäten-Programm.  
Hierauf:  
Zum 50. Male:  
**Berliner Luft.**  
Musik von Paul Lincke, unter persönlicher Leitung des Komponisten.  
Sonntag, den 20. November (Totensonntag):  
**Frühlingsluft.**

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal Tanz.

**Freie Volksbühne**  
Humoristisch-satirisches Winterfest  
Sonnabend, den 19. November, 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain  
Komiker- u. Soubretten-Abend.  
Einakter: **Der gemütliche Kommissär.**  
Von George Courteline.  
Solovorträge:  
Mitwirkende:  
Josefine Dora, Thalia-Theat. Marlin Kottner, Alexander Tyrkowski, Couplets u. Revitation, Alexander Skura, Pianist.  
Berliner Tonkünstler-Orchester.  
Festmarken nur für Mitglieder a 60 Pfennige (inkl. Programm) nur bei schleuniger Bestellung noch zu haben in allen Zahlstellen der Freien Volksbühne.  
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:  
**II. Kunstabend: Goethe-Mozart**  
4. Serie: Sonntag, 27. November: **Die Juden** von Tschirikow.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Skala-Theater.**  
Einleintr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
Sensationelles Programm!  
August kommt.  
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie  
30 international. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Wallenstein Lager.  
In 1 Akt von Friedrich Schiller.  
Die Piccolomini.  
In 5 Akten v. Friedrich Schiller.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Krieg im Frieden.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Medea.

**Kleines Theater**  
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**  
Sonnabend: Elektra.  
Sonntag: Nachtasyl.

**Palast-Theater**  
Gr. internationale Ringkampf-Konkurrenz  
unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas.  
Heutige Ringkämpfe:  
1. John Pohl-Abs II, Deutscher, gegen Beucairois, Franz.  
2. Petrov, Bulgarer, gegen Niedbächer, Rumänier.  
3. Ali Achmed, Türke, gegen Dittmann, Rheinländer.  
Vorher: Theater u. Spezialitäten ersten Ranges. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf 10-1 Uhr an der Kasse. Eröffnung 6 1/2 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich.

**Neues Theater.**  
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Morgenröte**  
Sonnabend: Die Morgenröte.  
Sonntag: Die Kronprinzendenten.

**Freie Volksbühne**  
Humoristisch-satirisches Winterfest  
Sonnabend, den 19. November, 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain  
Komiker- u. Soubretten-Abend.  
Einakter: **Der gemütliche Kommissär.**  
Von George Courteline.  
Solovorträge:  
Mitwirkende:  
Josefine Dora, Thalia-Theat. Marlin Kottner, Alexander Tyrkowski, Couplets u. Revitation, Alexander Skura, Pianist.  
Berliner Tonkünstler-Orchester.  
Festmarken nur für Mitglieder a 60 Pfennige (inkl. Programm) nur bei schleuniger Bestellung noch zu haben in allen Zahlstellen der Freien Volksbühne.  
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:  
**II. Kunstabend: Goethe-Mozart**  
4. Serie: Sonntag, 27. November: **Die Juden** von Tschirikow.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Zirkus Schumann.**  
Das neue große Programm.  
U. a.: Reut! Milo, Priami, Reut! Mens. Prosopli, Reut! Agube Guskow, der unübertroffene Dschingelreiter etc.  
Ferner: Ein musikalisches Phänomen **Mr. Franco Piper**, sämtliche Spezialitäten und  
Die größte Sensation Berlins **Münstedts**  
**Liliputaner-Zirkus.**  
Vorstellung.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Wichtig! Da am Sonntag, den 20. November (Toten-) Sonntag nur eine Vorstellung, so findet morgen, Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr, statt mit einer **Gala-Matinee** Münstedts Liliput-Zirkus. Marokko, große Ausstattungs-Pantomime etc. Nachmittags auf allen Bühnen ein Kind frei. Jedes weitere Kind bis 12 Jahren halbe Preise (außer Galerie).

**Zirkus Busch.**  
Römischer Gala-Abend.  
Mit noch nie dagewesenem Erfolg  
**Katharina II.**  
Coco der menschliche Wunderkass.  
Budapester Stierkämpfe.  
Eine Zebra-Komödie und die vorzügliche Programmnummer  
**Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurter Straße Nr. 132.  
Direktion M. Ed. Fischer.  
**Senta Wollsburg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung, 11. Preise: Aschenbrödel.  
Abends 8 Uhr: Senta Wollsburg.

**WINTERGARTEN**  
Anne Dancrey,  
die prächtige Pariser Sängerin und Tänzerin.  
Everhart der Rosenkönig.  
Patty-Frank-Truppe  
Meisterschaftsturner.  
**Cliffe-Berzac**  
zahlt jedermann  
2000 Mark, der auf seinem rotierenden Tisch 15 Sekunden stehen kann.  
200 Mark, der auf seinem Esel aufrecht sitzend reiten kann.  
Außerdem  
weitere 10 hervorragende Spezialität.

**Otto Pritzkwos Abnormitäten-Ausstellung**  
7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
lebender Kuriositäten!  
Medizinische Rätsel,  
anatomische Wunder.  
Riesen! Zwerge!

**Die weltbekannte Bettfedern-fabrik**  
Gasthof, Berlin, Pringelstr. 46, verleiht gegen Kaution gegen neue Bettfedern d. Pfd. 25 Pf., bessere Halbdaunen d. Pfd. 30 Pf., beste Halbdaunen d. Pfd. 35 Pf., vorzügliche Daunen d. Pfd. 40 Pf.  
Von diesen Daunen gewaschen & bis 4 Pfund zum großen Vorteil.  
Verpackung frei. Preis u. Muster gratis. Die Anerkennung!

**Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.**  
Jeden Dienstag und Mittwoch:  
**Theater-Abend.**

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabende 7 Uhr.

**Verband des technischen Bühnen-Personals.**  
Sitz Berlin.  
Sonnabend, den 19. November 1904, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Sonnabend, den 19. November 1904, abends 8 Uhr, im Lokal von Saunke, Schönwalderstr. 80:  
**Bezirks-Versammlung**  
d. Spandauer Kollegen u. Kolleginnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung“. Referent: Kollege Scheffler. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Versammlung der Bauanschläger.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbands- und Standangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Sonntag, 20. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Versammlung der Bauanschläger.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbands- und Standangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Achtung! Hafnarbeiter-Verband! Achtung!**  
Mitgliedschaft Berlin II.  
Sonntag, den 20. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königtadt Kasino, Holzmarktstr. 72:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904. 2. Verbandsangelegenheiten; u. a. die Antwort des Hauptvorstandes auf unsere Beschwerdebücher betreffs unserer Aufschubkasse. 3. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung werden ganz besonders diejenigen Kollegen eingeladen, die mit ihren Beiträgen zu weit im Rückstande sind, um in letzter Stunde ihren Pflichten nachzukommen, da sie sonst ohne weiteres gestrichen werden.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche. Gruppe der Zementierer.  
Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal Brunnenstraße 188:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: „Die Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

**Freie Volksbühne**  
Humoristisch-satirisches Winterfest  
Sonnabend, den 19. November, 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain  
Komiker- u. Soubretten-Abend.  
Einakter: **Der gemütliche Kommissär.**  
Von George Courteline.  
Solovorträge:  
Mitwirkende:  
Josefine Dora, Thalia-Theat. Marlin Kottner, Alexander Tyrkowski, Couplets u. Revitation, Alexander Skura, Pianist.  
Berliner Tonkünstler-Orchester.  
Festmarken nur für Mitglieder a 60 Pfennige (inkl. Programm) nur bei schleuniger Bestellung noch zu haben in allen Zahlstellen der Freien Volksbühne.  
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:  
**II. Kunstabend: Goethe-Mozart**  
4. Serie: Sonntag, 27. November: **Die Juden** von Tschirikow.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Zirkus Schumann.**  
Das neue große Programm.  
U. a.: Reut! Milo, Priami, Reut! Mens. Prosopli, Reut! Agube Guskow, der unübertroffene Dschingelreiter etc.  
Ferner: Ein musikalisches Phänomen **Mr. Franco Piper**, sämtliche Spezialitäten und  
Die größte Sensation Berlins **Münstedts**  
**Liliputaner-Zirkus.**  
Vorstellung.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Wichtig! Da am Sonntag, den 20. November (Toten-) Sonntag nur eine Vorstellung, so findet morgen, Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr, statt mit einer **Gala-Matinee** Münstedts Liliput-Zirkus. Marokko, große Ausstattungs-Pantomime etc. Nachmittags auf allen Bühnen ein Kind frei. Jedes weitere Kind bis 12 Jahren halbe Preise (außer Galerie).

**Zirkus Busch.**  
Römischer Gala-Abend.  
Mit noch nie dagewesenem Erfolg  
**Katharina II.**  
Coco der menschliche Wunderkass.  
Budapester Stierkämpfe.  
Eine Zebra-Komödie und die vorzügliche Programmnummer  
**Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurter Straße Nr. 132.  
Direktion M. Ed. Fischer.  
**Senta Wollsburg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung, 11. Preise: Aschenbrödel.  
Abends 8 Uhr: Senta Wollsburg.

**WINTERGARTEN**  
Anne Dancrey,  
die prächtige Pariser Sängerin und Tänzerin.  
Everhart der Rosenkönig.  
Patty-Frank-Truppe  
Meisterschaftsturner.  
**Cliffe-Berzac**  
zahlt jedermann  
2000 Mark, der auf seinem rotierenden Tisch 15 Sekunden stehen kann.  
200 Mark, der auf seinem Esel aufrecht sitzend reiten kann.  
Außerdem  
weitere 10 hervorragende Spezialität.

**Otto Pritzkwos Abnormitäten-Ausstellung**  
7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
lebender Kuriositäten!  
Medizinische Rätsel,  
anatomische Wunder.  
Riesen! Zwerge!

**Die weltbekannte Bettfedern-fabrik**  
Gasthof, Berlin, Pringelstr. 46, verleiht gegen Kaution gegen neue Bettfedern d. Pfd. 25 Pf., bessere Halbdaunen d. Pfd. 30 Pf., beste Halbdaunen d. Pfd. 35 Pf., vorzügliche Daunen d. Pfd. 40 Pf.  
Von diesen Daunen gewaschen & bis 4 Pfund zum großen Vorteil.  
Verpackung frei. Preis u. Muster gratis. Die Anerkennung!

**Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.**  
Jeden Dienstag und Mittwoch:  
**Theater-Abend.**

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabende 7 Uhr.

**Verband des technischen Bühnen-Personals.**  
Sitz Berlin.  
Sonnabend, den 19. November 1904, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Sonnabend, den 19. November 1904, abends 8 Uhr, im Lokal von Saunke, Schönwalderstr. 80:  
**Bezirks-Versammlung**  
d. Spandauer Kollegen u. Kolleginnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung“. Referent: Kollege Scheffler. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Versammlung der Bauanschläger.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbands- und Standangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Sonntag, 20. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Versammlung der Bauanschläger.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbands- und Standangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Achtung! Hafnarbeiter-Verband! Achtung!**  
Mitgliedschaft Berlin II.  
Sonntag, den 20. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königtadt Kasino, Holzmarktstr. 72:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904. 2. Verbandsangelegenheiten; u. a. die Antwort des Hauptvorstandes auf unsere Beschwerdebücher betreffs unserer Aufschubkasse. 3. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung werden ganz besonders diejenigen Kollegen eingeladen, die mit ihren Beiträgen zu weit im Rückstande sind, um in letzter Stunde ihren Pflichten nachzukommen, da sie sonst ohne weiteres gestrichen werden.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche. Gruppe der Zementierer.  
Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal Brunnenstraße 188:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: „Die Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

**Freie Volksbühne**  
Humoristisch-satirisches Winterfest  
Sonnabend, den 19. November, 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain  
Komiker- u. Soubretten-Abend.  
Einakter: **Der gemütliche Kommissär.**  
Von George Courteline.  
Solovorträge:  
Mitwirkende:  
Josefine Dora, Thalia-Theat. Marlin Kottner, Alexander Tyrkowski, Couplets u. Revitation, Alexander Skura, Pianist.  
Berliner Tonkünstler-Orchester.  
Festmarken nur für Mitglieder a 60 Pfennige (inkl. Programm) nur bei schleuniger Bestellung noch zu haben in allen Zahlstellen der Freien Volksbühne.  
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:  
**II. Kunstabend: Goethe-Mozart**  
4. Serie: Sonntag, 27. November: **Die Juden** von Tschirikow.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Zirkus Schumann.**  
Das neue große Programm.  
U. a.: Reut! Milo, Priami, Reut! Mens. Prosopli, Reut! Agube Guskow, der unübertroffene Dschingelreiter etc.  
Ferner: Ein musikalisches Phänomen **Mr. Franco Piper**, sämtliche Spezialitäten und  
Die größte Sensation Berlins **Münstedts**  
**Liliputaner-Zirkus.**  
Vorstellung.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Wichtig! Da am Sonntag, den 20. November (Toten-) Sonntag nur eine Vorstellung, so findet morgen, Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr, statt mit einer **Gala-Matinee** Münstedts Liliput-Zirkus. Marokko, große Ausstattungs-Pantomime etc. Nachmittags auf allen Bühnen ein Kind frei. Jedes weitere Kind bis 12 Jahren halbe Preise (außer Galerie).

**Zirkus Busch.**  
Römischer Gala-Abend.  
Mit noch nie dagewesenem Erfolg  
**Katharina II.**  
Coco der menschliche Wunderkass.  
Budapester Stierkämpfe.  
Eine Zebra-Komödie und die vorzügliche Programmnummer  
**Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurter Straße Nr. 132.  
Direktion M. Ed. Fischer.  
**Senta Wollsburg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung, 11. Preise: Aschenbrödel.  
Abends 8 Uhr: Senta Wollsburg.

**WINTERGARTEN**  
Anne Dancrey,  
die prächtige Pariser Sängerin und Tänzerin.  
Everhart der Rosenkönig.  
Patty-Frank-Truppe  
Meisterschaftsturner.  
**Cliffe-Berzac**  
zahlt jedermann  
2000 Mark, der auf seinem rotierenden Tisch 15 Sekunden stehen kann.  
200 Mark, der auf seinem Esel aufrecht sitzend reiten kann.  
Außerdem  
weitere 10 hervorragende Spezialität.

**Otto Pritzkwos Abnormitäten-Ausstellung**  
7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
lebender Kuriositäten!  
Medizinische Rätsel,  
anatomische Wunder.  
Riesen! Zwerge!

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabende 7 Uhr.

**Verband des technischen Bühnen-Personals.**  
Sitz Berlin.  
Sonnabend, den 19. November 1904, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Sonnabend, den 19. November 1904, abends 8 Uhr, im Lokal von Saunke, Schönwalderstr. 80:  
**Bezirks-Versammlung**  
d. Spandauer Kollegen u. Kolleginnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung“. Referent: Kollege Scheffler. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Versammlung der Bauanschläger.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbands- und Standangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Sonntag, 20. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Versammlung der Bauanschläger.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbands- und Standangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Achtung! Hafnarbeiter-Verband! Achtung!**  
Mitgliedschaft Berlin II.  
Sonntag, den 20. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königtadt Kasino, Holzmarktstr. 72:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904. 2. Verbandsangelegenheiten; u. a. die Antwort des Hauptvorstandes auf unsere Beschwerdebücher betreffs unserer Aufschubkasse. 3. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung werden ganz besonders diejenigen Kollegen eingeladen, die mit ihren Beiträgen zu weit im Rückstande sind, um in letzter Stunde ihren Pflichten nachzukommen, da sie sonst ohne weiteres gestrichen werden.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche. Gruppe der Zementierer.  
Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal Brunnenstraße 188:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: „Die Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

**Freie Volksbühne**  
Humoristisch-satirisches Winterfest  
Sonnabend, den 19. November, 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain  
Komiker- u. Soubretten-Abend.  
Einakter: **Der gemütliche Kommissär.**  
Von George Courteline.  
Solovorträge:  
Mitwirkende:  
Josefine Dora, Thalia-Theat. Marlin Kottner, Alexander Tyrkowski, Couplets u. Revitation, Alexander Skura, Pianist.  
Berliner Tonkünstler-Orchester.  
Festmarken nur für Mitglieder a 60 Pfennige (inkl. Programm) nur bei schleuniger Bestellung noch zu haben in allen Zahlstellen der Freien Volksbühne.  
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:  
**II. Kunstabend: Goethe-Mozart**  
4. Serie: Sonntag, 27. November: **Die Juden** von Tschirikow.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Zirkus Schumann.**  
Das neue große Programm.  
U. a.: Reut! Milo, Priami, Reut! Mens. Prosopli, Reut! Agube Guskow, der unübertroffene Dschingelreiter etc.  
Ferner: Ein musikalisches Phänomen **Mr. Franco Piper**, sämtliche Spezialitäten und  
Die größte Sensation Berlins **Münstedts**  
**Liliputaner-Zirkus.**  
Vorstellung.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Wichtig! Da am Sonntag, den 20. November (Toten-) Sonntag nur eine Vorstellung, so findet morgen, Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr, statt mit einer **Gala-Matinee** Münstedts Liliput-Zirkus. Marokko, große Ausstattungs-Pantomime etc. Nachmittags auf allen Bühnen ein Kind frei. Jedes weitere Kind bis 12 Jahren halbe Preise (außer Galerie).

**Zirkus Busch.**  
Römischer Gala-Abend.  
Mit noch nie dagewesenem Erfolg  
**Katharina II.**  
Coco der menschliche Wunderkass.  
Budapester Stierkämpfe.  
Eine Zebra-Komödie und die vorzügliche Programmnummer  
**Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurter Straße Nr. 132.  
Direktion M. Ed. Fischer.  
**Senta Wollsburg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung, 11. Preise: Aschenbrödel.  
Abends 8 Uhr: Senta Wollsburg.

**WINTERGARTEN**  
Anne Dancrey,  
die prächtige Pariser Sängerin und Tänzerin.  
Everhart der Rosenkönig.  
Patty-Frank-Truppe  
Meisterschaftsturner.  
**Cliffe-Berzac**  
zahlt jedermann  
2000 Mark, der auf seinem rotierenden Tisch 15 Sekunden stehen kann.  
200 Mark, der auf seinem Esel aufrecht sitzend reiten kann.  
Außerdem  
weitere 10 hervorragende Spezialität.

**Otto Pritzkwos Abnormitäten-Ausstellung**  
7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98,



# Achtung! Achtung!

Freitag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:

# Volks-Versammlung

in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstraße 6.

Tages-Ordnung:

127/10

## Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter.

Referentin: Frau Dr. Marie Hoffmann.

Zu zahlreichem Besuch laden ein.

Die Einberufer:

Ueber das obige Thema sprechen am 21. November: Frau Dr. David in „Schneiders Salon“, Belfortstraße 15; am 23. November: Fräulein Else Lüders im „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“ und Simon Katzenstein im Gesellschaftshaus Wedding, Müllerstr. 7; am 28. November: Frau Dr. David in „Gabels Brauerei“ und Simon Katzenstein im „Marienbad“, Bahstr. 35/36.

# Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15 Hof I.

Telephon: Amt III No. 5028.

Sonntag, den 20. November 1904, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend in den Industriefällen, Deuthstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Was veranlaßt einen Teil der Hamburger Zimmerer, aus dem Zentralverbande auszutreten und eine eigene Organisation zu gründen? Referent: Kamerad Karl Schnack-Hamburg. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand: A. H. Albert Juppontz.

## Dankfagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Ferdinand Wegener sage allen Kollegen, Freunden und Genossen sowie den Genossen des I. Berliner Wahlvereins, dem Verband und dem Gesamtverband deutscher Gastwirtschaften meinen tiefgefühltesten Dank.

Am Rame der Hinterbliebenen Anna Wegener geb. Deymer, Marienstr. 8.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 20. d. M., vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Turmstraße 25/26: Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: „Staatshilfe und Selbsthilfe“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

## 8. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November 1904, vormittags. Für die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

93 102 410 19 [5000] 68 728 35 997 [1000] 1020 [500]
122 [3000] 88 98 [500] 295 459 70 299 [1000] 633 78
[1000] 85 [1000] 828 85 2066 531 874 3000 297 311
76 417 631 854 4133 516 [500] 27 [500] 45 688 782
839 5284 322 84 494 69 518 742 90 [1000] 883 [3000]
900 66 6000 224 44 88 819 [500] 68 [500] 999 7105
21 86 300 468 67 656 704 872 918 8011 271 83 642 710
57 59 9068 90 410 566 620 710 800 [1000] 947
10085 [500] 119 93 340 91 461 11160 [500] 515
622 841 [500] 65 [1000] 942 82 12012 73 91 [3000]
163 79 212 352 406 611 780 971 [13010] 104 264 317
29 44 439 679 903 42 14039 70 127 343 321 778 825
911 15 15108 43 46 297 378 98 479 827 663 780 966
45 [3000] 16132 231 [500] 38 75 [500] 394 750 61 67
573 17417 28 [1000] 818 96 687 761 816 943 18082
187 [1000] 385 822 19012 20 179 92 245 382 83 840
20154 332 619 21 21017 44 419 501 41 81 [1000]
621 22045 155 61 339 60 92 440 76 776 859 [1000]
23108 19 62 76 [3000] 214 368 83 519 25 59 633
624 64 84 911 88 [1000] 24048 53 73 276 330 582
956 56 726 47 [1000] 806 57 912 76 [500] 25000 92
115 31 515 [1000] 32 617 21 758 94 853 26065 [500]
129 77 349 [500] 94 456 604 27028 190 361 78 90 [500]
654 922 24 28179 270 380 421 57 619 863 954 71
29078 90 343 798
30074 173 329 71 419 60 31188 329 413 515 21
794 32364 498 520 [500] 645 86 880 97 989 33240
89 370 730 947 67 34063 83 175 290 91 93 490 [1000]
580 746 978 35015 134 63 261 389 587 943 36000
61 231 906 718 41 828 918 37963 822 949 80 [500]
67 38207 91 428 718 30 90 919 39033 91 274 446
618 23 75 966
40063 59 147 [5000] 229 310 41 69 467 748
54 97 904 [5000] 19 76 41012 494 512 620 [1000] 38
[1000] 98 770 972 42010 45 [500] 612 74 [1000] 208
[500] 20 520 806 20 [500] 31 47 916 49104 [500] 215
500 791 832 [500] 917 [500] 78 44310 62 761 93 900
17 45066 36 51 303 327 [3000] 616 31 68 [500] 855
84 75 941 46225 367 436 55 566 606 807 [500] 21
26 35 47107 460 512 791 955 78 48013 220 421 645
945 55 49012 13 26 86 106 330 [1000] 597 790
50021 120 706 31 [500] 80 81 [500] 858 51195
237 407 96 963 72 84 639 710 82 949 52022 213 517
179 764 839 917 53019 111 284 90 339 73 405 577
737 900 54013 57 151 356 80 430 [500] 589 670
55168 92 355 93 424 [3000] 39 [1000] 569 619 [500]
63 89 721 [1000] 833 [3000] 63 950 56055 [1000] 212
20 [3000] 58 84 370 422 93 [500] 535 615 703 37075
339 432 813 955 98 58485 286 688 712 [500] 950
59103 43 59 271 339 70 78 498 608 712
60135 70 461 65 76 607 44 768 61112 [500] 221
43 306 608 810 62078 82 [500] 168 [500] 274 492
679 90 637 35 945 63150 219 [500] 81 424 611 780
942 88 64013 19 20 120 70 233 541 604 782 65399
415 78 87 828 808 66001 [500] 198 409 28 [1000] 59
504 76 82 738 67021 184 [1000] 215 345 801 859 82
920 [500] 28 72 68085 118 30 230 37 [500] 420 669
704 823 980 [3000] 69015 60 [500] 114 74 338 87 440
627 72 730 [1000] 851 947 [1000]
70118 289 97 426 [500] 51 871 954 89 71064 229
497 800 [1000] 816 759 848 49 990 72111 [500] 235
82 202 30 37 499 651 714 98 995 [1000] 73031 347
422 91 668 756 822 902 74307 [3000] 77 598 791 [1000]
899 75049 [500] 69 443 500 522 [3000] 38 79 869
76064 188 300 458 530 [500] 602 703 812 15 88 974
77097 306 [500] 97 615 51 76 [500] 80 723 810 75071
41 78113 58 68 311 34 57 429 [5000] 534 66 757 870
973 79160 83 282 94 322 [500] 80 88 403 12 904
80039 198 306 11 39 455 715 [500] 956 [500]
81010 16 231 310 28 [500] 419 37 50 539 70 863 85 816
80 82198 342 91 487 [1000] 67 563 689 967 83400
114 24 213 322 519 656 734 84600 76 [500] 278 400
44 553 85 803 919 38 56 79 85141 229 306 90 665
885 86127 41 [500] 236 562 704 905 927 43 87141
63 [1000] 233 366 440 90 [500] 517 50 871 83096 261
68 81 86 [500] 310 [500] 43 660 [3000] 862 89017 28
46 199 390 [500] 515 [500] 745 47 56 70
90300 25 [5000] 43 605 832 [1000] 88 91018
[1000] 115 19 [500] 313 16 28 [500] 841 92011 92
188 216 62 365 401 45 [1000] 833 [1000] 628 764 93307
[1000] 478 661 708 908 20 94217 463 608 12 91 727
823 948 95170 75 83 [500] 349 533 78 671 750 887
96303 48 580 619 21 773 85 800 97243 397 507 [3000]
708 91 811 930 95137 308 [1000] 76 [1000] 491 501
88 655 68 731 903 11 99158 59 243 379 924 60
100110 [500] 48 221 350 439 673 717 27 71 813
101100 365 454 [5000] 534 756 941 102117 312 401
507 [500] 23 72 751 [1000] 993 103166 308 12 161
29 85 408 984 104101 [500] 40 331 515 38 32 635
708 815 863 [500] 105629 150 228 31 96 484 [500]
821 106057 186 [500] 373 [500] 401 826 69 84 843
954 69 [1000] 107107 25 274 425 648 [1000] 701
108085 258 [500] 511 [3000] 892 109096 141 264
328 471 82 97 818 863
110458 50 [1000] 283 83 307 489 99 501 700 889
900 79 111065 [500] 157 209 [1000] 15 310 71 629
[1000] 112135 45 233 63 71 [3000] 304 98 509 46 612
90 830 43 77 [1000] 113700 130 555 815 73 906
114316 [500] 78 439 [1000] 833 901 115004 6 [3000]

## 8. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November 1904, nachmittags. Für die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

7 29 114 618 116035 106 78 245 [3000] 207 413 83
720 47 833 117013 223 47 56 94 [1000] 96 312 88 865
118283 86 393 506 840 803 119019 28 137 [500]
318 52 772 [1000] 898 919
120190 293 [3000] 373 705 10 098 121004 67
200 522 650 751 83 988 122132 280 316 479 644 743
76 [5000] 822 94 965 123004 161 80 249 394 523
796 956 65 124121 99 89 306 79 487 616 787 883 125024
497 657 825 965 126010 43 244 79 [500] 310 61 733
76 877 998 127078 135 288 414 21 37 606 86 712
964 87 128278 340 620 700 81 834 58 991 129031
33 99 [3000] 414 69 [15000] 509 [1000] 23 32 641
806 10 19 26 99
130004 [500] 137 213 23 68 78 330 647 67 722
883 923 131065 169 218 21 307 495 [1000] 615 23 779
817 59 132020 53 283 99 419 527 678 734 133059
[500] 170 200 332 829 939 134100 33 274 351 435
61 83 739 843 921 135009 213 320 534 789 829 136133
377 501 606 24 854 [500] 137270 498 382 621 79
782 819 32 [500] 907 88 138103 55 39 227 90 325
487 534 775 93 [1000] 846 84 [3000] 139068 194
227 85 357 412 880 700 974
140012 48 246 53 366 72 81 585 [500] 600 836 970
85 [500] 141110 86 547 74 [500] 617 724 690 142094
155 342 465 74 523 833 [5000] 82 951 81 84 143011
219 450 65 [500] 561 677 788 827 54 58 69 144210
89 413 42 635 711 35 3 46236 437 [500] 44 295 690
85 702 99 800 955 3 46236 437 [500] 44 295 690
719 [1000] 73 533 147007 [1000] 78 215 302 6 57
698 98 607 801 148151 63 65 82 278 93 334 430
58 510 650 889 957 149021 90 333 423 539 715 [500]
16 834 94 [500] 918 [500]
150180 246 317 51 436 685 941 72 99 151216
63 366 [1000] 458 553 707 59 898 940 152017 26 39
108 307 41 [3000] 497 506 690 734 851 153050 [1000]
65 515 615 85 154010 10 291 44 432 763 894 [500]
685 155019 30 609 43 156026 77 170 170 600
232 389 417 92 707 167067 73 126 446 505 623 710
48 49 83 982 168029 59 74 131 257 336 [1000] 441
575 477 159913 265 321 67 549 801 67 824 80
160150 83 203 329 18 33 87 543 58 848 83 161609
77 82 103 [500] 457 513 67 609 37 48 836 69 987
162290 64 85 115 [500] 59 79 97 261 238 48 764
65 898 38 76 163027 105 [500] 270 478 730 805 76
164134 91 210 23 59 361 [500] 414 39 502 638 815
23 [1000] 29 [3000] 956 78 165039 204 96 489 524
822 63 907 65 166096 243 56 82 306 21 413 614 737
800 17 44 831 167150 80 593 603 [1000] 733 828 981
168084 151 [3000] 326 82 428 62 829 56 976 [1000]
169066 98 134 45 80 208 96 460 645 [3000] 750 887
908 [3000] 37 [1000]
170117 19 205 10 490 975 91 171054 403 596
601 749 822 68 [1000] 172290 354 442 543 635 775
957 175021 66 108 231 322 64 420 53 730 174161
244 54 59 69 461 689 769 867 175301 68 406 [500]
571 [1000] 695 925 45 50 176200 404 [1000] 500 608
61 80 738 177207 508 681 859 935 71 178399 117
75 859 179022 220 71 85 368 577 701 16 82 839 903
[1000] 67
180083 [1000] 129 200 366 887 91 972 181116
29 84 90 288 656 768 943 182218 370 76 490 [3000]
97 820 183055 53 123 221 22 58 308 51 576 [1000]
949 [1000] 714 972 184005 305 79 541 822 35 43 911
32 53 185040 235 81 89 [500] 404 42 539 [3000] 84
602 46 765 186127 96 288 387 685 187006 52 116
607 62 64 982 188076 [500] 212 60 334 444 530
78 608 865 994 189104 235 361 451 69 821 28 653
896 925 74
190107 [1000] 41 251 321 31 44 416 51 82 520 65
744 959 65 96 191019 150 [500] 78 153 92 505 749 916
77 192031 115 356 45 [1000] 760 814 [1000] 918
39 64 193004 130 42 244 [3000] 61 908 425 75 76
513 58 761 894 [1000] 194082 [500] 106 92 293 907
24 99 600 37 195059 67 125 [500] 257 [500] 44 74
365 92 403 571 638 728 57 294 437 538 94 790 831 31
81 905 [500] 216143 318 60 401 532 798 908 217035
94 97 [3000] 136 97 298 383 [1000] 624 796 49 937 66
218022 152 210 48 76 094 [1000] 801 219050 52
62 217 23 374 404 80 505 [1000] 697 94 700 825 949
43 59 91
220014 115 201 326 45 58 541 770 868 221029
65 292 50 298 [500] 449 763 889 936 56 222055 124
443 951 223154 333 45 633 58 [500] 403 53 63

Die Gewinnerzahlen sind in Klammern beigefügt. Die Gewinne sind in den Klammern beigefügt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber unversehrter Mann, der Tischler

### Fritz Schmidt

am 14. d. M. vormittags sanft entschlafen ist. 10882

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags um 3 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes aus statt.

Um stille Teilnahme bitte!

Die trauernde Witwe  
Emilie Schmidt.

Rechtsbureau, Vorleser, früherer, Plästerstraße 15 (Raufigerplatz). 42\*

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler usw.

Verwaltung Berlin H.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, 14. November, nach langen Leiden der Tischler

### Fritz Schmidt

in der Irrenanstalt zu Dalldorf sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. November, nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes, Higdorf, Hermannstraße, aus statt. 184/16

Die Ortsverwaltung Berlin H.

### Dankfagung.

Für den so reichen Blumen Schmuck, sowie die bewiesene Teilnahme beim Einsegnen meiner lieben Frau sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem 6. Bezirk des Wahlvereins meinen herzlichsten Dank.

### Karl Sellin.

10992

### Kranz- u. Blumenbinderei

von H. Eckert,  
98. Stettiner Damm 98.



